

06.2011

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Globalisierung & Eine Welt	12
Klima & Energie	13
Konsum & Verbraucherschutz	18
Landwirtschaft & Gentechnik	19
Naturschutz & Biodiversität	20
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	23
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	26
Wasser & Meere	27
Wirtschaft & Ressourcen	29

**VERBÄNDE**



DNR intern	31
Ehrenamt	32

**SERVICE**

Rezensionen	33
Internet	35
Impressum	35
Termine	36

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Schwerpunkt: Bildung für nachhaltige Entwicklung	
BNE in Großbritannien	
UN-Dekade im Alpenraum	

**THEMEN DES MONATS**

Baurecht

## Die Stadt von morgen bauen

**Klima, Artenvielfalt, Verdichtung – die Anforderungen an zukunftsfähige Stadtentwicklung wachsen**

Seite 2

EU-Biodiversitätspolitik

## Umfassender, präziser, wirksamer?

**Der neuen europäischen Biodiversitätsstrategie fehlt bisher der Biss**

Seite 4

Wachstumsdebatte

## Von oben, von unten, von überall

**Ein Ländervergleich der Wachstumskritik zeigt Unterschiede – und das Potenzial für eine Bewegung**

Seite 6

Biokraftstoffpolitik

## Bezahlbare Energie – für wen?

**Dass auch Bioenergie Kosten und Probleme verursacht, darf bei der Energiewende nicht vergessen werden**

Seite 8

Interview: Gemeingüter

## „Eigene Regeln entwickeln“

**Um Fischgründe, Wälder oder Wasserressourcen zu verwalten, gibt es Besseres als Privatisierung oder Verbote**

Seite 29

## Baurecht

# Die Stadt von morgen bauen

Klima, Artenvielfalt, Verdichtung – die Anforderungen an zukunftsfähige Stadtentwicklung wachsen

**Nach der Katastrophe von Fukushima treibt die Bundesregierung unter großer Not die Energiewende voran. Noch vor der Sommerpause soll das Parlament zahlreiche Gesetze verabschieden, darunter auch Teile der bereits im Koalitionsvertrag angekündigten Novelle des Baugesetzbuchs. Der vorgelegte Entwurf wird jedoch den erheblichen Herausforderungen auf Feldern wie Klimawandel, Ressourcen oder Biodiversität nicht gerecht. ■ VON ULF SIEBERG, NABU**

Berlin im Jahr 2030. Die fortschreitende Erderwärmung hat Auswirkungen auf den Wasserhaushalt der deutschen Hauptstadt. Höhere Temperaturen sorgen für eine zunehmende Verdunstung. Der Zufluss zum Berliner Gewässersystem ist zum Erliegen gekommen. Die Spree stinkt zum Himmel. Die Neubildungsrate von Grundwasser ist gesunken. Gärten und Parks, Wälder und landwirtschaftliche Flächen leiden unter der Trockenheit. Selbst der Altbaubestand kühlt nachts nicht mehr ab, sodass auch im Inneren von Gebäuden hohe Temperaturen herrschen. Die Menschen leiden unter extremen Wetterereignissen.

Was manchen als Schreckensszenario erscheint, findet sich in einer Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wieder. <sup>(1)</sup> Das Potsdam-

Institut für Klimafolgenforschung (PIK) prognostizierte darin für die deutsche Hauptstadt einen Temperaturanstieg von durchschnittlich 2,5 Grad Celsius bis 2050. Während es in einigen Randbezirken aufgrund ausreichender Luftzirkulation und günstigerer klimatischer Bedingungen wesentlich kühler ist, liegen die Temperaturen in der Innenstadt weit über dem Durchschnittswert. Mit entsprechenden Folgen für Mensch, Natur und Umwelt.

## Mehr Menschen in Städten

Die Vereinten Nationen nehmen an, dass im Jahr 2050 etwa 70 Prozent der Weltbevölkerung von dann neun Milliarden Menschen in Städten leben werden. Schon heute sind es bereits mehr als die Hälfte, über drei Milliarden. Urbane Lebensräu-

me bekommen damit eine noch größere Bedeutung. Doch nicht nur der Mensch scheint am Leben in der Stadt immer größeren Gefallen zu finden. Auch wild lebende Tier- und Pflanzenarten nutzen die Stadt immer mehr als Rückzugsgebiet. Die Artenvielfalt wird dabei von klimatischen Vorteilen städtischer Bereiche gegenüber dem Umland, dem größeren, oft ganzjährig verfügbaren Futterangebot sowie dem vielfältigen Mosaik von Siedlungs- und Grünflächen, Parkanlagen, Brachflächen, Privatgärten und Gewässern bestimmt. Während sich in intensiv genutzten ländlichen Gebieten riesige Agrarsteppen breitmachen, wird die Stadt für einige Arten zum Ersatzlebensraum. Am Beispiel Berlins lässt sich dies beobachten: In den naturnahen Stadtrandbereichen leben Seeadler, Kranich und Schellente sowie

## politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

oekom  
verlag

### Nach dem Wachstum

Das Diktat des immerwährenden Wirtschaftswachstums hat uns die Tragfähigkeit des Planeten weit überschreiten lassen. Doch während Wirtschaft und Politik halsstarrig an ihrem unerschütterlichen Wachstumsglauben festhalten, werden die kritischen Stimmen lauter – und salonfähig.

Die *politische ökologie*<sup>121-122</sup> beschäftigt sich mit den Fallstricken des Wachstumsdenkens und stellt alternative Entwicklungspfade vor, denn: Wo die Wirtschaft schrumpft, können andere, bessere Dinge wachsen.



Mitherausgegeben von der Deutschen Gesellschaft und dem European Support Centre des Club of Rome  
Mit Beiträgen von E. Altvater, E. U. von Weizsäcker, F. Radermacher, J. Randers, F. Luks, I. Seidl, A. Zahrtt u.v.m.

\_Nach dem Wachstum – politische ökologie Heft 121-122 | 88 Seiten | 19,90 EUR (zzgl. Versand)  
\_ISBN 978-3-86581-227-8 | **Erhältlich bei:** [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)



Fischotter. Selbst in den Parkanlagen des unmittelbaren Siedlungsraums sind Habicht und Biber, viele Wildbienen, Libellen und Tagfalter zu beobachten. In und auf Gebäuden ziehen Wanderfalken und 15 Fledermausarten ihre Jungen auf. 15.000 Mauersegler brüten in der Stadt.

### Umbau der Infrastruktur in nicht gekanntem Ausmaß

Mit dem einsetzenden Klimawandel, der dringend notwendigen Abkehr von fossilen Energieträgern sowie dem Ausstieg aus der Atomenergie steht nicht nur der städtischen, sondern der Infrastruktur insgesamt ein Transformationsprozess von gigantischen Dimensionen bevor. Dabei geht es aus klima-, energie- und naturschutzpolitischer Sicht darum, Lebensräume von Menschen, Tieren und Pflanzen zu sichern und so umweltverträglich wie möglich zu gestalten. Der Klimaschutz, die Anpassung an den Klimawandel, die ausreichende Versorgung mit lebenswichtigen Ressourcen wie Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen sowie die Biodiversität sind nur einige Felder, in denen große Herausforderungen auf Städte und Gemeinden zukommen. So müssen im Bereich der Energieversorgung Gebäude auf die notwendigen Effizienzstandards gebracht, Kraftwerksleistungen mithilfe erneuerbarer Energien an künftige Strom- und Wärmebedarfe angepasst und Versorgungsnetze umgebaut werden. Die Flächeninanspruchnahme muss reduziert werden. Noch immer werden in Deutschland 625 Quadratmeter in der Minute für Wohnungen, Straßen und Gewerbegebiete versiegelt. Hinzu kommt die Aufgabe, Ressourcen insgesamt effizienter einzusetzen.

### Immer stärkere Nutzungskonkurrenzen

Doch mit den stetig wachsenden Herausforderungen steigen auch die Nutzungskonkurrenzen. So stehen erneuerbare Energien wie Biomasse zur Versorgung mit Strom und Wärme nicht unbegrenzt zur Verfügung und konkurrieren mit der Erzeugung von Lebensmitteln. Höhere Wärmeeffizienzstandards von Gebäuden machen große Wärmekraftwerke und

netze überflüssig. Die Verdichtung von innerstädtischen Bereichen durch den Schluss von Baulücken und die Beplanung von Freiflächen konkurriert einerseits mit Anforderungen an Frischluftschneisen und Rückzugsgebieten für Tier- und Pflanzenarten. Andererseits erhöht das Ausweichen auf den Außenbereich wiederum die Zersiedelung und Versiegelung der Landschaft.

### Neues Baugesetzbuch muss künftige Anforderungen berücksichtigen

Noch vor Anfang Juli soll der Bundestag über Teile des Baugesetzbuches abstimmen. Es schafft neue rechtliche Grundlagen für die Steuerung der räumlichen und städtebaulichen Entwicklung auf kommunaler und regionaler Ebene. Wenn die Bundesregierung es mit der Energiewende ernst meint, müssen mit der anstehenden Novelle die Handlungsspielräume für Städte und Gemeinden für Ressourceneffizienz, den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung vergrößert und der Artenschutz und die biologische Vielfalt gesichert sowie die Flächeninanspruchnahme reduziert werden. <sup>(2)</sup> Gegenwärtige und zukünftige städtebauliche und räumliche Erfordernisse müssen berücksichtigt werden, ohne die Nutzungskonkurrenzen außer Acht zu lassen. So dürfen Innen- und Außenbereichsentwicklung nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden. Eine volkswirtschaftlich, ökologisch und sozial sinnvolle städtebauliche und räumliche Entwicklung kann es nur geben, wenn Planungs- und Investitionsentscheidungen mit den langfristigen gesellschaftlichen Zielen in Einklang stehen.

Es muss zukünftig möglich sein, dass eine Stadt aus Gründen des Klimaschutzes einen Bebauungsplan aufstellt. Gleichzeitig muss Klimaschutz ein verpflichtender Abwägungsgrund bei Planungen sein. Um die gegenwärtige und zukünftige städtische und quartiersbezogene Versorgung mit Strom und Wärme sowie Erzeugungskapazitäten und Energiebedarfe aufeinander abzustimmen, muss der überörtliche, allgemeine Klimaschutz gleichwertig neben den anderen Belangen der Bauleitplanung

stehen. Dafür müssen rechtlich bindende Energie- und Klimaschutzkonzepte im Rahmen der Bauleitplanung erstellt werden. Die Forderung nach einem Ausbau der erneuerbaren Energien im städtischen Bereich ist richtig, muss sich aber an den zukünftigen Strom- und Wärmebedarfen und der dafür notwendigen Infrastruktur orientieren. Dies erfordert eine gründliche und durchdachte Planung. Wenn das neue Baugesetzbuch bestimmte Energieerzeugungsanlagen vorzieht, widerspricht das dem Grundsatz, die für das Gebäude oder ein Quartier wirtschaftlich, technisch und ökologisch jeweils beste Lösung zu finden. Zudem sind die Standards des Artenschutzes mindestens zu halten und ihre Umsetzung ist europarechtskonform zu stärken, um der besonderen Verantwortung auch der bebauten Bereiche für die biologische Vielfalt gerecht zu werden. Der Flächenverbrauch ist nur durch eine konsequente Innenbereichsentwicklung einzudämmen. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung muss dabei umfassend gewährleistet werden. <sup>(3)</sup>

Die Zukunft der Stadt hängt auch davon ab, wie umwelt- und naturverträglich wir unser urbanes Leben einrichten und welche Möglichkeiten das Baugesetzbuch dazu bietet. Der jetzige Vorschlag erfüllt diese Erfordernisse noch nicht.

### Anmerkungen

- ▶ (1) [www.kurzlink.de/pik-studie-berlin](http://www.kurzlink.de/pik-studie-berlin)
- ▶ (2) Stellungnahme des Klima-Bündnisses: [www.klimabuendnis.org/fileadmin/inhalte/dokumente/Klima-Buendnis-Position\\_BauGB-Novellierung\\_2011.pdf](http://www.klimabuendnis.org/fileadmin/inhalte/dokumente/Klima-Buendnis-Position_BauGB-Novellierung_2011.pdf)
- ▶ (3) Themenseiten des NABU: [www.nabu.de/gebaeude](http://www.nabu.de/gebaeude)  
[www.nabu.de/themen/siedlungsentwicklung](http://www.nabu.de/themen/siedlungsentwicklung)  
[www.nabu.de/themen/biologischesvielfalt](http://www.nabu.de/themen/biologischesvielfalt)

Der Sport-, Kultur- und Politik- sowie angehende Umweltwissenschaftler Ulf Sieberg ist Referent für Energieeffizienz und Gebäudesanierung beim Naturschutzbund Deutschland (NABU) in Berlin.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 284984-  
1521, Fax -3521,  
E-Mail: [ulf.sieberg@nabu.de](mailto:ulf.sieberg@nabu.de),  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)



## EU-Biodiversitätspolitik

# Umfassender, präziser, wirksamer?

Der neuen europäischen Biodiversitätsstrategie fehlt bisher der Biss

**Die im Mai vorgelegte EU-Biodiversitätsstrategie soll den Verlust der biologischen Vielfalt in Europa innerhalb der nächsten zehn Jahre eindämmen. Doch sie enthält nur unverbindliche Ziele und Maßnahmen. Wenn die Strategie erfolgreich sein soll, muss sie durch EU-Ministerrat und -Parlament verschärft werden. Auch die konsequente Reform der europäischen Agrar- und Fischereipolitik ist dafür notwendig. ■ VON FRIEDRICH WULF, PRO NATURA**

Am 3. Mai hat EU-Umweltkommissar Janez Potočnik die lang erwartete neue EU-Biodiversitätsstrategie<sup>(1)</sup> der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit der Strategie reagiert die Kommission darauf, dass sie ihr „2010-Ziel“, den Rückgang der biologischen Vielfalt bis 2010 zu stoppen, nicht erreicht hat. Sie legt nun ein Bündel von Zielen und Maßnahmen vor, mit dem sie ihr im März 2010 beschlossenes neues Hauptziel erreichen will, den Verlust der biologischen Vielfalt und der Ökosystemdienstleistungen in Europa bis 2020 aufzuhalten und weitestmöglich umzukehren und sich auch weltweit noch mehr für die Eindämmung des Biodiversitätsverlusts

einzusetzen. Die Strategie ist gleichzeitig das zentrale Werkzeug der EU zur Umsetzung des im vergangenen Oktober beschlossenen strategischen Plans der UN-Biodiversitätskonvention (CBD).

Das bisherige Hauptinstrument der EU zur Erreichung des 2010-Ziels war der Biodiversitätsaktionsplan von 2006 mit 150 detaillierten Einzelmaßnahmen. Doch der Plan war zu sperrig und hat trotz einiger Fortschritte sein Ziel verfehlt. Die neue Biodiversitätsstrategie soll sich nun auf einige Schlüsselbereiche konzentrieren und setzt den Fokus auf sechs Ziele, die bis 2020 erreicht werden sollen (siehe Kasten). Sie sollen die wichtigsten Defizite ansprechen

und sich gegenseitig ergänzen. Den Zielen sind insgesamt 20 konkrete Maßnahmen zugeordnet.

### Licht und Schatten

Die Verabschiedung einer europäischen Strategie ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Erhaltung der Biodiversität. Die sechs Ziele sind gut aufeinander abgestimmt und decken die wichtigsten Handlungsfelder ab. Dem Naturschutzziel (Ziel 1) stehen in den Zielen 3 und 4 drei Nutzungen gegenüber, deren Intensivierung sich maßgeblich auf die Biodiversität auswirkt: 80 Prozent der Fläche der EU werden land- oder

## Die Ziele der neuen EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020

**1. Naturschutz:** Keine Verschlechterung des Zustands von Arten und Lebensraumtypen. Im Vergleich zum Status quo sollen 100 Prozent mehr Lebensraumtypen und 50 Prozent mehr Arten einen verbesserten Zustand aufweisen; die Hälfte der Vogelarten soll einen sicheren oder verbesserten Erhaltungszustand aufweisen.

**2. Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemdienstleistungen:** Dies soll durch die Einrichtung einer „grünen Infrastruktur“ und die Wiederherstellung von mindestens 15 Prozent der degradierten Ökosysteme erfolgen.

**3. Verankerung in anderen EU-Politikbereichen:**  
**a) Landwirtschaft:** Maximierung der Landwirtschaftsflächen, die durch biodiversitätsbezogene Finanzmittel der Gemeinsamen Agrarpolitik

gefördert werden, um den Biodiversitätserhalt zu gewährleisten. Das soll eine messbare Verbesserung bei den von der Landwirtschaft abhängigen oder beeinflussten Arten und Lebensräumen sowie Ökosystemdienstleistungen bewirken.

**b) Forstwirtschaft:** In allen Wäldern der öffentlichen Hand und in allen Wäldern über einer von den Mitgliedstaaten zu definierenden Größe, die Mittel aus der EU-Regionalförderung erhalten, werden Managementpläne oder vergleichbare Instrumente im Rahmen der nachhaltigen Forstbewirtschaftung erstellt.

**4. Fischerei:** Bis 2015 soll die europäische Fischerei den maximal nachhaltig zu erwirtschaftenden Ertrag (Maximum Sustainable Yield, MSY) einhalten. Durch Fischereimanagement soll ohne signifikante Schädigung

anderer Bestände, Arten und Ökosysteme eine Alters- und Größenstruktur der Populationen erreicht werden, die einen gesunden Bestand widerspiegelt. Dadurch soll die Fischerei ihren Beitrag leisten, einen guten Umweltzustand bis 2020 zu erreichen, wie in der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie vorgesehen.

**5. Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten:** Invasive gebietsfremde Arten und ihre Ausbreitungswege sind bekannt und Prioritäten gesetzt, die Ausbreitung der wichtigsten ist unter Kontrolle oder sie sind eliminiert, und die Ausbreitungswege werden kontrolliert, um die Einführung und Ausbreitung neuer invasiver Arten zu verhindern.

**6. Beitrag gegen den globalen Biodiversitätsrückgang:** Die EU erhöht ihren Beitrag zur Eindämmung des weltweiten Biodiversitätsverlusts.

forstwirtschaftlich genutzt, und die Überfischung ist das Hauptproblem für den marinen Artenschutz. Naturschutz kann nur dann Erfolg haben, wenn diese Nutzungen an das übergeordnete Ziel – die Erhaltung der Biodiversität – angepasst werden. Die Wiederherstellung zerstörter Ökosysteme (Ziel 2) und die Anerkennung der Verantwortung Europas für die weltweite Biodiversität (Ziel 6) sind wichtige Schritte nach vorn. Zu den geplanten Maßnahmen gehören die Ökologisierung der Agrarpolitik und die Reform der Fischereipolitik, die Aufstellung von Managementplänen für alle Natura-2000-Gebiete und eine Finanzierung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Damit kann die Strategie einen wichtigen Beitrag für die Biodiversität leisten.

Dennoch enttäuscht die Strategie in wichtigen Punkten. Die Agrarlobby hat beim Landwirtschaftsziel (Ziel 3a) erfolgreich ein quantitatives Ziel verhindert. So fordern europäische Naturschutzverbände einen Anteil von drei Vierteln der Landwirtschaftsfläche für Biodiversitätsfördermaßnahmen. Die Anwendung von Ziel 1 auf den Agrarbereich bedeutet, dass sich gemessen am Status quo<sup>(2)</sup> auch 2020 nur 14 Prozent der dortigen Lebensräume und 4,5 Prozent der Arten<sup>(3)</sup> in einem günstigen Zustand befinden müssen. Das Landwirtschaftsziel ist damit noch viel weniger ehrgeizig als das komplizierte Naturschutzziel (Ziel 1). Geht man beim Naturschutzziel vom Istzustand aus, sollen im Jahr 2020 34 Prozent aller Lebensräume und 25,5 Prozent aller Arten in einem günstigen Erhaltungszustand sein.

Beim Forstwirtschaftsziel (Ziel 3b), das wegen der mangelnden Rechtshoheit der EU nicht auf Privatwald anwendbar ist, wird vor allem auf Fördermaßnahmen im Rahmen des wenig präzisen Konzepts „nachhaltige Forstwirtschaft“ gesetzt. Eine Ausweitung nicht genutzter Waldflächen („Wildnis“), die derzeit europaweit etwa ein Prozent ausmachen, ist nicht vorgesehen.

Enttäuschend ist auch das globale Ziel 6, das lediglich den Beschluss vom März 2010 wiederholt, den EU-Beitrag zur Eindämmung des weltweiten Biodiversitätsverlusts zu erhöhen. Auch wenn die Maßnahmen

viele heiße Eisen aufgreifen wie die systematische Berücksichtigung der Biodiversität in der Handelspolitik oder eine bessere Finanzierung der weltweiten Biodiversität, fehlt eine Messlatte, wohin die EU gelangen möchte, wie etwa eine Halbierung des globalen ökologischen Fußabdrucks.

### Noch viel zu tun

Die Strategie muss nun Ende Juni von den EU-Umweltministern sowie den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat in ihren Ratsschlussfolgerungen bestätigt werden, ebenso vom EU-Parlament. Alle haben dabei die Möglichkeit, Punkte zu präzisieren und zu gewichten und Defizite auszubügeln. Die Mitgliedstaaten müssen die EU-Strategie und den strategischen Plan der CBD in ihre Strategien und Politiken integrieren und umsetzen. Auf der EU-Ebene kommt der ökologischen Reform der Gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik große Bedeutung zu, ebenso der Umsetzung der in den 20 Maßnahmen dargestellten finanziellen und wirtschaftlichen Reformen. Nur wenn all diese Schritte vollzogen werden, hat die EU-Strategie eine Chance, zu einer „Lebensversicherung“ (EU-Kommission) zu werden und den Verlust der biologischen Vielfalt tatsächlich zu beenden.

### Anmerkungen

- ▶ (1) Lebensversicherung und Naturkapital: Eine Biodiversitätsstrategie der EU für das Jahr 2020. [www.kurzlink.de/com-2011-244](http://www.kurzlink.de/com-2011-244)
- ▶ (2) EU 2010 biodiversity baseline, Grafiken 3.3. und 3.4. [www.kurzlink.de/2010-biodivbaseline](http://www.kurzlink.de/2010-biodivbaseline)
- ▶ (3) Damit sind in diesem Artikel jene von gemeinschaftlichem Interesse gemeint, also FFH-Arten und -Lebensraumtypen sowie die Vogelarten der EU-Vogelschutzrichtlinie.

Friedrich Wulf ist beim Schweizer Naturschutzverband Pro Natura in Basel und bei Friends of the Earth Europe für internationale Biodiversitätspolitik zuständig und koordiniert die AG Biodiversität beim deutschen Forum Umwelt und Entwicklung.

Kontakt: Tel. +41 (0)61 / 3179242, E-Mail: [friedrich.wulf@pronatura.ch](mailto:friedrich.wulf@pronatura.ch), [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)



## Glück ist mehr als Geld

Was macht das BIP? Hängt von diesem Kürzel wirklich unser Glück ab? Das Bruttoinlandsprodukt gilt als heilige Kuh der Ökonomie, als Indikator für politischen Erfolg. Dabei ist es blind für vieles, was unser Leben bereichert: gesunde Umwelt, ehrenamtliche Leistungen oder medizinische Versorgung. Die Autoren erteilen dem BIP eine strikte Absage und erläutern, warum wir Wohlstand anders messen müssen. Ihr Wohlfahrtsindex berücksichtigt soziale und ökologische Aspekte – weil ein gelungenes Leben mehr ist als viel Geld.

H. Diefenbacher, R. Zieschank

### Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt

#### Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt

112 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 EUR  
ISBN 978-3-86581-215-5



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)



## Wachstumsdebatte

# Von oben, von unten, von überall

Ein Ländervergleich der Wachstumskritik zeigt Unterschiede – und das Potenzial für eine Bewegung

**Kritik am ökonomischen Wachstum wird salonfähig, nicht nur in Deutschland. Ein Blick über Ländergrenzen zeigt, dass die Frage, ob es ein „grünes“, ein gebremstes oder gar kein Wachstum mehr geben soll, auf verschiedene Weise behandelt und beantwortet werden kann. Unterschiede gibt es auch bei der Breite der Debatte und den treibenden Akteuren. Doch vor allem werden Gemeinsamkeiten sichtbar. ■ VON IRMI SEIDL, WSL, UND ANGELIKA ZAHRT, BUND**

Am 4. April war der Saal der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin überfüllt. Junge Leute standen oder saßen auf dem Boden. Tim Jackson, Professor für Nachhaltige Entwicklung an der Universität von Surrey (Großbritannien), stellte die deutsche Übersetzung seines Buches „Prosperity without Growth“<sup>(1)</sup> vor. Jackson war von dem Ansturm sichtbar beeindruckt. In Großbritannien erlebe er eine solche öffentliche Resonanz nicht. Vortragsanfragen kämen zunehmend aus dem Ausland, vor allem aus Deutschland.

Wie sieht die Debatte um Wirtschaftswachstum in anderen Ländern aus? Welche Botschaften für eine Postwachstumsgesellschaft<sup>(2)</sup> haben dortige Vordenker?

### Grundlagenwerk aus Großbritannien

In Großbritannien war, wie Jackson berichtete, die Debatte um Wirtschaftswachstum bis vor Kurzem auf die Frage konzentriert, welche Art von Wachstum erstrebenswert sei. Die Antwort der bis 2010 amtierenden Labour-Regierung war „nachhaltiges Wachstum“, ohne jedoch den Begriff zu definieren. Eine ernsthafte Debatte, die Wachstum grundsätzlich infrage stellt, begann erst mit Jacksons Buch – das auf einem Bericht der britischen Nachhaltigkeitskommission basiert, dessen Vorsitzender er war. Beteiligt sind verschiedene Gruppen der Zivilgesellschaft und VertreterInnen von Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Finanzsektor. „Inzwischen ist mehr oder weniger anerkannt“, so Tim Jackson, „dass die bisherige Art des Wirtschaftswachstums nicht nachhaltig und das Bruttoinlandsprodukt kein guter Maßstab für Lebensqualität ist.“ Die wesentlichen

Auseinandersetzungen betreffen die Frage, inwieweit die wirtschaftliche Aktivität von Umweltbelastungen entkoppelt werden könne. „Die Technikgläubigen insistieren darauf, dass mit Effizienzgewinnen – etwa dank kohlenstoffarmer Techniken – ökologische Ziele erreicht werden, während die Wirtschaft weiter wächst.“ Viele Einwände gegen eine Postwachstumswirtschaft haben für Jackson ihren Grund in einer strukturellen Abhängigkeit vom Wachstum. Beispiele seien die Rückzahlung öffentlicher Schulden, die Aufrechterhaltung von öffentlichen Leistungen und die Sicherung der Renten. Mit dem drastischen Sparkurs der neuen britischen Regierung und den damit verbundenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist die Wachstumsdebatte wieder in den Hintergrund getreten.

### Die französische Décroissance-Bewegung

In Frankreich geht die Debatte letztlich auf das Buch „Grenzen des Wachstums“ von 1972 zurück. Sie blieb zunächst auf einen engen, eher intellektuellen Kreis beschränkt, bis 2002 die Zeitschrift „Décroissance“ erschien. Getragen von ehemaligen 1968-ern und jungen Leuten, entwickelte sich eine gesellschaftspolitische Debatte über Décroissance – der Begriff entspricht dem englischen „Degrowth“ und lässt sich nur unzureichend mit „Wachstumsrücknahme“ übersetzen.

Das politische Establishment aller Parteien reagierte zunächst mit Ablehnung, zeigt aber inzwischen vorsichtiges Interesse. Das Motto Décroissance zieht und provoziert – und ist erklärungsbedürftig: Dabei, so Serge Latouche, intellektueller Vordenker der Décroissance-Bewegung,

„geht es nicht darum, dass alles und jedes schrumpfen soll. Vielmehr müssen wir ... die Logik unserer Gesellschaft hinterfragen, die auf ständigem Wachstum und der Unbegrenztheit von Produktion und Konsum basiert.“

Inzwischen gibt es eine Partei der Décroissance und eine Bewegung der „Objec-teurs de Croissance“, der „Wachstumsverweigerer“. Lokale Gruppen organisieren sich und die französische Öffentlichkeit kennt den Begriff. Vor allem junge Leute sind es, die eine weniger am Konsum orientierte Gesellschaft wollen und zum Beispiel konkrete Aktionen gegen Werbung machen, sie übermalen oder entfernen. In den Medien werden sie zunehmend wahr- und ernst genommen. Die Hauptziele der Décroissance formuliert Latouche so: „Wir wollen aus der Religion des Wachstums aussteigen, die Dominierung der Welt durch die Ökonomie beenden, die Fessel der weltweiten Uniformierung abwerfen und wieder Platz für Vielfalt schaffen.“

### USA: Tabu und Aufbruch

In den USA haben Donella und Dennis Meadows („Grenzen des Wachstums“, 1972) sowie Herman Daly („Economics of steady state“, 1974) schon vor Jahrzehnten fortwährendes Wirtschaftswachstum grundsätzlich infrage gestellt, ohne dass sich daraus eine politische Diskussion ergeben hätte. Heute gibt es dort nur wenige wachstumskritische Fachleute in den Wirtschaftswissenschaften und der Ökologie. In Politik und Verwaltung ist das Thema tabu. Auch in der Öffentlichkeit finden wachstumskritische Stimmen keine Resonanz. Die Soziologin Juliet Schor erklärt das so:

„Amerikanerinnen und Amerikaner tendieren stark zu technologischem Optimismus und dem Glauben, dass harte Arbeit alle Probleme lösen wird. Die Debatte in den USA fällt weit hinter das zurück, was in Deutschland, Skandinavien oder sogar Großbritannien geschieht.“ Schor hofft, dass eine ökologisch ausgerichtete Wirtschaftswissenschaft die Diskussion voranbringen kann. In ihrem Buch „Plentitude“ (Fülle) schlägt sie vier Hauptprinzipien für eine Postwachstumsgesellschaft vor: „Erstens sollten Produktivitätszuwächse für eine Ausweitung der Freizeit und nicht zur Steigerung der Produktion genutzt werden. ... Zweitens sollte Arbeitszeit, die durch kürzere Arbeitstage in der herkömmlichen Wirtschaft frei wird, für den Aufbau überschaubarer und umweltfreundlicher Strukturen zur Produktion von Nahrung, Energie, Wohnraum und sogar auch von Industriegütern eingesetzt werden. ... Drittens sollte die Konsumnachfrage reduziert werden, indem eine Verlagerung von der Produktion neuer Güter zur Wiederverwendung gebrauchter Güter stattfindet und der Lebenszyklus der Güter verlängert wird. Viertens sollte die neu verfügbare Zeit genutzt werden, um den sozialen Zusammenhalt durch eine neue ökonomische Unabhängigkeit zu stärken. Dazu gehören die Gemeinschaftsnutzung von Gütern, Zeitbörsen, gemeinsame Wohnprojekte und Ähnliches.“

Juliet Schor beobachtet eine zunehmende Zahl von Initiativen und Menschen, mit die solchen Alternativen begonnen haben. Sie setzt deshalb vor allem auf die Überzeugungskraft von Grassroots-Bewegungen. Anders als in den 1970er-Jahren strebten heute Alternativprojekte eine neue Kombination von bezahlter Arbeit und Eigenarbeit an. Sie folgten nicht den früheren Versionen eines „Zurück aufs Land, zurück zur Natur“ mit einer tendenziell technikfeindlichen Haltung, sondern wollten das Leben in den Städten verändern und hätten eine hohe Affinität zur Anwendung moderner Technik im Sinne einer Hightech-Eigenproduktion, wie dies der Vordenker der „New Work“ Frithjof Bergmann nennt. Beispiele sind die Urban-Gardening- und Transition-Towns-Initiativen.

## Staatliche Initiative in Österreich

Die Wachstumsdebatte wird in Österreich vor allem entlang der Initiative „Wachstum im Wandel“ geführt, die das Lebensministerium 2008 ins Leben gerufen hat. Die Initiative ist als Dialog gesellschaftlicher Kräfte organisiert. Im Mittelpunkt steht die Frage, welches Wirtschaftswachstum langfristig ökologisch und sozial verträglich ist und welche Maßzahlen in Zukunft zur Messung von gesellschaftlichem Wohlstand und Lebensqualität zusätzlich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) genutzt werden sollen. Dahinter steht auch der Wunsch nach einer krisenfesten Ökonomie.

Eingebunden in die Initiative „Wachstum im Wandel“ sind 15 Partner: fünf Bundesministerien, das Bundeskanzleramt, zwei Bundesländer, die Nationalbank sowie Organisationen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Viele weitere Akteure verbreitern mit eigenen Veranstaltungen und Publikationen die Debatte. Zu der internationalen Konferenz „Wachstum im Wandel“ im vergangenen Jahr in Wien kamen 600 Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Die Konferenz hat die Frage, welches Wachstum langfristig tragbar ist, salonfähiger gemacht. Bei der Konferenz wurde aber auch deutlich, dass ein Großteil der Konferenzteilnehmer die Frage nach dem Wirtschaftswachstum grundsätzlicher versteht und Antworten für eine Wirtschaft ohne Wachstum sucht. Diese Debatte über alternative Wirtschaftsweisen jenseits des Wachstums wird in Österreich rege in gesellschaftlichen Gruppen, Forschungsinitiativen und Kommunen geführt.

Dagegen sieht die Initiative „Wachstum im Wandel“ die Postwachstumsperspektive nur als notwendiges Auswegsszenario im Fall einer anhaltenden, aber doch vorübergehenden Wirtschaftsschwäche. Die Nachhaltigkeitsexpertin Rita Trattnigg vom österreichischen Lebensministerium sagt dazu: „Gesellschaftliche Nachdenkprozesse sind essenziell, um überhaupt einmal auf die Idee zu kommen, dass es auch anders gehen könnte. Diese Prozesse zu initiieren und zu unterstützen sehe ich als Aufgabe von Politik und Verwaltung.“

## Hoffnung für eine breite Postwachstumsbewegung

Die vier Beispiele deuten an, dass die „Grenzen des Wachstums“ seit 1972 zwar auf der Erkenntnisebene gewirkt haben, die Debatte jedoch nicht kontinuierlich fortgeführt wurde. Nun aber werden die Grenzen auf breiter Basis spürbar und führen zu einer neuen Wachstumskritik in Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

Die Debatte entwickelt sich in einzelnen Ländern unterschiedlich, was die Akteure und die Breite angeht. Sie kommt ebenso „von unten“ wie „von oben“. Beispiele für Letzteres sind auch die Sarkozy-Kommission in Frankreich, die OECD-Initiative Beyond Growth und die Enquetekommission des deutschen Bundestages. Eine internationale Vernetzung findet sowohl bei Regierungen und supranationalen Organisationen wie EU und OECD als auch in der Zivilgesellschaft mit der Degrowth- und Décroissance-Bewegung und in der Wissenschaft etwa bei den Ecological Economics statt. So unterschiedlich die Protagonisten und die Resonanz auf die Debatten sind, so ähnlich erscheinen die Grundlinien der Visionen. Das gibt Hoffnung auf gemeinsame Ziele für eine Postwachstumsgesellschaft in den Industrieländern und für eine breite Bewegung.

### Anmerkungen

- ▶ (1) Jackson, T.: Wirtschaft ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. oekom, München 2011
- ▶ (2) Seidl, I.; Zahrt, A. (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Neue Konzepte für die Zukunft. Metropolis, Marburg 2010.

Dr. Irmi Seidl leitet eine Forschungseinheit an der Eidg. Forschungsanstalt WSL bei Zürich. Dr. Angelika Zahrt ist Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung und war bis 2007 Vorsitzende des BUND. Beide sind Wirtschaftswissenschaftlerinnen.



Kontakt:  
E-Mail: irmi.seidl@wsl.ch,  
angelika.zahrt@bund.net,  
www.postwachstum.de

## Biokraftstoffpolitik

# Bezahlbare Energie – für wen?

Dass auch Bioenergie Kosten und Probleme verursacht, darf bei der Energiewende nicht vergessen werden

**Unser flotter Lebenswandel verschlingt Ressourcen. Auch, wenn die Energie aus nachwachsenden Rohstoffen stammt, denn billige Energiepreise schließen die Zerstörungskosten nicht ein. Um ökologische und soziale Nebenwirkungen kümmert sich der durchschnittliche Autofahrer weniger als um sein Gefährt. Verbindliche Zertifikate sind hilfreich, aber nicht allein selig machend. ■ VON LÁSZLÓ MARÁZ, FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG**

Bioenergien stehen seit der Atomkatastrophe von Fukushima wieder höher im Kurs. Dass ihr Potenzial begrenzt ist, war schon vorher bekannt, doch diese Erkenntnis wird gern vergessen. Die Probleme, die mit der Intensivierung der Biomasseproduktion verbunden sind, lassen sich nicht mehr bestreiten. Doch an den Reden und Taten der Politik lässt sich erkennen, welche Interessen Vorrang genießen. Da wird der Atomausstieg davon abhängig gemacht, ob die Energie „bezahlbar“ bleibt, und auch die Förderung von Biokraftstoffen wird meist mit dem Argument begründet, dass Autofahren oder Treibstoffe „bezahlbar“ bleiben müssten.

### Heute nutzen, morgen bezahlen

Bezahlbar – aber für wen? Damit können nur die gemeint sein, die Energie heute im großen Stil verbrauchen, und Politiker, die sich von ihrer Fürsorge für Billigenergie ihre Wiederwahl oder wenigstens hohe Umfragewerte versprechen. Und natürlich die Konzerne, die es sich im gegenwärtigen Energiesystem gut eingerichtet haben.

Nicht gemeint sind aber diejenigen, die in Zukunft mit den Folgen unseres hohen Energie- und Rohstoffverbrauches leben müssen. Mit sogenannten Endlagern, mit dem Mangel an fruchtbarem Ackerland, Naturgebieten und Wasserreserven, mit den Folgen des Klimawandels und der Verarmung der biologischen Vielfalt. Nicht gemeint sind die Menschen, die schon heute ihr Land an Bodenspekulanten verlieren oder ihre Arbeitskraft und ihre Gesundheit opfern, um etwa billiges Palmöl oder Zuckerrohr-Ethanol zu erzeugen, damit wir uns unseren flotten Lebenswandel

leisten können. Von Verzicht auf Unnötiges und den Zerstörungen für die Erhaltung billiger Energie- und Rohstoffpreise wird kaum gesprochen. Zu viele tun so, als ob Energiesparen mit einem grauenhaften Rückschritt in Richtung Steinzeit verbunden ist. Die Frage, was wirklich wichtig ist für eine zukunftsfähige Gesellschaft, bleibt dabei unbeantwortet.

Auch die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe führt zur Beanspruchung von Ressourcen. Die Flächen könnten auch anders genutzt werden, etwa für den Anbau von Nahrungsmitteln oder von Biomasse für die stoffliche Nutzung, für den Naturschutz oder Siedlungen. Nur eine umfassende Landnutzungsplanung könnte festlegen, welche Flächen für welche Zwecke verwendet werden, und sicherstellen, dass für alle Bedürfnisse ausreichend vorgesorgt ist. Hierfür gibt es zwar bereits Strategien und Kriterienkataloge, es fehlt aber ein umfassendes Konzept für ihre Umsetzung.

### Unterschiedliche Prioritäten

Die Debatte um E10, den Ottokraftstoff mit einer Beimischung von zehn Prozent Ethanol, zeigt aber auch, wo für viele Beteiligte die Prioritäten liegen. Auf der einen Seite warnen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen vor der massiven Verwendung von Ethanol, weil damit große Mengen von Stärke- und Zuckerrohstoffen nicht für Nahrungsmittel, sondern für die Mobilität aufgebraucht werden. Auch der Beitrag des Ethanol-Einsatzes zum Klimaschutz bleibt umstritten: Zwar soll etwa der Anbau von Zuckerrohr dank der hohen Ernteerträge deutlich weniger Treibhausgase erzeugen, als dies beim fossilen Sprit der Fall ist. Laut

Nachhaltigkeitsverordnung sind mindestens 35 Prozent Einsparung nachzuweisen. Solange aber der genaue Einfluss von indirekten Landnutzungsänderungen noch ungeklärt ist und die Bewertungen dazu von „verschlechtert die Treibhausgasbilanz kaum“ bis zu „macht Biosprit klimaschädlicher als Benzin“ reichen, ist der Klimaschutzbeitrag der Biokraftstoffförderung infrage zu stellen.

Auf der anderen Seite kümmern sich nur wenige Autofahrer um ökologische und soziale Nebenwirkungen. Neben der sicheren Versorgung und bezahlbaren Preisen ist es vor allem die Sorge um das eigene Auto und nicht für das Klima, die viele dazu bewegt, erst einmal den teureren fossilen Sprit zu tanken. Für eine häufig als Autofahrernation bezeichnete Republik ist es kein Ruhmesblatt, dass nicht einmal aus technisch-wissenschaftlicher Sicht Klarheit darüber herrscht, ob der E10-Kraftstoff für Motoren nun schädlich ist oder nicht. Dabei ist das Problem nicht neu: Schon Ex-Umweltminister Sigmar Gabriel sah sich im April 2008 dazu gezwungen, die für 2009 geplante Einführung von E10 aus technischen Gründen zu stoppen.

### Zertifizierung nachhaltiger Biomasse

Die EU-Kommission hat in ihrer Erneuerbare-Energien-Richtlinie versucht, mit Nachhaltigkeitskriterien für die Förderung des Einsatzes flüssiger Biomasse für Treibstoffe und Stromerzeugung wenigstens die größten Schäden zu vermeiden, die bei einer Steigerung der Bioenergieproduktion zu erwarten sind. Und in Deutschland ist es seit Beginn des Jahres gesetzlich vorgeschrieben, die Bedingungen der Nachhal-

tigkeitsverordnungen für Biomassestrom und Biokraftstoffe einzuhalten. Dafür gibt es Zulassungs- und Zertifizierungssysteme, kontrolliert durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Während die ökologischen Kriterien hierfür einigermaßen brauchbar sind, fehlt es vor allem an verbindlichen Sozialstandards. Deshalb ist zu befürchten, dass unser Durst nach flüssigen Bioenergieträgern die Nahrungsmittelknappheit, die Verdrängung von Kleinbauern und die Missstände bei der Beschäftigung der Arbeiter auf den Zuckerrohrplantagen verschärft.

Man kann über die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit von Zertifizierungssystemen trefflich streiten. Immerhin ist das deutsche System für flüssige Bioenergieträger verbindlich und unterscheidet sich schon dadurch von der Vielzahl freiwilliger Zertifizierungsinitiativen, bei denen vor allem die Kunden darüber entscheiden, ob sie das Produkt kaufen oder nicht. Werden die Kriterien für ein freiwilliges Label nicht eingehalten, ist „nur“ der Werbevorteil weg. Strafzahlungen oder andere empfindliche Sanktionen sind nicht vorgesehen. Der Druck, die Regeln einzuhalten, ist also nicht groß.

Bei den Nachhaltigkeitsverordnungen für flüssige Bioenergieträger ist das anders. Es gibt gesetzlich vorgeschriebene Beimischungsquoten von derzeit 6,25 Prozent der Treibstoffmenge bei Otto- und Dieselmotoren, die an die Verwendung von zertifizierter Biomasse gebunden sind. Auch Biomassestrom wird nur dann durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert, wenn ein Nachhaltigkeitszertifikat vorliegt. Die Mineralölwirtschaft muss also zertifizierte Ware kaufen, ebenso Kraftwerke, die eine EEG-Förderung wollen. Gute Voraussetzungen also für ein funktionierendes Regelwerk, könnte man meinen.

### Die EU macht ihre Hausaufgaben nicht

Doch die im Aufbau und quasi in der Erprobungsphase befindliche Biomassezertifizierung könnte aus ganz anderen Gründen scheitern. So sind derzeit Deutschland und Österreich die einzigen der 27 EU-Mitgliedstaaten, in denen eine Zertifizie-

rung bereits vorgeschrieben ist. Die anderen Länder arbeiten noch an entsprechenden Regelungen. Wie lange die Wirtschaft eine solche Ungleichbehandlung tolerieren wird, ist fraglich.

Das nächste Problem sind die ungeklärten technischen Fragen. So ist bis heute nicht geregelt, ob und inwieweit die Effekte der indirekten Landnutzungsänderungen in die Treibhausgasbilanzen eingerechnet werden müssen. Das kann die Klimaschutzwirkung des Biokraftstoffeinsatzes in vielen Fällen zunichtemachen. Ebenso wenig ist geklärt, was unter den Begriffen „Grünland“ und „kohlenstoffreiche Ökosysteme“ zu verstehen ist. Damit wird den Zertifizierern die Arbeit unnötig erschwert. Und nicht zuletzt hat die EU-Kommission viel zu wenige Mitarbeiter für die Regulierung der Bioenergienutzung abgestellt. So fehlt etwa eine Clearingstelle, eine Art Zentralregister, das sicherstellt, dass zum Beispiel nach Frankreich importierte und als nachhaltig zertifizierte Biomasse beim Export nach Deutschland nicht doppelt gezählt wird.

### Atomausstieg ist kein Freibrief

Nachhaltigkeitskriterien müssen überall gelten, auch beim Einsatz von Biomasse für energetische Zwecke. Die Notwendigkeit, schnellstmöglich aus Atomkraft und fossiler Energiewirtschaft auszusteigen, darf nicht zum Freibrief für die erneuerbaren Energien werden, sonst kommen wir vom Regen in die Traufe. Wenn die Politik, allen voran die Europäische Kommission, und die Marktteilnehmer nicht dafür sorgen, dass die Regeln verbessert und vor allem flächendeckend eingehalten werden, wird es mit der Akzeptanz der Bioenergie ein schnelles Ende haben.

Der Forstwirt László Maráz koordiniert seit 2008 von Berlin aus die Plattform Nachhaltige Biomasse beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 678177589,  
E-Mail: maraz@forumue.de,  
www.forumue.de/161.html



**soziale technik**  
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 20 Jahren ist **SOZIALE TECHNIK** - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. **SOZIALE TECHNIK** erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 20,- (für Studierende € 15,-).

**Kostenloses Probeabonnement!**

**Mit Beiträgen zu:**

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

**soziale technik**  
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

**Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abbestellungen:**  
 Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274  
 E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at  
 Web: www.ifz.tugraz.at/sote

## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

EU-Abfallpolitik**Wann ist Altpapier Rohstoff?**

■ Das Gemeinsame Forschungszentrum der EU (JRC) hat Kriterien vorgeschlagen, um den Abfall- oder Produktstatus von Altpapier zu klären. Die Studie mit technischen Details für die Definition, wann Papier schon Abfall ist und wann es als Rohstoff gelten kann, bezieht sich nur auf recycelbares Papier. Altpapier, das als Füllstoff, Einstreu in der Tierhaltung oder für ähnliche Zwecke verwendet wird, ist in die JRC-Studie nicht einbezogen.

Die EU-Abfallrahmenrichtlinie schreibt vor, für jeden Abfallstrom einheitliche Kriterien zu entwickeln, wann „Abfall nicht mehr Abfall“ ist. Dies soll dazu führen, widersprüchliche Regelungen in den EU-Mitgliedstaaten zu vermeiden. Bis Ende des Jahres sollen die Altpapierkriterien verabschiedet werden, kürzlich wurden Kriterien für Metallschrott veröffentlicht (umwelt aktuell 09.2011, S. 9). [jg]

► <http://ftp.jrc.es/EURdoc/JRC64334.pdf>

Elektroschrott**Ausnahme für Solarzellen?**

■ Die EU-Kommission hat eine Konsultation über die Einbeziehung von Solarzellen in die Richtlinie über Elektroaltgeräte (WEEE) gestartet. Interessengruppen können sich noch bis zum 17. Juni an der Befragung beteiligen.

In der Diskussion um die Neufassung der WEEE-Richtlinie gibt es mehrere Streitpunkte zwischen den EU-Institutionen, unter anderem die Sammelziele, die Recyclingquoten und die Reichweite der gesetzlichen Regeln (umwelt aktuell 04.2011, S. 9). Bisher fallen Fotovoltaikzellen nicht unter die WEEE-Richtlinie und das EU-Parlament hatte sich auch bei der Neuregelung gegen eine Einbeziehung ausgesprochen. Doch einige Mitgliedstaaten

wollen die Reichweite auf alle Elektrogeräte ausdehnen und Ausnahmen definieren. Die EU-Kommission kritisierte diese Idee, da bereits erfolgte Folgenabschätzungen nicht berücksichtigt worden seien.

Die Solarindustrie hat die freiwillige Initiative PV Cycle gestartet, um Solarzellen zu recyceln. Laut dem Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily geht der politische Entscheidungsebene dieser Prozess aber nicht schnell genug, außerdem seien alte Solarpaneele nicht berücksichtigt worden. [jg]

► [www.kurzlink.de/cons-photovoltaic](http://www.kurzlink.de/cons-photovoltaic)

EU-Chemikalienpolitik**Umwelthormone auf schwarzer Liste**

■ Aus Sicht der Umweltverbände muss die EU-Chemikalienverordnung REACH mindestens 378 giftige Stoffe verbieten beziehungsweise durch ungefährlichere Substanzen ersetzen. Anfang Mai haben die Organisationen 22 neue Substanzen auf die SIN-Liste (substitute it now) gesetzt – eine Schattenliste von Nichtregierungsorganisationen wie ChemSec, denen die EU-Prozesse zu langsam gehen. Die 22 neuen Stoffe der SIN-Liste sind in gängigen Verbraucherprodukten wie Spielzeug oder Kosmetika enthalten, obwohl sie endokrine Disruptoren sind und damit hormonähnliche Wirkungen auch bei Menschen haben. Endokrine Disruptoren stehen im Verdacht, Krebs zu erregen, Diabetes zu verursachen und die Fortpflanzungsfähigkeit negativ zu beeinflussen.

Unter den Stoffen für die schwarze Liste sind Perchloroethylen, Propylparaben und der Weichmacher Dihexylphthalat.

Auf der offiziellen Kandidatenliste im REACH-Anhang XIV für ein potenzielles EU-Verbot stehen zurzeit 46 sehr besorgniserregende Substanzen. Vorgeschlagen werden die Substanzen durch die EU-Mitgliedstaaten. [jg]

► [www.chemsec.org](http://www.chemsec.org) (SIN LIST)

POP-Konvention**Endosulfan ab 2012 verboten**

■ Das Insektenbekämpfungsmittel Endosulfan aus der Gruppe der Organochlorverbindungen ist ab nächstem Jahr verboten. Darauf haben sich VertreterInnen von 127 Regierungen auf einer Konferenz im Rahmen der Stockholmer Konvention Ende April in Genf geeinigt. Die Anwendung von DDT gegen Malaria bleibt dagegen in zehn Ländern erlaubt. Die Stockholmer Konvention regelt seit zehn Jahren Verbote und Beschränkungen für bestimmte langlebige organische Schadstoffe (persistent organic pollutants – POP) weltweit und völkerrechtlich verbindlich.

Die Vertragsstaaten einigten sich – mit bestimmten Ausnahmen – auf die Einstufung von Endosulfan in die Kategorie A, die höchste Gefahrenstufe. Damit stehen 22 Substanzen auf der POP-Liste, wenn die Regelung in einem Jahr in Kraft tritt. Entwicklungsländer sollen finanzielle und technologische Unterstützung erhalten, um Endosulfan zu ersetzen. Endosulfan dient zur Insektenbekämpfung in Baumwoll-, Kaffee- und Teeplantagen. Es wirkt bei unsachgemäßer Anwendung akut toxisch, langfristig fortpflanzungs- und entwicklungsschädigend auf Menschen und Tiere. In der EU und 60 anderen Ländern ist Endosulfan bereits verboten. Das Endosulfan-Verbot war eine von 30 beschlossenen Maßnahmen der Konferenz.

Zehn Ländern wurde die weitere Verwendung von DDT zur Bekämpfung von Anophelesmücken gestattet, um die Malaria-Gefahr zu reduzieren. Umweltverbände fordern seit Jahren ein Verbot des gefährlichen Giftes, das als krebserregend gilt, hormonähnliche Wirkung hat, extrem langlebig ist und sich in der Nahrungskette anreichert. Das Insektizid wird unter anderem großflächig aus der Luft gesprüht – was beispielsweise Biobauern in Uganda in den Ruin treibt. Auch die Weltgesundheitsorganisation warnt vor den gefährlichen Folgen besonders für Kinder und Schwangere. Die Schweiz konnte sich mit einem Verbotsvorstoß ebenfalls nicht durchsetzen.

In Algerien, Kenia, Indien, Iran, Senegal, Südafrika und Russland gibt es nun

neue Regionalbüros der Stockholmer Konvention. Der Chilene Osvaldo Alvarez wurde zum Präsidenten der nächsten Konferenz (COP 6) gewählt, die im Mai 2013 stattfinden soll. [jg]

► Stockholmer Konvention: [www.pops.int](http://www.pops.int)

## Bakterienresistenzen

### Keimfreies Heim macht krank

■ Durch den zunehmenden Gebrauch antibakterieller Reinigungs- und Hygieneprodukten steigt die Resistenz von Bakterien gegen solche Stoffe, warnt das Pestizid-Aktions-Netzwerk. PAN rät von Mitteln ab, die in normalen Haushalten „Keimfreiheit“ versprechen. Die Verwendung fördere Allergien, Hauterkrankungen und die Bildung von Bakterienstämmen, gegen die dann kein Mittel mehr helfe. PAN informiert im Internet über Alternativen. [jg]

► [www.kurzlink.de/pan-hygienetipps](http://www.kurzlink.de/pan-hygienetipps)

## Gefährliche Chemikalien

### 800 bedenkliche Stoffe

■ Das Umweltbundesamt hat 794 problematische Substanzen in Alltagsprodukten untersucht, die bisher nicht befriedigend gesetzlich geregelt sind. Es handelt sich dabei vor allem um krebserregende, erbgutverändernde und fortpflanzungsschädigende Stoffe in Spielzeugen, Elektro- und Elektronikgeräten sowie Boden- und Wandbelägen. Die Behörde wollte wissen, in welchen Erzeugnissen die Stoffe vorkommen und wo die EU-Chemikalienverordnung REACH noch Schwachstellen hat.

Eine vertiefte Analyse der krebserregenden polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe (PAK) zeigte beispielsweise eine ungenügende Regulierung durch REACH und andere Gesetze. Enthalten sind PAK aber in vielen Produkten, etwa in Mousepads oder Badesandalen. [jg]

► [www.uba.de/uba-info-medien/4092.html](http://www.uba.de/uba-info-medien/4092.html)

## Unkrautvernichtungsmittel

### Glyphosat und Gentechnik

■ Der Naturschutzbund NABU hat eine Studie zu Risiken des Anbaus herbizidresistenter Pflanzen für Mensch und Umwelt vorgelegt. Darin kritisieren die Autorinnen die Verwendung des Breitbandherbizids Glyphosat, das auch in deutschen Gärten „tonnenweise“ genutzt werde. Unter dem Produktnamen Roundup werde es aber vor allem weltweit auf Feldern eingesetzt, auf denen herbizidresistente gentechnisch manipulierte Pflanzen angebaut werden. Damit seien „erhebliche negative Effekte auf Umwelt und Gesundheit“ verbunden, heißt es in der Studie. [jg]

► [www.kurzlink.de/nabu-glyphosat](http://www.kurzlink.de/nabu-glyphosat)

## Seveso-III-Richtlinie

### Verbände fordern strenge Anlagenkontrollen

■ Umwelt- und Gesundheitsverbände haben sich für häufigere Kontrollen von Industrieanlagen ausgesprochen. Bei der Neuauflage der Richtlinie zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen, der sogenannten Seveso-III-Richtlinie, sollten sowohl Hochrisikoplanlagen als auch Industrien mit weniger hohen Risiken einbezogen sein, so die Verbände Mitte April in Brüssel.

Die EU-Regelungen über Industrieunfälle werden zurzeit überarbeitet, weil sich verwandte EU-Vorschriften geändert haben. Beispielsweise müssen die neuen Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-Verordnung) eingearbeitet werden. Außerdem sollen die Vorschriften der Aarhus-Konvention, die Umweltinformationspflichten vorschreibt, übernommen werden. Hinter den Kulissen zeichnen sich bereits die Hauptstreitpunkte ab: der zukünftige Anwendungsbereich der Richtlinie, die Verbesserung der Transparenz durch erweiterte Mitteilungs- und

Informationspflichten sowie strengere und häufigere Kontrollen.

Während der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in einer Stellungnahme einer seiner Ansicht nach möglichen Ausweitung des Verzeichnisses der gefährlichen Stoffe in Anhang I der Seveso-Richtlinie widerspricht, haben Umweltverbände und auch der Berichterstatter im EU-Parlament János Áder (Ungarn, Konservative) einer Verkleinerung des Anwendungsbereichs der Richtlinie eine Absage erteilt.

Umstritten ist auch die Art, wie künftig Änderungen im Anhang I durchgesetzt werden sollen. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, alle Anhänge sowie die Ausnahmeregelungen durch sogenannte delegierte Rechtsakte anzupassen. Das heißt, dass die Kommission – beauftragt von Ministerrat und Parlament – die Änderungen vornimmt. Das EU-Parlament möchte aber auch bei den Details mitbestimmen. Während Nichtregierungsorganisationen Transparenz und schnellstmöglichen Zugang zu den Informationen fordern, fürchtet der DIHK, dass sensible Daten dadurch in falsche Hände kommen könnten. Die EU-Kommission hat jährliche Inspektionen für Betriebe der oberen Gefahrenklasse und höchstens drei Jahre auseinanderliegende Kontrollen bei Betrieben der unteren Klasse vorgeschlagen. Zusätzlich soll es nicht-routinemäßige Inspektionen geben. Einige Mitgliedstaaten sind aber gegen zu strikte Vorgaben aus Brüssel und fordern mehr Flexibilität bei der Kontrolldurchführung.

Noch im Juni soll der Umweltausschuss über den Kommissionsentwurf debattieren, eine Abstimmung ist für Oktober geplant. Voraussichtlich im Dezember erfolgt die erste Lesung mit Abstimmung in der Plenarsitzung des Parlaments.

Die Seveso-Richtlinie geht auf einen schweren Chemieunfall mit Dioxin zurück, der sich 1976 nördlich von Mailand ereignete. Betroffen waren mehrere Gemeinden, darunter der Ort Seveso. [jg]

► Europäisches Umweltbüro, Chemikalienreferent Christian Schaible, Brüssel, Tel. +32 (0) 2 / 289-1094, [www.eeb.org](http://www.eeb.org)

Klimaschutz**Kühlgerätehersteller halten Standards nicht ein**

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat Kühlgerätehersteller wie Bosch-Siemens, Miele oder Electrolux beschuldigt, die Recyclingstandards für Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) nicht einzuhalten. Nur 40 bis 60 Prozent der klimaschädlichen FCKW würden aus Altgeräten zurückgewonnen und richtig entsorgt. Zuständige Landesumweltbehörden schauten weg und verzichteten auf wirksame Kontrollen, kritisierte die DUH. Der europäische Standard liege bei 90 Prozent, doch diesen Stand der Technik erreichten die deutschen Hersteller nicht. Damit hätten die Unternehmen eine vermeidbare Belastung der Atmosphäre von 5,9 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten verursacht. Die Hersteller weigerten sich nach DUH-Angaben, eine ordnungsgemäße Entsorgung zu finanzieren – auf Kosten der Umwelt.

Der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie ZVEI widersprach der DUH-Darstellung und bezog sich damit auf einen an fünf Betrieben durchgeführten Feldversuch. Dort wurde eine Recyclingquote von durchschnittlich 75 Prozent erreicht. [jg]

- ▶ [www.duh.de](http://www.duh.de) (Presse – 2.05.2011)
- ▶ [www.kurzlink.de/zvei-fckw](http://www.kurzlink.de/zvei-fckw)

Emissionsstatistik**Register auf neuestem Stand**

■ Die Europäische Kommission und die Europäische Umweltagentur (EEA) haben im Mai ihre Informationen über Quellen und Wege der Umweltverschmutzung aktualisiert. Das Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister PRTR enthält Daten aus dem Jahr 2009 aus 32 Ländern.

Neben den 27 EU-Mitgliedstaaten haben auch Island, Liechtenstein, Norwegen, Serbien und die Schweiz ihre Daten über Schadstoffe gemeldet, die über industrielle Prozesse in Luft, Wasser oder Boden

landen. Das E-PRTR-Register (European Pollutant Release and Transfer Register) enthält Daten über 91 Substanzen und bildet 65 Wirtschaftsaktivitäten sowie rund 28.000 Anlagen ab. Allerdings sind einige Daten unvollständig, weil manche Unternehmen aus „Vertraulichkeitsgründen“ Beschwerde gegen die Veröffentlichung eingereicht haben. [jg]

- ▶ <http://prtr.ec.europa.eu>

Lärmemissionen**Nachtflugverbot spart Gesundheitskosten ein**

■ Neue Forschungen im Einzugsgebiet des Londoner Flughafens Heathrow haben ergeben, dass ein Nachtflugverbot über zehn Jahre etwa eine Milliarde Euro einsparen könnte. Die ökonomischen Verluste würden durch Gewinne im Gesundheitssektor wieder ausgeglichen werden. Die britische Regierung hat die Zahl der nächtlichen Flüge zwischen 23 Uhr 30 und sechs Uhr morgens auf etwa 16 limitiert und überprüft zurzeit, ob es bei dieser Regelung – 5.800 Nachtflüge pro Jahr – bleiben soll. Eine Forschergruppe hat nun eine Kosten-Nutzen-Abwägung für drei Szenarien vorgenommen. Im besten Fall können danach rund 860 Millionen Pfund eingespart werden, unter anderem weil die Stressbelastung der Bevölkerung sinkt.

Eine aktuelle Lärmumfrage des deutschen Umweltbundesamts (UBA) hat ergeben, dass die Bevölkerung Straßen- und Flugverkehr als stärkste Belastung empfindet. Es folgen der Schienenverkehr sowie Industrie- und Gewerbelärm. „Beim Lärmschutz liegt noch jede Menge Arbeit vor uns“, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth und verwies auf die von der EU vorgeschriebenen Lärmaktionspläne, die die Kommunen erarbeiten müssen. Etwa 4.000 Herzinfarkte jährlich sind laut UBA auf Lärmbelastung zurückzuführen. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/heathrow-studie](http://www.kurzlink.de/heathrow-studie)
- ▶ [www.umweltbundesamt.de/laermumfrage](http://www.umweltbundesamt.de/laermumfrage)

Nanotechnologie**Kein Verbot für Nanosilber**

■ Mitte Mai hat der Bundestag über einen Verbotantrag für Nanosilber in Alltagsprodukten debattiert. Eingereicht hatten den Antrag die Grünen, in der Debatte unterstützt von SPD und Linksfraktion. Die Bundesregierung sieht trotz Warnungen des Bundesinstituts für Risikobewertung (umwelt aktuell 05.2011, S. 11) bisher keinen Handlungsbedarf. Umweltverbände und Verbraucherzentralen hatten die Umwelt- und VerbrauchersprecherInnen aller Fraktionen aufgefordert, für das Verbot zu stimmen. Der Bundestag reichte den Antrag an die zuständigen Ausschüsse weiter. [jg]

- ▶ Bundestag: [www.kurzlink.de/bt-17108.pdf](http://www.kurzlink.de/bt-17108.pdf)
- ▶ BUND, Nanoexperte Jurek Vengels, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-422, E-Mail: [jurek.vengels@bund.net](mailto:jurek.vengels@bund.net), [www.bund.net/nano](http://www.bund.net/nano)

## GLOBALISIERUNG &amp; EINE WELT

Tropische Wälder**Mehr Kahlschlag an Straßen**

■ Der Bau von Straßen begünstigt in erheblichem Maße die Abholzung von Tropenwald. Das ergab eine Untersuchung im nordbrasilianischen Bundesstaat Pará. Die Flächen bis zu zehn Kilometer um eine Straße herum seien zu 46 bis 63 Prozent abgeholzt gewesen, berichtete die katholische Nachrichtenagentur Adital unter Berufung auf eine Studie für ein örtliches Museum. 40 bis 50 Kilometer von der Straße entfernt liege die Abholzungsrate nur noch zwischen 30 und 15 Prozent. Vor allem die Viehzucht und andere wirtschaftliche Aktivitäten sind der Studie zufolge Grundlage für die legale Abholzung in Straßennähe. Pará besteht zu zwei Dritteln aus Waldflächen, von denen laut Adital schon mindestens 20 Prozent abgeholzt wurden. [mb]

- ▶ [kurzlink.de/adital-55765-de](http://kurzlink.de/adital-55765-de)

Nachhaltiges Wirtschaften**Rio+20-Vorgespräche über Green Economy blockiert**

■ Die Vorverhandlungen für die Rio+20-Konferenz über eine „grüne“ Weltwirtschaft sind Mitte Mai nach intensiven Gesprächen in New York über Verkehr, Chemikalien, Abfallmanagement, Bergbau und nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster ergebnislos zu Ende gegangen. Unter anderem konnten sich die Vertragsstaaten auf der zweiwöchigen Sitzung der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD-19) nicht auf einen Zehnjahresaktionsplan für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion (10YFP) einigen. Der Fahrplan war 2002 im südafrikanischen Johannesburg vorgeschlagen worden und sollte nach der CSD-19 ausgehandelt sein. 10YFP soll konkrete Richtlinien vorgeben, um sowohl VerbraucherInnen als auch Unternehmen auf einen nachhaltigen Kurs zu bringen.

Der Direktor der UN-Umweltbehörde UNEP, Achim Steiner, sagte, ein 10YFP wäre ein Schritt zu mehr Vertrauen zwischen den Staaten des Nordens und des Südens gewesen. Steiner kritisierte die reichen Länder, die es bei der Feststellung beließen, dass das gemeinsame Schiff sinke, wenn andere die gleichen Dinge täten wie sie selbst. [IPS, mb]

► [www.ipsnews.net/news.asp?idnews=55688](http://www.ipsnews.net/news.asp?idnews=55688)

Weltumweltrecht**Schweiz ergreift Initiative**

■ Der Schweizer Umweltbotschafter Franz Perrez hat sich für globale Umweltziele ähnlich den Millenniumentwicklungszielen ausgesprochen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP solle diese „definieren und so seinem Anspruch auf politische Orientierung gerecht werden“, sagte Perrez Anfang Mai im Interview mit dem Portal Nachhaltig.org. Die verschiedenen Umweltabkommen wiesen Lücken auf, die häufig eine Umsetzung in-

ternationalen Umweltrechts verhinderten. „UNEP hat auf Initiative der Schweiz bereits eine Zusammenstellung aller in den letzten Jahrzehnten beschlossenen internationalen Umweltziele erarbeitet“, so Perez mit Blick auf den Umweltgipfel Rio+20 im Juni 2012. „Es wäre natürlich schön, wenn in Rio nun eine kondensierte Form dieser Zusammenstellung formalisiert werden könnte.“ [hmp]

- Bundesamt für Umwelt, Abteilungschef Internationales Franz Perrez, Bern, Tel. +41 (0)31 / 3229323, E-Mail: [franz.perrez@bafu.admin.ch](mailto:franz.perrez@bafu.admin.ch)
- Interview: [www.kurzlink.de/interview-perrez](http://www.kurzlink.de/interview-perrez)

Indigene Landrechte**Indien stoppt Ausweisung aus Nationalparks**

■ Die indische Regierung hat eine Richtlinie zu Naturschutzgebieten gestoppt, nach der die indigene Bevölkerung aus Gebieten mit geplanten Nationalparks ausgewiesen werden sollte. Nun soll es keine Umsiedlungen gegen den Willen der Bewohner mehr geben und diese sollen nach Möglichkeit auch in die Waldbewirtschaftung einbezogen werden. Ausnahmen gelten allerdings für Tigerreservate.

In Indien gibt es immer mehr Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern unberührter Wildtierreservate und Unterstützern der 84 Millionen Indigenen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Survival International sind schon etwa 100.000 Inder durch Ausweisungen aus Schutzgebieten zu „Naturschutzflüchtlingen“ geworden. Sie verlören dabei den Zugang zu ihren Lebensgrundlagen und häufig auch zu heiligen Stätten. „Der Großteil der am besten erhaltenen Naturschutzgebiete ist von indigenen Völkern bewohnt“, sagte Survival-Direktor Stephen Corry. Das sei kein Zufall. „Es ist verrückt anzunehmen, dass man Wildtiere schützt, indem man die Menschen ausweist“, so der britische Anthropologe.

Währenddessen beobachten Menschenrechtsgruppen in Mexiko eine

gegenläufige Entwicklung. Dort ist die Hälfte des Landes im Besitz von Ejidos (Allmenden) und Agrargemeinden und dient KleinbäuerInnen und indigenen Gemeinschaften als Lebensgrundlage. Zu vielen Naturschutzgebieten gehören solche Ländereien, sodass dort heute ein „Vorrang öffentlicher Interessen“ gilt. Vor allem seit einer Verschärfung der Umweltgesetzgebung im Jahr 2008 nähmen Kontroversen zwischen der Schutzgebietsbehörde und den Gemeinden zu, berichtete Ende April die Tageszeitung La Jornada. Während die Gemeinden immer weniger Mitsprache bei Naturschutzplanungen hätten, seien Ölförderung und Bergbau in den Schutzgebieten keineswegs ausgeschlossen. [mb]

- [www.survivalinternational.de/nachrichten/7279](http://www.survivalinternational.de/nachrichten/7279)
- Mexiko: [www.npla.de/de/poonaal/3289](http://www.npla.de/de/poonaal/3289)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de) (Rundbriefe)

## KLIMA &amp; ENERGIE

Internationale Klimafinanzien**Korruption vorprogrammiert**

■ Die Nichtregierungsorganisation Transparency International warnt in einer Ende April in Dhaka (Bangladesch) vorgestellten Studie vor den Gefahren der Korruption beim Einsatz von Finanzmitteln zur Bekämpfung des Klimawandels.

Nach derzeitigem Stand wollen die Staaten ab 2012 jährlich rund 100 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen, um den Klimawandel zu begrenzen und Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren. Der Bericht weist darauf hin, dass ein Großteil dieser Gelder mithilfe vollkommen neuer Hilfsfonds und Umverteilungsmechanismen vergeben werden sollen, die deshalb besonders anfällig für Korruption seien. ►

Erschwerend komme hinzu, dass gerade die am stärksten vom Klimawandel betroffenen Empfängerländer die höchsten Korruptionsraten aufwiesen.

Die Organisation fordert Regierungen, internationale Organisationen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf, von Anfang an geeignete Mechanismen zur Verhinderung von Korruption zu entwickeln. Sie empfiehlt hierfür eine weitgehende Beteiligung der Öffentlichkeit, den Zugang zu Informationen sowie effektivere Regeln in der Klimapolitik wie etwa eine Vereinheitlichung der Vergaberichtlinien für Finanzmittel.

Korruption mache vor nichts halt, nicht einmal, wenn es um die Zukunft des Planeten gehe, sagte Huguette Labelle, Vorsitzende von Transparency International. „Es ist nicht nur notwendig, den Klimawandel zu bekämpfen“, betonte sie deshalb. „Dies muss auch transparent und verantwortungsvoll geschehen. Von Anfang an müssen in alle Initiativen Kontrollmechanismen integriert werden.“ [em]

- ▶ [www.transparency.org](http://www.transparency.org)
- ▶ [www.kurzlink.de/transparencyint-clim](http://www.kurzlink.de/transparencyint-clim)

### Erneuerbare Energien weltweit

## 80 Prozent Erneuerbare bis 2050 möglich

■ Der Weltklimarat IPCC hat Anfang Mai in Abu Dhabi einen Bericht zu den Potenzialen der erneuerbaren Energien bis 2050 vorgestellt. Dem Report liegt die Auswertung von 164 Studien und Szenarien zugrunde, die das Entwicklungspotenzial der Energieträger Wind, Sonne, Wasser, Biomasse, Geothermie und Meeresenergie abschätzen. Der Bericht soll den Regierungen eine wissenschaftliche Entscheidungsgrundlage für die Bekämpfung des Klimawandels liefern. Den Aussagen der Wissenschaftler zufolge können die erneuerbaren Energien im Jahr 2050 80 Prozent der benötigten Energie bereitstellen, wenn die Politik bis dahin die richtigen Maßnahmen ergreift. Je nach den zugrunde gelegten Annahmen können in

diesem Zeitraum zwischen 220 und 560 Gigatonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Die optimistischen Studien kommen dabei zu dem Schluss, dass sich mit einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius begrenzen lässt.

Weiter weist der Bericht des IPCC darauf hin, dass ein Teil der erneuerbaren Energien schon jetzt ökonomisch konkurrenzfähig ist. Die Wissenschaftler erwarten zudem weitere Kostensenkungen sowie technologische Weiterentwicklungen. Allein das Potenzial der Windenergie würde den Angaben zufolge ausreichen, um über 100 Prozent des weltweiten Energiebedarfs zu decken. 2009 trug die Windenergie rund 13 Prozent zum Primärenergieverbrauch und 19 Prozent zur Stromversorgung bei.

Ramon Pichs, Ko-Vorsitzender der IPCC-Arbeitsgruppe, sagte: „Der Bericht zeigt, dass nicht die Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien die Entwicklung dieses Sektors in den kommenden Jahrzehnten bestimmt. Dessen Entwicklung ist vor allem von politischen Entscheidungen abhängig.“

Der WWF lobte die solide Arbeit der Wissenschaftler, bemängelte allerdings, dass das IPCC in seinen Ausbauprognosen noch zu bescheiden sei. Die Umweltstiftung hält eine nahezu vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2050 für möglich. „Die weltweite Energiewende ist machbar, wenn jetzt die notwendigen Rahmenbedingungen auf internationaler und nationaler Ebene gesetzt werden“, sagte Regine Günther, Leiterin des Klimabereichs beim WWF Deutschland. [em]

- ▶ [www.kurzlink.de/ipcc-renewables0511](http://www.kurzlink.de/ipcc-renewables0511)
- ▶ [wwf.de](http://wwf.de) (Presse – 09.05.11)

### Atomkraft

## Immer weniger AKWs?

■ Der Anteil von Atomkraft an der Elektrizitätsproduktion nimmt weltweit ab und wird künftig weiter abnehmen. Zu dem Schluss kommt ein anlässlich des 25. Jahrestags der Atomkatastrophe von

Tschernobyl im Europäischen Parlament präsentierter Bericht zum Stand der weltweiten Atomenergie. So war 2010 erstmals die weltweite Leistung erneuerbarer Energien größer als die der aktiven AKWs (381 Gigawatt gegenüber 375 Gigawatt vor Fukushima). In der EU sind zurzeit 143 Reaktoren offiziell aktiv. Werden die sieben vorübergehend abgeschalteten Kraftwerke in Deutschland dazugezählt, sind das 40 weniger als 1989. Um den heutigen Anteil von Atomstrom aufrechtzuerhalten, müssten neben den im Bau befindlichen AKWs 18 zusätzliche Reaktoren bis 2015 fertiggestellt werden und ans Netz gehen. Das halten die Autoren vom Worldwatch Institute wegen des langen Vorlaufs, den der Bau eines AKWs benötigt, für unwahrscheinlich. Die Katastrophe von Fukushima mache zudem Laufzeitverlängerungen für alte AKWs weniger wahrscheinlich.

Neben der allgemeinen Bestandsaufnahme zur weltweiten Atomkraft gibt der Bericht einen Überblick über die bisherigen politischen Konsequenzen aus Fukushima in einigen Ländern und Regionen, darunter die EU und Deutschland. [am]

- ▶ Bericht des Worldwatch-Instituts (PDF, 2,9 MB): [www.kurzlink.de/nuclearstatus-worldw](http://www.kurzlink.de/nuclearstatus-worldw)

### EU-Atompolitik

## Stressfreie Stresstests?

■ Die von EU-Energiekommissar Günther Oettinger im März angekündigten „Stresstests“ könnten sich als wenig anspruchsvoll herausstellen. Das befürchten Umweltverbände und Abgeordnete im EU-Parlament angesichts des Vorschlags der Westeuropäischen Aufsichtsbehörde WENRA, der Anfang Mai informell von den EU-Energieministern im ungarischen Gödöllő diskutiert wurde.

Nachdem ursprünglich eine umfassende Sicherheitsüberprüfung mit einheitlichen Kriterien für alle europäischen AKWs geplant war (umwelt aktuell 05.2011, S. 14), sieht der Entwurf nur eine Überprüfung der Sicherheitsstandards in Bezug auf Naturkatastrophen vor. Beste-

hende Störungen oder die Anfälligkeit für Flugzeugabstürze und terroristische Angriffe sollen demnach nicht mehr Teil der Kriterien sein. Der Süddeutschen Zeitung zufolge haben sich damit atomfreundliche Mitgliedstaaten wie Großbritannien und Frankreich durchgesetzt.

Die Naturfreunde Deutschlands werteten die wenig umfassenden Kriterien als ein Einknicken der Kommission vor der Atomlobby. Der Umweltverband kritisierte zudem, dass nicht unabhängige Experten die Prüfungen durchführen sollen, sondern die Atomindustrie selbst ihre AKWs testen soll. Der Vorsitzende des Umweltausschusses im EU-Parlament Jo Leinen (SPD) forderte „umfassende Stresstests“, die nicht verwässert werden dürften und bei denen alle Risiken überprüft werden müssten. Energiekommissar Oettinger müsse hier hart bleiben.

Oettinger hat sich mittlerweile Berichten zufolge für Tests ausgesprochen, die neben Naturkatastrophen auch Gefahren wie Flugzeugabstürze und Terrorangriffe prüfen sollen. Eine Entscheidung über die Ausgestaltung der Kriterien wurde vertagt und war bis zum Redaktionsschluss noch nicht getroffen. [am]

- ▶ [www.kurzlink.de/wenra-proposal-stres](http://www.kurzlink.de/wenra-proposal-stres)
- ▶ NaturFreunde, Bundesvorsitzender Michael Müller, Berlin, E-Mail: [mueller@naturfreunde.de](mailto:mueller@naturfreunde.de), [www.naturfreunde.de](http://www.naturfreunde.de) (Presse – 2011-05-04)
- ▶ [www.joleinen.de](http://www.joleinen.de) (Presse – 4. Mai 2011)
- ▶ Aktuelle Ergänzungen zu dieser Meldung: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News)

## EU-Energieeffizienzpolitik

### Richtlinienentwurf öffentlich

■ Mitte Mai ist ein erster Entwurf der Energieeffizienzrichtlinie aus der Generaldirektion Energie der EU-Kommission an die Öffentlichkeit gelangt. Darin wird der Stichtag für die Prüfung, ob bindende Energieeffizienzziele notwendig sind, auf Juni 2014 verschoben. Im Energieeffizienzplan der Kommission, der im März veröffentlicht wurde, war noch von Ende 2013 die Rede (umwelt aktuell 04.2011, S. 13).

Als zentrale Maßnahme sieht der Entwurf vor, dass Energieversorger verpflichtet werden, jährlich 1,5 Prozent weniger Energie an ihre Endkunden zu verkaufen, gemessen an ihrem Marktanteil. Den Mitgliedstaaten soll überlassen werden, die Einsparverpflichtungen mithilfe eines Zertifikatesystems handelbar zu machen. Maßnahmen, die den Verbrauch nicht langfristig senken, wie die Installation sparsamer Duschköpfe, sollen nur zehn Prozent der Einsparung abdecken dürfen.

Die öffentliche Hand soll eine Vorreiterrolle im Gebäudesektor spielen und jährlich drei Prozent ihres Bestands sanieren, allerdings dürfen Mitgliedstaaten Sozialbauten ausnehmen. Brook Riley, Klimareferent beim Umweltdachverband Friends of the Earth Europe, wies gegenüber dem EU-Infodienst Euractiv darauf hin, dass öffentliche Gebäude ohnehin nur zwölf Prozent des europäischen Gebäudebestands ausmachten, sodass die Herausnahme von Sozialbauten zu weitaus

geringeren Einsparungen als erhofft führen könne. Der Richtlinienentwurf zu Energieeffizienz befindet sich zurzeit im internen Abstimmungsprozess der Kommission. Der endgültige Richtlinienvorschlag wird für Mitte Juni erwartet. [am]

#### ▶ Richtlinienentwurf:

[www.kurzlink.de/prop-eff-dir-060511](http://www.kurzlink.de/prop-eff-dir-060511)

#### ▶ [www.kurzlink.de/euractiv-eneff-1205](http://www.kurzlink.de/euractiv-eneff-1205)

## EU-Emissionshandel

### Weniger Ausnahmen

■ Ende April hat die Kommission über die genauen Regeln für die Vergabe von kostenlosen Emissionshandelszertifikaten entschieden. Ab 2013 gelten nunmehr europaweit einheitliche Vergaberegeln.

Bis 2020 erhalten nur noch solche Industriezweige einen Teil ihrer Verschmutzungsrechte kostenlos, die dem Wettbewerb mit Drittstaaten außerhalb des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) nach Auffassung der Kommission besonders stark ausgesetzt sind. Als Maßstab für die Vergabe dienen sogenannte Benchmarks. Für deren Berechnung werden die durchschnittlichen Emissionswerte der effizientesten zehn Prozent der Anlagen der betroffenen Branchen ermittelt. Die Anzahl kostenloser ETS-Zertifikate für eine Anlage ergibt sich anschließend durch die Multiplikation dieses Wertes mit den durchschnittlichen Produktionszahlen von

## Werben Sie ... jetzt und hier!

Sie möchten im attraktiven redaktionellen Umfeld unserer Zeitschrift werblich vertreten sein? Andreas Hey unterbreitet Ihnen gerne individuelle Angebote für Ihre erfolgreiche Präsenz mit Anzeigen und Beilagen! Sie erreichen uns unter

- ▶ [hey@oekom.de](mailto:hey@oekom.de)
- ▶ Tel. +49/67 85/9 41-00 oder Fax +49/67 85/9 41-01.

Fordern Sie die aktuellen Mediadaten noch heute an – Sie finden sie auch im Internet unter

- ▶ [www.oekom.de/zeitschriften/mediadaten.html](http://www.oekom.de/zeitschriften/mediadaten.html)



Verlagsbüro **Andreas Hey**  
Am Hahn 1  
55758 Hottenbach

2007 und 2008. Die Benchmarks werden in Tonnen CO<sub>2</sub> je Produkteinheit angegeben und sind unabhängig von den eingesetzten Technologien, dem Energieträger und der geografischen Lage. Industriezweige, bei denen die Gefahr einer Verlagerung der Produktion in Drittstaaten („carbon leakage“) besteht, erhalten alle Zertifikate bis zur vollen Ausschöpfung der Benchmarks kostenlos. In den übrigen Sektoren werden die Verschmutzungsrechte für 2012 bis zu einem Grenzwert von 80 Prozent der Benchmarks kostenlos verteilt. Dieser Wert sinkt bis 2020 auf 30 Prozent. [em]

- ▶ [www.kurzlink.de/ets-info-benchmarks](http://www.kurzlink.de/ets-info-benchmarks)
- ▶ [www.kurzlink.de/carbon-leakage-sekt](http://www.kurzlink.de/carbon-leakage-sekt)

#### EU-Produktpolitik

### Boiler werden ökologischer

■ Die EU-Kommission hat Mitte April einen Vorschlag für Umweltstandards und die Zertifizierung von Boilern vorgelegt. Die Standards sollen bis zum Sommer mit den Mitgliedstaaten verhandelt und dann als Umsetzung der Ziele aus der Ökodesignrichtlinie verabschiedet werden. Ursprünglich sollten die Vorschläge schon im vergangenen Herbst veröffentlicht werden.

Hauptsächlich geht es in den Vorschlägen um Standards zu Energieeffizienz, aber auch die Schwefeldioxid- und Lärmemissionen der Geräte sollen mit der Durchführungsverordnung begrenzt werden. Die vorgeschlagenen Standards variieren je nach Geräteart und -größe. So müssen kleine Boiler auf Basis fossiler Brennstoffe ein Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung einen Wirkungsgrad von 68 Prozent erreichen; zwei Jahre später müssen es 75 Prozent sein.

Umweltverbände kritisierten den Umsetzungsprozess der Ökodesignrichtlinie als zu schleppend. Die Standards, die dann nach langen Verhandlungen gesetzt würden, seien zudem nicht dynamisch und ehrgeizig genug, so die Kampagne Cool Products. Dynamische Anforderungen seien aber notwendig, um Anreize für eine kontinuierliche Markttransformation

zu liefern. Außerdem müsse die absolute Verringerung des Energieverbrauchs der Geräte im Vordergrund stehen, nicht nur eine Steigerung der Energieeffizienz. [am]

- ▶ [www.kurzlink.de/boiler-prop-com0411](http://www.kurzlink.de/boiler-prop-com0411)
- ▶ Cool Products: [www.eeb.org](http://www.eeb.org) (News – April 14th)

#### Erneuerbare Energien

### Konzerne investieren nicht

■ Die vier großen Energiekonzerne RWE, Eon, Vattenfall und EnBW sperren sich gegen die Energiewende. Zu diesem Ergebnis kommt eine Ende April veröffentlichte Studie des Berliner Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im Auftrag von Greenpeace. Während die vier großen Stromkonzerne mit 68 Prozent der Stromerzeugung eine marktbeherrschende Stellung einnehmen, liegt ihr Anteil an der Stromerzeugung aus Wind, Biomasse, Erdwärme und Solarstrom laut der Studie bei mageren 3,9 Prozent. 96 Prozent der erneuerbaren Energien stammen dagegen von Regionalversorgern, Stadtwerken, Privathaushalten und Bürgerwindparks. An ihrem geringen Anteil an erneuerbaren Energien soll sich laut Planung der Konzerne auch in Zukunft wenig ändern. Für die kommenden Jahre will Eon 13 Prozent und RWE 20 Prozent der Gesamtinvestitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien investieren, viel zu wenig, um nach Einschätzung der Studienautoren bis zum Jahr 2020 die von der Politik geforderten 35 Prozent an Strom aus erneuerbaren Energien im eigenen Strommix zu erreichen.

„Die vier Stromriesen bleiben nicht nur heute, sondern auch in Zukunft deutlich hinter den politischen Zielvorgaben für eine Energiewende zurück“, sagte Bernd Hirschl, Hauptautor der Studie. Ob angesichts der Reaktorkatastrophe in Fukushima und der massiven Anti-Atom-Proteste in Deutschland ein Umdenken in den Konzernzentralen stattfindet, sei fraglich. [jgl]

- ▶ Studie (PDF, 1,3 MB): [http://gpurl.de/EVU\\_Studie\\_2011](http://gpurl.de/EVU_Studie_2011)
- ▶ [www.kurzlink.de/greenpeace-studie](http://www.kurzlink.de/greenpeace-studie)

#### Kohlesubventionen

### Ende der Steinkohle in Sicht

■ Der Bundestag hat Mitte April das Ende der Steinkohlesubventionierung bis 2018 beschlossen. Mit der Entscheidung wird ein EU-Beschluss, der das Ende der Steinkohlebeihilfen bis 2018 fordert, umgesetzt. Ursprünglich sollte das Gesetz zur Subventionierung von Kohle 2012 noch einmal überarbeitet werden. Dies hätte ermöglicht, das Auslaufen der Subventionen dann noch einmal zu verschieben. Die Bundesregierung hatte aber in Verhandlungen mit der EU-Kommission im Gegenzug für die Verlängerung der Kohlesubventionen auf diese Möglichkeit verzichtet. Der Vorschlag der EU-Kommission hatte zunächst vorgesehen, dass Beihilfen für den Abbau von Steinkohle bereits 2014 EU-weit verboten werden (umwelt aktuell 02.2011, S. 15). [am]

#### Energiewende

### Verbände machen Vorschläge

■ Während aus der Bundesregierung noch keine Einzelheiten über das angekündigte Energiekonzept bekannt sind, haben Umweltverbände und Zivilgesellschaft neue Vorschläge vorgelegt. Der Deutsche Naturschutzring fordert einen Umbau des Energiesystems zu dezentralen Strukturen und eine „Ökonomie des Vermeidens“ mit einem absoluten Absenken des Energieverbrauchs auf 2000 Watt pro Kopf. Dazu müssten Effizienzmaßnahmen gestärkt und Verhaltensänderungen hin zu einer „Kultur der Genügsamkeit“ erreicht werden.

Neben dem verstärkten Ausbau von erneuerbaren Energien sollen auch Energieeffizienzmaßnahmen eine wichtige Rolle beim Umbau des Energiesystems spielen. So stellt es die deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Denef) in einem Zehn-Punkte-Sofortprogramm dar, das mit Unterstützung des Wuppertal-Instituts erstellt wurde. Mithilfe der aufgeführten Maßnahmen soll jährlich der Strom von zehn AKWs eingespart werden. Dazu

schlägt die Deneff unter anderem vor, den Energieeffizienzfonds aufzustocken, die Sanierungsquoten beim Gebäudebestand durch finanzielle Anreize und Beratung zu verbessern und sogenannte Weiße Zertifikate für den Stromverbrauch einzuführen. Damit sollen Energieversorger nach dem Vorbild des Emissionshandels mit Energieeinsparungen handeln können.

Die Ethikkommission, die die Bundesregierung für eine „Energiewende mit Augenmaß“ beraten soll, hat Ende Mai ihren Abschlussbericht vorgelegt – nach Redaktionsschluss. In einem vorab bekannt gewordenen Entwurf visitierte sie einen Ausstieg aus der Atomkraft bis spätestens 2021 an. Dieser solle vor allem durch Energiesparen und durch ein „intelligentes Wachstum“ der erneuerbaren Energien ermöglicht werden. Umweltverbände kritisierten die Empfehlung der Kommission. So zeigten Studien, dass ein Ausstieg aus der Atomkraft schon weitaus früher möglich sei. [am]

- ▶ [www.kurzlink.de/dnr-6pkte-plan](http://www.kurzlink.de/dnr-6pkte-plan)
- ▶ [www.kurzlink.de/deneff-10-pktplan](http://www.kurzlink.de/deneff-10-pktplan)
- ▶ [www.nabu.de](http://www.nabu.de) (Pressemitteilungen – 11.05.2011)
- ▶ Aktuelle Ergänzungen: [www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

## Erneuerbare-Energien-Gesetz

### Entwurf für EEG-Novelle

■ Ein erster Entwurf für die anstehende Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist Anfang Mai öffentlich geworden. Darin ist eine Verschiebung der Fördergelder zugunsten der Offshorewindkraft geplant, deren Anfangsvergütung steigen soll, sowie ein Anreizsystem für Investitionen in Speichertechnologien. Bei der Förderung von Windkraft an Land sowie von Biomasse und Fotovoltaik soll hingegen gekürzt werden.

Das EEG soll Herstellern künftig einen Anreiz dafür geben, ihren Strom dann in die Netze einzuspeisen, wenn er besonders gebraucht wird. Betreiber, die ihren Strom an der Börse verkaufen, sollen die Differenz zu der garantierten Einspeisevergütung als sogenannte „optionale Marktprämie“ aus-

## Angriff auf das Vorsorgeprinzip

**Der britische Rat für Bioethik spricht sich für eine Pflicht zum Biokraftstoffausbau anstelle des Vorsorgeprinzips aus. Damit ignoriert er internationale Abkommen und schafft einen gefährlichen Präzedenzfall, warnt Helena Paul von Econexus.**

Das Vorsorgeprinzip hilft einer Gesellschaft, vorsichtig mit einer Technologie umzugehen, wenn es Wissenslücken oder hohe Risiken gibt. Es steht im Gegensatz zu der optimistischen Annahme, dass die negativen Auswirkungen einer Technologie stets irgendwie bewältigt werden können. Die Geschichte lehrt jedoch, dass auch Asbest, FCKW oder PCB zuerst für Wunderstoffe gehalten wurden, bevor sie sich als hochproblematisch herausstellten. Es gibt genügend solcher Fälle, um darin ein Muster zu erkennen. Hier setzt das Vorsorgeprinzip an, um Schaden zu vermeiden, bevor er entsteht. Es ist in der UN-Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung festgeschrieben und ein fundamentaler Teil des EU-Rechts. Auch für das Bundesimmissionschutzgesetz von 1974 bildete es die Grundlage.

Gremien wie die US-Handelskammer lehnen das Vorsorgeprinzip ab. Die Kammer zieht „die Nutzung von robuster Wissenschaft, Kosten-Nutzen-Analysen und Risikobewertungen“ vor. Ihre Strategie ist es, „der Annahme des Vorsorgeprinzips als Grundlage für politische Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene entgegenzutreten“.

Auch in Großbritannien zieht das Argument. Aktuelles Beispiel ist der Bericht des Nuffield Council on Bioethics, der im April veröffentlicht wurde, als Fragen nach den indirekten Landnutzungsfolgen von Biokraftstoffen das Vertrauen in die EU-Politik untergruben. Die Versprechungen von neuen Jobs auf dem Land und Märkten für bäuerlichen Landbau waren unerfüllt geblieben und viele der ursprünglichen Annahmen hatten sich als fehlerhaft erwiesen. Der Nuffield-Rat sieht sich als unabhängige Einrichtung, die ethische Fragen bei der Weiterentwicklung von Biologie und Medizin erkennt und bewertet. In seinem Bericht entwickelt er fünf ethische Prinzipien für die Biokraftstoffherstellung, darunter Nachhaltigkeit, Treibhausgasreduktion, Zugang zu Nahrung und Wasser und eine gerechte Verteilung von Lasten und Vorteilen. Das sechste Prinzip lautet: Wenn die ersten fünf Prinzipien erfüllt sind und wenn gefährlicher Klimawandel zu verhindern ist, gibt es „eine

Pflicht zum Ausbau dieser Biokraftstoffe“. Ist eine Ausbaupflicht für eine bestimmten Technologie an sich schon diskutierbar, kritisiert der Nuffield-Rat aber auch den Vorsorgebegriff: Dieser sei „nicht unbedingt hilfreich in unserem Zusammenhang, da er oft ungenau oder zu restriktiv ist. Wir glauben stattdessen, dass unser Rahmen für eine ethische Bewertung von Biokraftstoffen nützlicher ist.“

Der Rat will also eine regulierende, wissenschaftliche Herangehensweise zur Schadensabwehr durch Beteuerungen des guten Willens ersetzen. Gemeinsam mit der Ausbaupflicht ist das eine Einladung zu einem groß angelegten Biokraftstoffausbau, wie er dem Vorsorgeprinzip gerade widerspricht: Die Einhaltung ethischer Prinzipien kann erst nach der Umsetzung geprüft werden. Ein Ethikkodex kann eine wissenschaftliche Bewertung nicht ersetzen; beide Herangehensweisen sind völlig verschieden in Kontext und Ziel. Es ist nicht überraschend, dass einige Biokraftstofffirmen begeistert auf die Nuffield-Prinzipien reagieren und sogar behaupten, ihre Projekte würden diese bereits erfüllen.

Biokraftstoffe erhalten gerade wieder Auftrieb durch die Luftfahrtindustrie. Boeing, Air France und Lufthansa führen Testflüge mit einem Biokraftstoffanteil durch. Gegen das Lufthansa-Programm mit Jatropa-Treibstoff gab es bereits Proteste, doch die Bundesregierung will die Testflüge unterstützen. In dieser Situation ist jeder Versuch, das Vorsorgeprinzip auszuhöhlen, fatal. Wir müssen den kollektiven Mut aufbringen, Schäden im Voraus zu vermeiden, statt immer erst dann zu reagieren, wenn sie schon eingetreten sind. Das EU-Biokraftstoffziel aufzugeben wäre dazu ein erster Schritt.

**Helena Paul forscht zu internationaler Agrobiodiversität und leitet die Wissenschaftsorganisation Econexus im britischen Oxford.**

**Kontakt:** Tel. +44 (0)20 / 74314357, E-Mail: [h.paul@gn.apc.org](mailto:h.paul@gn.apc.org), [www.econexus.info](http://www.econexus.info)

**Bericht:** [www.nuffieldbioethics.org/biofuels](http://www.nuffieldbioethics.org/biofuels)

## Besser statt mehr

Was garantiert uns Wohlstand und sozialen Frieden? Wie ein Mantra kommt die Antwort aus Politik und Wirtschaft: Wachstum. Aber dürfen wir das angesichts der jüngsten Wirtschaftskrisen noch glauben? Der britische Ökonom Tim Jackson fordert rigoroses Umdenken und die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung, die auf einem anderen Wohlstandsbegriff beruht. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen stehen eine nachhaltige Ökonomie und die Vision einer blühenden Gesellschaft innerhalb bestehender ökologischer Grenzen.

T. Jackson

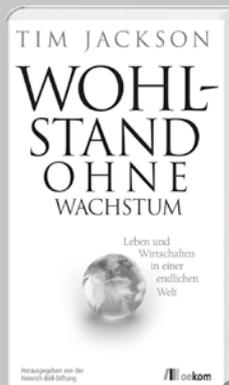
**Wohlstand ohne Wachstum**  
Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt

240 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 22,95 EUR  
ISBN 978-3-86581-245-2



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)



bezahlt bekommen. So sollen Investitionen in Speicherwerke erreicht werden und eine Überlastung des Netzes beispielsweise in Sturmzeiten verhindert werden.

Die Grünen im Bundestag kritisierten die geplanten Änderungen. So reiche die Marktprämie nicht aus, um Investitionen in Speichertechnologien anzuregen, und habe allenfalls einen Placeboeffekt. Außerdem vertrete die Regierung mit ihrem Schwerpunkt beim Offshorewind erneut Konzerninteressen und handele gegen ihr eigenes Ziel der Kosteneffizienz, da Windkraft an Land noch lange günstiger bleiben werde.

Bereits in Kraft getreten ist Anfang Mai die Novelle des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes. Bis 2020 müssen danach 14 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Energien stammen. Öffentliche Gebäude sollen eine Vorbildfunktion übernehmen. [am]

- ▶ [www.kurzlink.de/eeg-nov-eckpkt-0511](http://www.kurzlink.de/eeg-nov-eckpkt-0511)
- ▶ [www.kurzlink.de/eeg-gruene-050511](http://www.kurzlink.de/eeg-gruene-050511)

### KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

#### EU-Produktsicherheit

### Mehr Rapex-Warnungen

■ 2010 sind in der EU 13 Prozent mehr gefährliche Konsumgüter gemeldet worden als im Vorjahr. Das geht aus dem Jahresbericht des Schnellwarnsystems Rapex hervor. Vor allem bei T-Shirts und anderen Textilien läuteten die Kontrolleure die Alarmglocken. Zu viel Chemie im Stoff könnte Hautreizungen auslösen. Riskante Spielsachen, an denen sich Kinder verschlucken können, standen ebenso auf der Negativliste der Rapex-Prüfer wie beispielsweise Elektrogeräte mit defekten Netzteilen.

Insgesamt wurden 2.244 unsichere Produkte gemeldet, davon mit 204 die meisten von Deutschland. Lebensmittel und Arznei fallen nicht unter die von Rapex getesteten Produkte. Vor sieben Jahren wurde

das Warnsystem eingeführt, seitdem hat sich die Zahl der gemeldeten Waren fast vervierfacht, sodass weniger gefährliche Produkte den EU-Markt erreichen. EU-Verbraucherschutzkommissar John Dalli führte dies auf verbesserte Kontrollen zurück.

Rapex steht für Rapid Alert System for Dangerous Non-Food Consumer Products. An dem Warnsystem beteiligen sich die 27 EU-Staaten sowie Liechtenstein, Norwegen und Island. [mbu]

- ▶ EU-Kommission zur Verbrauchersicherheit:  
[www.ec.europa.eu/consumers/safety/news](http://www.ec.europa.eu/consumers/safety/news)

#### Lebensmittelkennzeichnung

### Besser über Inhalt und Herkunft informieren

■ Das EU-Parlament hat einheitliche Herstellerangaben auf Lebensmittelverpackungen gefordert, damit Verbraucher sich EU-weit besser informieren können. Die Mitglieder im Ausschuss für Umwelt und Lebensmittelsicherheit stimmten im April dafür, künftig neben den Zutaten auch gesundheitsgefährdende Stoffe wie Transfettsäuren oder Allergieauslöser zu nennen. Dies gilt auch für Restaurants, Kantinen, Imbissbuden.

Die Herkunftsangabe soll für tierische Produkte wie Fleisch, Geflügel, Milch verbindlich werden. Dadurch erfahren Kunden, woher Fleisch- und Milchprodukte stammen, und können selbst entscheiden, ob sie Produkte kaufen, die beispielsweise über eine weite Strecke transportiert wurden. Außerdem beschloss der Ausschuss, Lebensmittelimitate, zum Beispiel Formschinken, deutlich zu kennzeichnen.

Der Berichtsentwurf der deutschen CDU-Abgeordneten Renate Sommer sieht auch vor, die Informationen auf dem Etikett in einer größeren Schrift als bisher üblich zu drucken. Allerdings gab es keine Mehrheit für eine Kennzeichnung auf der Verpackungsvorderseite. Das kritisierte die Grünen-Fraktion. Es sei bedauerlich, dass die Europaabgeordneten den Vermark-

tungsinteressen der Nahrungsmittelin-  
dustrie Vorrang gegeben hätten, sagte die  
Fraktionsvorsitzende Rebecca Harms.

Die Verhandlungen mit Kommission  
und Ministerrat begannen im Mai. Im Juli  
will das Parlamentsplenium über den Be-  
richt abstimmen. [mbu]

- ▶ Berichtsenwurf Renate Sommer:  
[www.kurzlink.de/sommer-bericht-pdf](http://www.kurzlink.de/sommer-bericht-pdf)
- ▶ EU-Kommission zu Lebensmittelsicherheit:  
[www.ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition](http://www.ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition)
- ▶ EU-Gesetzgebung zu Lebensmittelkennzeich-  
nung: [www.kurzlink.de/eu-produktlabelling](http://www.kurzlink.de/eu-produktlabelling)

#### Textilkennzeichnung

### Aus welchem Stoff ist was gemacht?

■ Wenn Textilprodukte tierisches Materi-  
al enthalten, soll dies künftig auf dem Eti-  
kett zu lesen sein. Das EU-Parlament hat  
im Mai einem Kompromiss zugestimmt,  
der zwischen dem zuständigen Parla-  
mentsausschuss und dem EU-Ministerrat  
ausgehandelt wurde.

Der Deutsche Tierschutzbund, der  
sich seit Jahren für eine solche Kennzeich-  
nungspflicht einsetzt, lobte die Entschei-  
dung. Verbraucher können in Zukunft  
erkennen, in welcher Jacke oder Tasche  
echtes Fell oder Leder verarbeitet wurde,  
und haben die Wahl. Bisher war es für  
Kunden schwierig, beim Kauf eines Klei-  
dungsstückes zu erkennen, ob es teilweise  
aus künstlichem oder tierischem Material  
hergestellt wurde.

Die genaue Form der Etikettierung  
muss noch geklärt werden. Damit nichts  
verschleiert wird, sollte aus Tierschutz-  
sicht auf dem Etikett genau stehen, wel-  
cher Teil des Textilerzeugnisses tierischen  
Ursprunges ist, welche Tierart verarbeitet  
wurde und woher das Tier stammt. Dem  
Parlamentsbeschluss muss noch der EU-  
Ministerrat zustimmen, damit die Verord-  
nung in Kraft treten kann. [mbu]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 /  
60496-0, Fax -41, [www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

#### Transparenz

### Die gläserne Lieferkette

■ Die Öffentlichkeit soll künftig über die  
gesamten Bedingungen, unter denen ein  
Produkt hergestellt wird, informiert wer-  
den. Das will eine Transparenzkampagne  
unter Federführung der Supermarktini-  
tiative und des Cora-Netzwerks für Un-  
ternehmensverantwortung erreichen. So  
sollen die Verbraucher erfahren, welche  
Rechte Arbeitnehmer einer Firma haben  
oder wie es mit dem Umwelt- und Klima-  
schutz aussieht. Auch die Lieferanten und  
die Produktionsstandorte sollen veröf-  
fentlicht werden. Bisher wüssten Kunden  
beim Einkauf kaum etwas über Hunger-  
löhne oder Umweltschäden, die bei der  
Herstellung von Produkten entstünden.  
Zurzeit läuft eine Unterschriftenaktion der  
Kampagne, in der Bundeskanzlerin Ange-  
la Merkel aufgefordert wird, Unternehmen  
zur Transparenz zu verpflichten. [mbu]

- ▶ [www.transparenz-jetzt.de](http://www.transparenz-jetzt.de)
- ▶ [www.supermarktmacht.de](http://www.supermarktmacht.de)
- ▶ [www.cora-netz.de](http://www.cora-netz.de)

#### LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

#### Weltgetreideproduktion

### Erderwärmung senkt Erträge

■ Die Mais- und Weizenernte ist in den  
vergangenen 30 Jahren aufgrund des Kli-  
mawandels weltweit zurückgegangen. US-  
amerikanische Wissenschaftler fanden  
heraus, dass zwischen 1980 und 2008 im  
Schnitt gut fünf Prozent weniger Weizen  
und fast vier Prozent weniger Mais pro-  
duziert wurden, als dies ohne den Klima-  
wandel der Fall gewesen wäre. Der Ertrag  
von Reis und Soja sei hingegen etwa gleich  
geblieben.

Die Ernteverluste und das dadurch ge-  
ringere Angebot trieben die Getreidepreise  
in die Höhe. Das hatte vor allem Nachteile  
für Landwirte aus Schwellenländern. Be-  
sonders starke Verluste hatten der Studie

zufolge Maisbauern in China und Bra-  
silien und Weizenfarmer in Russland. In  
Deutschland gab es etwas mehr Mais, aber  
weniger Weizen zu ernten. [mbu]

- ▶ Auszug auf Science online:  
[www.kurzlink.de/Studie-climate-crop](http://www.kurzlink.de/Studie-climate-crop)

#### EU-Agrarsubventionen

### Wer bekommt wie viel?

■ Seit Mai müssen die EU-Mitgliedstaa-  
ten offenlegen, welche EU-Agrarzah-  
lungen im vergangenen Jahr an Unter-  
nehmen und öffentliche Institutionen geflossen sind.  
Die Summen für einzelne Landwirte wer-  
den nach einem Urteil des Europäischen  
Gerichtshofs (EuGH) von November 2010  
aus Datenschutzgründen vorläufig nicht  
veröffentlicht. In Deutschland wurde  
nach dem EuGH-Entscheid die Veröffent-  
lichung komplett gestoppt.

Die Daten über die Zuschüsse an deut-  
sche Betriebe und Großunternehmen sind  
auf der Internetseite der Bundesanstalt für  
Landwirtschaft und Ernährung (BLE) ein-  
sehbar. Die Daten von natürlichen Perso-  
nen bleiben dagegen gesperrt, bis über eine  
EU-weite Neuregelung entschieden ist.  
Dafür will die EU-Kommission bis Ende  
des Jahres einen Vorschlag vorlegen.

Mehr als 58 Milliarden Euro flossen  
2010 an Bauernhöfe und Unternehmen  
in der Europäischen Union. Den Groß-  
teil davon – 40 Milliarden Euro – erhiel-  
ten Landwirte als Direktzahlungen. In  
Deutschland profitierten die Empfänger  
von Zuwendungen in Höhe von gut sieben  
Milliarden Euro, EU-Spitzenreiter waren  
Frankreich mit zehn und Spanien mit  
7,5 Milliarden Euro. Dafür zahlten jeder  
Bürger und jede Bürgerin in der EU pro  
Jahr etwa 100 Euro in den EU-Agrarhaus-  
halt, so die Initiative „Meine Landwirt-  
schaft“ unter Verweis auf Berechnungen  
des Deutschen Bauernverbandes. [mbu]

- ▶ Empfängerlisten zu EU-Agrarzah-  
lungen 2010:  
[www.agrar-fischerei-zahlungen.de](http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de)
- ▶ Initiative „Meine Landwirtschaft“:  
[www.meine-landwirtschaft.de](http://www.meine-landwirtschaft.de)

EU-Saatgutrecht**Reform soll Biodiversität stärker berücksichtigen**

■ Die EU-Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz hat Optionen für eine Reform des Saatgutverkehrsgesetzes veröffentlicht. Der Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt kritisierte das vorgelegte Papier. Das Netzwerk hatte sich im Mai an einer Konsultation beteiligt, die die Europäische Kommission zu dem Optionenpapier eingerichtet hatte.

Das Ziel einer größeren biologischen Vielfalt könne mit den vorgelegten Optionen kaum erreicht werden, sagte Susanne Gura vom Vorstand des Dachverbandes. Kleine Verbesserungen beim Ökolandbau würden wahrscheinlich durch eine Stärkung der Saatgutkonzerne zunichtegemacht. Schon heute beherrschten die zehn größten von ihnen 89 Prozent des Weltmarkts. SortenerhalterInnen und ihre Organisationen hätten zu wenig rechtliche Möglichkeiten ihre Kosten zu decken, sagte Gura. Statt der im Optionenpapier vorgesehenen Registrierungspflicht müsse dieser Bereich eindeutig und umfassend vom Saatgutverkehrsrecht ausgenommen werden. Der Dachverband fordert, dass die EU ihre Saatgutregelungen nicht länger am konventionellen Erwerbsanbau orientiert und der Sortenentwicklung und Saatgutvermarktung durch Erhalter und Ökolandwirte Raum gibt. Im April hatten dazu erstmals Aktionstage einer EU-weiten Saatgutkampagne in Brüssel stattgefunden (umwelt aktuell 05.2011, S. 19). [mb]

- ▶ Faktenblatt: [www.kurzlink.de/eu-saatgut-kritik](http://www.kurzlink.de/eu-saatgut-kritik)
- ▶ Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt, Susanne Gura, Bonn, E-Mail: [gura@dinse.net](mailto:gura@dinse.net)
- ▶ [www.saatgutkampagne.org](http://www.saatgutkampagne.org)

Gentechnische Kontamination**„Giftcocktails“ im Essen**

■ Das Institut Testbiotech warnt in einem Bericht davor, dass durch die verstärkte Nutzung gentechnisch veränderter

Pflanzen Rückstände von Herbiziden, Insektengiften und giftigen Beistoffen in gesundheitsschädigenden Konzentrationen in Nahrungsmitteln vorkommen können. Greenpeace und das Pestizidaktionsnetzwerk (PAN) haben beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Beschwerde eingereicht, weil die EU-Kommission eine Neubewertung des Herbizids Glyphosat verzögert habe.

Ursprünglich war eine Neubewertung von Glyphosat zusammen mit weiteren Pestiziden für 2011/2012 geplant, wurde aber von der Kommission auf 2015 verschoben. Dies sei im Lichte der vielen Hinweise auf die Gefahren des Stoffes für Umwelt und Gesundheit nicht nachvollziehbar, monierten die Umweltverbände.

Die Studie von Testbiotech informiert über die Folgen von Herbiziden im Zusammenhang mit dem vermehrten Anbau von Genpflanzen. Herbizide, Insektengifte und Beistoffe seien ein fester Bestandteil der Nahrungskette geworden und führten demnach zu einer nicht einzugrenzenden Gefährdung von Mensch und Umwelt, heißt es in der Studie.

Die Autoren kritisieren unter anderem, dass es bisher keine ausreichenden Untersuchungen darüber gibt, wie stark pflanzliche und tierische Produkte mit Rückständen des weltweit am häufigsten eingesetzten Herbizids „Roundup“ und seinen Beistoffen belastet sind. [am]

- ▶ Bericht Testbiotech: [www.kurzlink.de/giftocktails-pdf](http://www.kurzlink.de/giftocktails-pdf)
- ▶ PAN Europe und Greenpeace: [www.pan-europe.info/News/PR/110504.html](http://www.pan-europe.info/News/PR/110504.html)

Folgen der Agrogentechnik**Klage vor UN-Menschenrechtsausschuss**

■ Die „Aktion Gen-Klage“ hat Deutschland vor dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen bezichtigt, durch den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft die Menschenrechte zu verletzen. Zudem legt das internationale Netz-

werk dar, warum auch in Deutschland durch die Agrogentechnik das Recht auf Selbstbestimmung, Nahrung und Gesundheit sowie die Freiheit von Wissenschaft und Forschung gefährdet seien.

In den vergangenen Jahren waren ähnliche Klagen gegen Kanada, Indien, Brasilien und Kolumbien eingereicht worden. Der UN-Menschenrechtsausschuss forderte daraufhin die indische Regierung auf, den Zugang zu Saatgut aus der eigenen Ernte für Bauern zu schützen und deren Abhängigkeit von Konzernen zu beseitigen. Brasilien wurde ermahnt, keine Urwälder mehr abzuholzen, um auf den Flächen dann Gensoja anzubauen. Die Lebensgrundlagen der indigenen Völker und Kleinbauern müssten erhalten werden. Ende Mai (nach Redaktionsschluss) wollte der Ausschuss seine Empfehlungen für die deutsche Regierung bekannt geben. [mbu]

- ▶ [www.kurzlink.de/genklage-un-ausschuss](http://www.kurzlink.de/genklage-un-ausschuss)
- ▶ Aktuelle Ergänzungen: [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de)

## NATURSCHUTZ &amp; BIODIVERSITÄT

Globaler Waldverlust**Verschwendung stoppen, Wald erhalten**

■ Nur wenn Wirtschaft und Politik an einem Strang ziehen, kann der fortschreitende globale Waldverlust noch gestoppt werden. Das geht aus einer Studie der Naturschutzstiftung WWF hervor, die im April veröffentlicht wurde. Damit bis 2020 nicht mehr komplette Waldgebiete abgeholzt werden oder nur noch monotone und artenarme Wälder nachwachsen, ist es den Autoren zufolge nötig, dass weltweit weniger konsumiert und keine Energie und Nahrungsmittel mehr verschwendet werden. Stattdessen müsse die nachhaltige Nutzung von Wäldern gefördert werden.

Anderenfalls besteht laut der Studie die Gefahr, dass in den kommenden vier Jahrzehnten 230 Millionen Hektar Wald verlo-

ren gingen. Das ist eine Fläche siebenmal so groß wie Deutschland. Verschwänden diese Wälder, hätte dies erhebliche negative Folgen für Klima, Artenvielfalt und die weltweite wirtschaftliche Entwicklung, sagte Philipp Göltenboth, Leiter des Fachbereichs Wald beim WWF Deutschland. Daher sei es wichtig, die Verursacher in die Pflicht zu nehmen.

Die Studie ist das erste Kapitel für den umfangreichen Living Forests Report des WWF, der anlässlich des UN-Jahres der Wälder aufgelegt wird. Das nächste Kapitel über Bioenergie und Wald soll am 29. Juni erscheinen. [mbu]

► Studie: [www.panda.org/livingforests](http://www.panda.org/livingforests) (Chapter 1)

## Wildtierschutz

### Imagepflege für den Wolf

■ Nachdem sich bereits der WWF für die „Rehabilitation“ des Wolfes eingesetzt hat (umwelt aktuell 05.2011, S. 22), schreibt nun der Naturschutzbund (NABU) einen Wettbewerb aus, bei dem kreative Ideen zur Imagepflege erwartet werden. Beiträge können bis zum 31. Oktober beim NABU eingehen.

Derzeit leben wieder mindestens sechs Wolfsrudel und einige Einzelwölfe in Deutschland. Bedroht sind die seltenen Tiere vor allem durch illegale Abschüsse. Anfang Mai wurde eine erschossene Wölfin in der Lausitz in Sachsen aufgefunden. Der NABU forderte, die Straftat aufzuklären. Es sei bisher noch zu keiner Situation gekommen, bei der sich ein Wolf aggressiv einem Menschen genähert habe, sagte NABU-Wolfsexperte Markus Bathen. „Objektiv kann man die Nachbarschaft von Wolf und Mensch in der Lausitz gegenwärtig nur als erfolgreich bezeichnen.“

Auch der WWF verurteilte den Abschuss der Wölfin und forderte das sächsische Umweltministerium auf, das Tier nicht wie geplant aus dem Naturschutzrecht ins Jagdrecht zu übernehmen. [sg]

► [www.kurzlink.de/wwf-woelfe052011](http://www.kurzlink.de/wwf-woelfe052011)  
 ► [www.nabu.de/wettbewerb](http://www.nabu.de/wettbewerb)

## Forstwirtschaft

### Gesetz gegen illegales Holz

■ Der Bundestag hat im April einstimmig das Gesetz gegen den Handel mit illegal geschlagenem Holz beschlossen. Das Regelwerk setzt die EU-Vorgaben zur Errichtung des sogenannten FLEGT-Genehmigungssystems für Holzeinfuhren um. Ohne eine solche Genehmigung ist die Holzeinfuhr nach Deutschland künftig nicht mehr zulässig. Der EU-Aktionsplan zur Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung im Forstsektor, FLEGT, soll zu einer nachhaltigen Waldwirtschaft beitragen und den illegalen Holzhandel eindämmen. Gibt es Zweifel an der Gültigkeit einer Genehmigung, sollen in Deutschland künftig nach dem neuen Gesetz Holzprodukte geprüft werden. Wenn die Angaben der Genehmigung nicht entsprechen, darf die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung die betroffenen Produkte beschlagnahmen. [sg]

► [www.kurzlink.de/gesetz-holzhandel](http://www.kurzlink.de/gesetz-holzhandel)

## Artenschutzrecht

### Bagatellisierung von Umweltstraftaten geplant

■ Die Bundesregierung will wichtige Strafvorschriften im deutschen Artenschutzrecht außer Kraft setzen. Wie Axel Hirschfeld vom Komitee gegen den Vogelmord mitteilte, sollen zahlreiche bisher strafbare Delikte wie das Nachstellen oder Fangen von geschützten Vogelarten künftig nur noch als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Das sehe der Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes vor, über den das Parlament in den nächsten Wochen abstimmen soll.

Nach bisher gültigem Recht macht sich strafbar, wer Exemplare einer streng geschützten Tierart fängt, tötet oder ihnen auf andere Weise nachstellt. Im Gesetzentwurf heißt es dem Komitee zufolge, dass solche Delikte künftig nur noch dann als Straftat geahndet werden können, wenn die Hand-

lung eine nicht unerhebliche Menge der Exemplare betrifft und „erhebliche Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der Art hat“. Der Nachweis der Auswirkung von Einzelataten auf den Erhaltungszustand einer Art sei in den meisten Fällen jedoch schlicht unmöglich, kritisierte Hirschfeld. Um die Bagatellisierung des Artenschutzstrafrechts zu verhindern, ruft das Komitee dazu auf, bei der Bundesregierung gegen den vorliegenden Gesetzentwurf zu protestieren. Mit dem Gesetz will die Regierung die europäische Richtlinie 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt in Deutschland umsetzen. [bv]

► Komitee gegen den Vogelmord, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 665521, E-Mail: [info@komitee.de](mailto:info@komitee.de), [www.kurzlink.de/synopse-komitee](http://www.kurzlink.de/synopse-komitee)  
 ► Gesetzentwurf: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/053/1705391>

## Klimawandel

### Europäische Forschungskonferenz

■ Im April haben auf der Europäischen Forschungskonferenz in Bonn 200 ExpertInnen über biologische Vielfalt und Klimawandel debattiert. Die vom Bundesamt für Naturschutz veranstaltete Konferenz diente dem grenz- und disziplinübergreifenden Erfahrungsaustausch europäischer Wissenschaftler, Behördenvertreter und Praktiker, die sich mit der Schnittstelle von biologischer Vielfalt und Klimawandel beschäftigen. Die Frage lautete, wie wissenschaftliche Erkenntnisse besser in die politische Entscheidungsfindung eingebracht werden können. Die ExpertInnen waren sich einig, dass der Klimawandel Europas Natur und Landschaft verändern wird und Naturschutzmaßnahmen die effiziente Anpassung verbessern. Als Konsequenz müsse mehr in eine EU-weite „grüne Infrastruktur“ investiert werden. Zudem seien Synergien zwischen Klima- und Biodiversitätsschutz stärker zu nutzen. [bv]

► [www.kurzlink.de/europ-forschungskonf](http://www.kurzlink.de/europ-forschungskonf)

## Grüne Ideen für graue Metropolen

Der Garten als weltabgewandtes Refugium im Privaten war gestern. In diesem Buch ist die Rede von Gärten, die sich der Welt zuwenden. Sie boomen ausgerechnet dort, wo es laut und zuweilen chaotisch zugeht: mitten in der Stadt. Die Autorinnen und Autoren wagen die Diagnose, dass in westlichen Großstädten ein verändertes Verständnis von Urbanität entsteht, in dem die neuen Gärten mit ihren Kulturen des Selbermachens und der Re-Etablierung von Nahbezügen eine besondere Rolle spielen.

C. Müller (Hg.)

### Urban Gardening

Von der Rückkehr der Gärten in die Stadt

352 Seiten, mit Bildteil, broschiert, 19,95 EUR, ISBN 978-3-86581-244-5



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
kontakt@oekom.de



### LIFE+

## Frist für Projektanträge

■ Noch bis zum 18. Juli können Projektvorschläge für das EU-Naturschutzförderprogramm LIFE+ bei den nationalen Kontaktstellen eingereicht werden. Start der Projekte ist nach dem Auswahlverfahren frühestens im Juni 2012.

Die nationalen Kontaktstellen melden die Projektvorschläge für Naturschutz- und Umweltprojekte bis zum 9. September an die EU-Kommission. Diese hat ein halbes Jahr Zeit, die Vorschläge zu prüfen. Zwischen Mai und Juni 2012 werden die einzelnen Projekte offiziell genehmigt und die Mittel zugesagt.

LIFE+ hat drei große Hauptförderbereiche: Naturschutz & Biodiversität, Umweltpolitik & Verwaltungspraxis sowie Information & Kommunikation. Für alle Bereiche können Projektvorschläge eingereicht werden.

In Deutschland hat das Bundesumweltministerium (BMU) die zentrale Koordination inne. [jg]

- ▶ BMU, Holger Galas, Bonn, Tel. +49 (0)228/305 2623, E-Mail: [holger.galas@bmu.bund.de](mailto:holger.galas@bmu.bund.de)
- ▶ LIFE+: [www.ec.europa.eu/environment/life](http://www.ec.europa.eu/environment/life)

### STADT & REGION

#### Ausbildung

## KlimaschutzberaterIn werden

■ Der Bundesverband für Umweltberatung und das Deutsche Energieberater-Netzwerk bieten fünftägige Lehrgänge über kommunale Klimaschutzberatung an. Zielgruppe sind PlanerInnen, Beraterinnen und Geografen, Ingenieure und ArchitektInnen sowie andere Personen nach Rücksprache. Das Bundesumweltministerium fördert die Ausbildung. [jg]

- ▶ bfub, Raymond Krieger, Bremen, Tel. +49 (0)421/343400, E-Mail: [klimaschutz-konkret.bfub@t-online.de](mailto:klimaschutz-konkret.bfub@t-online.de), [www.umweltberatung.org](http://www.umweltberatung.org)

### Klima-Bündnis

## Ökoenergie und Stadtradeln

■ Die Mitgliederversammlung des Klima-Bündnisses hat sich Anfang Mai für den europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie und den Umbau zu dezentralen Energieversorgungsstrukturen aus erneuerbaren Quellen ausgesprochen. Auf der internationalen Konferenz ging es außerdem um Elektromobilität, Emissionsreduktionen, Ökonomie jenseits von Wachstum sowie faire Beschaffung. Im Klima-Bündnis haben sich rund 1.500 europäische Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder zusammengeschlossen, um sich für den Klimaschutz einzusetzen.

Parallel dazu diskutierten der Konvent der Bürgermeister und die EU-Kommission über die zukünftige Energiepolitik. Die klimaschutzengagierten Stadtoberhäupter forderten mehr Finanzmittel für den kommunalen Klimaschutz – zum Beispiel aus den Geldern, die im europäischen Emissionshandel eingenommen werden.

Die im April mit dem Sustainable Energy Europe Award ausgezeichnete Klima-Bündnis-Kampagne Stadtradeln wird bis 2013 fortgesetzt. [jg]

- ▶ [www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)
- ▶ [www.eumayors.eu](http://www.eumayors.eu)
- ▶ [www.stadtradeln.de](http://www.stadtradeln.de)

### Deutscher Städtetag

## Städte fordern dezentrale Energieversorgung

■ Rund 1.000 Delegierte und Gäste haben sich Anfang Mai zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Stuttgart getroffen. Fünf Fachforen stellten die wachsende Bedeutung der Städte bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Aufgaben heraus. Chancengerechtigkeit in der Bildung, Integration, demografischer Wandel, Umwelt- und Klimaschutz waren die Themen. Auch das Prinzip der Nachhaltigkeit für die Stadtentwicklung wurde diskutiert. Ohne die Sicherung der

Kommunal Finanzen hätten die Städte und Gemeinden wenig Handlungsspielraum. Mit 7,7 Milliarden Euro verzeichneten die Kommunen 2010 das zweithöchste Defizit der Nachkriegszeit.

Die Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Petra Roth (CDU), appellierte an den Bund, Kommunen und Stadtwerke in die Gespräche über die künftige Energiepolitik einzubeziehen. „Die Energieversorgung der Zukunft muss dezentral sein“, sagte sie in ihrer Rede.

Christian Ude (SPD), Oberbürgermeister von München, wurde für zwei Jahre zum Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt. Das Amt der Vizepräsidentin übernimmt seine Vorgängerin Roth. [jg]

► [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### Verbandsklagerecht

## Länder für mehr Tierschutz

■ Tierschutzvereine in mehreren Bundesländern sollen das Verbandsklagerecht erhalten. Anfang Mai verabschiedete das nordrhein-westfälische Kabinett in Düsseldorf einen entsprechenden Gesetzentwurf, zwei Wochen später folgte das Saarland. Auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz planen nach dem Regierungswechsel im Mai entsprechende Regelungen (siehe die beiden folgenden Beiträge). Bremen hat die Tierschutz-Verbandsklage bereits 2007 eingeführt.

Anerkannte Tierschutzvereine erhalten mit dem Verbandsklagerecht die Möglichkeit, schon im Vorfeld von bestimmten Genehmigungsverfahren zur Haltung von Tieren für deren Rechte einzutreten. Damit werden zum Beispiel Klagen gegen Tierversuche oder gegen das Kürzen von Hühnerschnäbeln und Schweineschwänzen möglich.

Von einem „tollen Erfolg“ für den Tierschutz in Nordrhein-Westfalen und im Saarland sowie einer wichtigen bundes-

weiten Signalwirkung sprach Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. In den Ländern gebe es derzeit viel Bewegung, so Apel, nun müsse aber auch der Bund die Verbandsklage in Angriff nehmen und für ein schlagkräftiges Tierschutzrecht in ganz Deutschland sorgen. [hmp, mb]

- Entwurf in NRW: [www.kurzlink.de/nrw-entwurf](http://www.kurzlink.de/nrw-entwurf)
- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 604960, [www.tierschutzbund.de/4563.html](http://www.tierschutzbund.de/4563.html)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### Baden-Württemberg

## Alles besser mit Grün-Rot?

■ Vier Themen sollen die erste grün-rote Koalition der Bundesrepublik in Baden-Württemberg prägen: soziale und ökologische Modernisierung, Bildung, Haushalt und Bürgerbeteiligung. Das steht im Koalitionsvertrag des Mitte Mai vereidigten Kabinetts unter Führung des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne). Die Grünen besetzen auch die Ressorts Umwelt (mit Energie) und Verkehr. Deren wichtigste Aufgaben sind die Umgestaltung des Energiekonzerns EnBW und ein Abschluss der Verhandlungen über den Umbau des städtischen Bahnhofs (Stuttgart 21). An die Autoindustrie appellierte Kretschmann, in Zukunft Autos zu bauen, die „viel weniger Sprit verbrauchen“.

Die neue Regierung will sich für eine bundesweite ergebnisoffene Suche nach einem Atommüllendlager einsetzen. Damit bricht Grün-Rot mit der jahrelangen Position Baden-Württembergs in dieser Frage. Die bisherigen Landesregierungen haben eine Endlagersuche im Ländle kategorisch ausgeschlossen. Außerdem will sich die neue Regierung auf EU-Ebene für ehrgeizige AKW-Stresstests einsetzen (siehe S. 14). Die Koalition kündigte an, ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen zu verabschieden. Windkraft und Energieeffizienz sollen gestärkt werden. Bis 2020

sollen zehn Prozent des heimischen Stroms aus der Windkraft kommen. Der Anbau von Biomasse soll stärker an Kriterien des Umwelt- und Naturschutzes ausgerichtet werden. Die staatlichen Wälder sollen auch künftig öffentliches Gut bleiben und entsprechend den Nachhaltigkeitskriterien des Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert werden. Wie in der nationalen Biodiversitätsstrategie vorgesehen sollen zehn Prozent der öffentlichen Wälder ganz aus der Nutzung genommen werden. Auch will die Regierung das Jagd- und Fischereigesetz überarbeiten und stärker an Anforderungen der Wildökologie und des Tierschutzes orientieren, einschließlich der Abschaffung der Wildfütterung.

Beim Tierschutz ist außerdem die Einführung der Verbandsklage und eines Tierschutzbeauftragten geplant. Die Vermeidung von Tierversuchen und die Förderung tierversuchsfreier Verfahren stehen ebenfalls im Koalitionsvertrag. Grün-Rot will eine tiergerechte Nutztierhaltung fördern und Tierheime unterstützen. Nach Ansicht des Verbandes Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg wird das Land damit eine führende Rolle in der Tierschutzpolitik einnehmen. [am, jg, bv, mb]

- Koalitionsvertrag (PDF, 85 S., 900 kB): [www.kurzlink.de/koalition-bawue-2011](http://www.kurzlink.de/koalition-bawue-2011)

### Rheinland-Pfalz

## Koalitionsvertrag mit viel Wind und ohne Gentechnik

■ Energiewende, Armutsbekämpfung, Integrations- und Bildungspolitik waren zentrale Themen bei den Koalitionsverhandlungen der neuen Regierung aus SPD und Grünen in Rheinland-Pfalz. Zwar soll in der Verkehrspolitik die Erhaltung von Straßen vor deren Neubau gehen. Doch die Hochmoselbrücke wird gebaut – gegen den Widerstand von Umweltverbänden, Winzern und Anwohnern. Dafür wollen die Koalitionspartner auf den Bau der Mittelrheinbrücke verzichten. Den öffentlichen Verkehr (ÖPNV) möchte die neue Regie-

rung stärken und die Mobilität der Bevölkerung im ländlichen Raum verbessern.

Die rot-grüne Koalition will den Strombedarf des Landes bis 2030 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen decken und zum Stromexportland werden. Bis 2020 soll der Anteil der Windkraft verfünffacht werden. Die Landesregierung will sich bei der anstehenden Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für eine verlässliche Förderung der Erneuerbaren einsetzen. Fördermaßnahmen für den Anbau von Biomasse sollen so ausgerichtet sein, dass sie der Umwelt nicht schaden.

2012 soll in Rheinland-Pfalz das Landesnaturschutzgesetz novelliert werden. Die gentechnikfreie Landwirtschaft soll geschützt werden, Belastungen durch chemische Pflanzenschutzmittel sollen reduziert werden. Den Staatswald will Rot-Grün erhalten und nicht privatisieren. Er soll nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet und stufenweise nach FSC-Kriterien FSC zertifiziert werden.

In den nächsten zwei Jahren soll unter Bürgerbeteiligung ein geeignetes Gebiet für einen Nationalpark gesucht werden.

Auch im Tierschutz soll es einen Quantensprung geben. SPD und Grüne wollen die Verbandsklage einführen, Tierversuche durch Förderung von Alternativen abbauen, den Schutz von Exoten und anderen Tieren durch eine Heimtierschutzverordnung sichern und Tierheime weiter finanziell fördern. Über den Bundesrat wollen die Koalitionspartner außerdem Verbote für Qualzuchten, Pelztierhaltung, betäubungslose Ferkelkastration und Großwildtiere in Zirkussen durchsetzen. Auch auf EU-Ebene will sich Rheinland-Pfalz für hohe Tierschutzstandards bei Haltung, Transport und Schlachtung von Nutztieren und artgerechte Tierhaltung einsetzen. Der Verband Menschen für Tierrechte Rheinland-Pfalz sprach von einer „Tierschutzpolitik der Spitzenklasse“. Sogar den sogenannten Veggie Day zur Förderung fleischloser Ernährung will die neue Koalition unterstützen. [am, jg, mbu, mb]

- Koalitionsvertrag (PDF, 100 S., 1 MB): [www.kurzlink.de/koalition-rp-2011](http://www.kurzlink.de/koalition-rp-2011)

## Transparenz

### EU-Lobbyismus zwischen Skandal und Register

■ Ein 18-seitiger Bericht der Journalistin Claire Robinson vom April analysiert, wer für die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA als Pestizidexperte tätig ist – und gleichzeitig Chemieunternehmen oder die Agro-Industrie berät. Bereits im letzten Jahr waren ähnliche Interessenkonflikte bekannt geworden: Die Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrates Diána Bánáti war gleichzeitig Beraterin des International Life Science Institute (ILSI), einer Lobbyorganisation der Lebensmittel- und Gentechnikindustrie (umwelt aktuell 11.2010, S. 19). VertreterInnen aus Industriezweigen wie der Agro- oder auch der Autoindustrie bremsen immer wieder erfolgreich die Umweltpolitik aus.

Auf Druck von Umweltorganisationen wie Friends of the Earth (FoE) hat die EU-Kommission im April bisher geheim gehaltene Briefwechsel von 2005 bis 2007 zwischen dem Autokonzern Porsche und dem ehemaligen EU-Industriekommissar Günter Verheugen veröffentlicht. Vier Jahre haben Nichtregierungsorganisationen gebraucht, um Transparenz in die Zeitphase der Diskussion über einheitliche Emissionsstandards für Fahrzeuge zu bringen. Jetzt, wo die politischen Entscheidungen getroffen sind und ein anderer Kommissar für Industriepolitik zuständig ist, zeigt sich in den Briefen, wie sehr Verheugen die Position von Porsche unterstützt hat.

EU-Parlament und Kommission führen ab Juni ein gemeinsames Transparenzregister, in dem sich LobbyistInnen freiwillig registrieren können. Zukünftig sollen EU-Abgeordnete außerdem auflisten, mit wem sie bei der Arbeit an einem Gesetz Kontakt hatten, sodass eine Art „legislativer Fußabdruck“ entsteht.

Im deutschen Bundestag fand auf Antrag der Linken im April eine Debatte um die Einführung eines Transparenzregisters statt, in dem Lobbyisten sich verbindlich eintragen sollen. SPD und Grüne unterstützen den Vorschlag, doch Abgeordnete von FDP und CDU/CSU sind skeptisch.

Das geforderte Lobbyistenregister soll nach dem Willen der Oppositionsparteien die seit 1972 bestehende Verbändeliste beim Deutschen Bundestag ablösen. Nun sollen die Ausschüsse sich weiter mit einem möglichen Register befassen. [jg]

- Robinson-Bericht: [www.kurzlink.de/pestizidexp-studie](http://www.kurzlink.de/pestizidexp-studie)
- FoE: [www.kurzlink.de/foe-porsche-pm](http://www.kurzlink.de/foe-porsche-pm)
- EU: [www.kurzlink.de/ep-transparenzreg-pm](http://www.kurzlink.de/ep-transparenzreg-pm)
- Bundestag: [www.kurzlink.de/bt-prot-17102](http://www.kurzlink.de/bt-prot-17102) (ab S. 11678)

## EU-Haushalt

### 2012 fünf Prozent mehr?

■ Die EU-Kommission hat Mitte April für den europäischen Haushalt des kommenden Jahres eine Budgeterhöhung um 6,2 Milliarden Euro auf knapp 133 Milliarden vorgeschlagen. Einige Mitgliedstaaten sind wegen klammer eigener Haushaltskassen dagegen.

Bis Ende des Jahres müssen sich die EU-Institutionen einigen. Das könnte unter anderem deshalb schwierig werden, weil Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Schweden und die Niederlande wegen der Finanzkrise im letzten Jahr gefordert, die jährliche Steigerung des EU-Haushaltes auf die Inflationsrate (zurzeit etwa 2,4 Prozent) zu begrenzen.

Auch die Mittel für Forschungsprogramme sowie für die Struktur- und Kohäsionsfonds sollen 2012 aufgestockt werden. Im Entwurf sind rund 58 Milliarden Euro für „nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen“ vorgesehen, darunter fällt auch die Agrarpolitik. Für Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels will die EU insgesamt 8,1 Milliarden Euro aufwenden. Laut dem Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily sollen die Zahlungen im Jahr 2012 für das Umweltförderprogramm LIFE+ 354,8 Millionen Euro betragen.

Die Umweltstiftung WWF hat unterdessen einen zweibändigen Bericht über die verborgenen Potenziale für eine umweltfreundliche Gestaltung des nächsten

EU-Haushalts vorgelegt. Band 1 mit dem Titel „Smarter Spending“ befasst sich mit „grünem Wachstum“ und mit den Möglichkeiten, umweltpolitische Entscheidungen in die EU-Fonds zu integrieren.

Band 2 heißt „Intelligent Investments“ und fragt danach, in welche Bereiche die EU Gelder transferieren sollte, um etwa energiesparende Gebäude, nachhaltige Landwirtschaft und die Biodiversität zu fördern. [jg]

- ▶ EU-Kommission zum Haushaltsentwurf 2012: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/11/499)
- ▶ Zahlen: [www.kurzlink.de/budget2012-entwurf](http://www.kurzlink.de/budget2012-entwurf)
- ▶ WWF-Europabüro, Wirtschaftsexperte Sebastien Godinot, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 7400920, E-Mail: [sgodinot@wwf.eu](mailto:sgodinot@wwf.eu), [www.wwf.eu](http://www.wwf.eu)
- ▶ WWF-Studien: [www.wwf.eu/eu\\_budget](http://www.wwf.eu/eu_budget)

## 6. Umweltaktionsprogramm

### „Wertvolle Orientierung“

■ Das 6. Umweltaktionsprogramm (UAP) hat über die letzten acht Jahre eine wichtige Rolle für die europäische Umweltpolitik gespielt. Als strategischer Rahmen hat es dabei geholfen, die umweltpolitische Agenda in unsicheren Zeiten zu verteidigen. Zu diesem Schluss kommt eine unabhängige Abschlussbewertung des UAP unter Federführung des internationalen Umweltforschungsinstituts Ecologic.

Der Bericht zeigt detailliert auf, welche Ziele des 6. UAP erreicht wurden und wo noch Handlungsbedarf besteht. Grundlage der Bewertung ist eine umfassende Analyse von EU-Politikmaßnahmen und Instrumenten. Außerdem wurden europäische Interessenvertreter und Entscheidungsträger befragt sowie die Ergebnisse dreier Expertenworkshops in die Evaluation einbezogen. Der Bericht ist ein zentraler Teil der kommissionseigenen Abschlussbewertung des 6. UAP, die im Sommer vorgelegt werden soll. Auf dieser Basis will die Kommission dann entscheiden, ob es ein 7. UAP geben wird. [am]

- ▶ [www.ec.europa.eu/environment/newprg](http://www.ec.europa.eu/environment/newprg) (Final Assessment of the 6th EAP)

## Europawahl 2014

### Erste transnationale Listen?

■ Der Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments hat vorgeschlagen, bei den nächsten Europawahlen im Jahr 2014 länderübergreifende Wahllisten zuzulassen. Über diese transnationalen Parteilisten könnten 25 zusätzliche Abgeordnete gewählt werden. Wahlberechtigte EU-BürgerInnen hätten dann jeweils eine Stimme für eine KandidatIn aus dem eigenen Mitgliedstaat und eine für die Europaliste einer Partei.

Der Verfassungsausschuss möchte außerdem den Wahltermin von Juni auf Mai vorverlegen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen und mehr Zeit für den Auswahlprozess der nächsten EU-Kommission zu lassen. Nach der letzten Wahl im Jahr 2009 hatte sich dieser Prozess länger hingezogen als geplant. Das EU-Parlament hatte eine designierte Kommissarin abgelehnt, außerdem gab es Verzögerungen wegen der hitzigen Debatten über den Lissabon-Vertrag.

Das EU-Parlament soll sich im Juni mit dem Vorschlag befassen. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/pm-ep-19-04-2011](http://www.kurzlink.de/pm-ep-19-04-2011)

## Umweltrecht

### Umweltverbände dürfen auch gegen Großprojekte klagen

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat Mitte Mai in einem Grundsatzurteil das Klagerecht von Umweltverbänden in Umweltangelegenheiten gestärkt. Hintergrund ist eine Klage des BUND Nordrhein-Westfalen gegen das geplante Trianel-Steinkohlekraftwerk in Lünen und ein sogenanntes Vorabentscheidungsersuchen des Oberverwaltungsgerichts Münster. Dieses ließ vom EuGH prüfen, ob das deutsche Recht mit seiner Einschränkung der Klagerechte von Umweltverbänden dem europäischen entspricht. Dies sei nicht der Fall, entschied nun der EuGH, denn das deutsche System schränke bei Genehmigungsverfahren

nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz die Rechte der Verbände unzulässig stark ein.

Deutschland muss nun das seit 2006 geltende Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) an europäisches Recht anpassen. Bis zum Inkrafttreten der Gesetzesänderung können sich anerkannte Umweltvereinigungen zur Begründung ihrer Klagerechte unmittelbar auf europäisches Recht berufen. „Bisher konnten Umweltverbände in Deutschland rechtswidrige Beeinträchtigungen der Umwelt durch Kohlekraftwerke und andere nach dem Bundesimmissionsschutzrecht zu genehmigende Anlagen nur in äußerst eingeschränktem Umfang gerichtlich prüfen lassen“, erklärte der BUND. Verstöße gegen Vorschriften zum Schutz der Natur oder des Wassers sowie zur vorsorgenden Luftreinhaltung konnten Umweltverbände oft nicht vor Gericht bringen.

Ganz konkrete Auswirkungen habe das EuGH-Urteil aktuell vor allem auf die Klagen gegen die bei Dortmund geplanten Kohlekraftwerke in Lünen und Datteln in Nordrhein-Westfalen, sagte der BUND. Derzeit werden beide Kraftwerke wegen der laufenden Klagen von den Betreibern auf eigenes Risiko gebaut. Setzt sich der BUND in den weiteren Verfahren durch, müssen die milliardenteuren Bauten wieder abgerissen werden. Die Umweltschützer forderten, dass Politik und Verwaltungen auch von sich aus als rechtswidrig erkannte Vorhaben wie den Schwarzbau des Dattelner Kraftwerks stoppen müssten. „Der Umgang mit massiven Rechtsverstößen darf nicht davon abhängig sein, ob ein Umweltverband klagt oder nicht“, mahnte ein BUND-Sprecher.

Die Lünen Kraftwerksbauer gehen allerdings nicht davon aus, dass sie ihren Bau stoppen müssen. Sie haben nach eigenen Angaben „die vergangenen zwei Jahre genutzt, um eine vollumfängliche FFH-Verträglichkeitsuntersuchung vorzunehmen“. [jg]

- ▶ Urteil: [www.kurzlink.de/c-115/09](http://www.kurzlink.de/c-115/09)
- ▶ BUND NRW: [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)
- ▶ Trianel: [www.presseportal.de/pm/67884/2043308](http://www.presseportal.de/pm/67884/2043308)
- ▶ Bundesumweltministerium: [www.bmu.de/47350](http://www.bmu.de/47350)

Aarhus-Konvention**EU soll umweltrechtliche Praxis verbessern**

■ Der UN-Ausschuss für die Durchsetzung der Aarhus-Konvention hat Ende April Empfehlungen vorgelegt, wie die EU künftig mit Bürgerbeschwerden in Umweltsachen verfahren soll. Die Nichtregierungsorganisation ClientEarth hatte 2008 protestiert, weil der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten in der EU nicht gewährleistet sei. Der UN-Aarhus-Ausschuss forderte die EU auf, ihre Regelungen zu überarbeiten und gab ClientEarth damit Recht. Die Beschwerde von ClientEarth wurde unter anderem von Greenpeace, CEE Bankwatch und dem NABU unterstützt. Zwar war der UN-Ausschuss nicht überzeugt, dass ein tatsächlicher Verstoß gegen die Aarhus-Konvention vorlag, doch sollten die EU-Gerichte eine „neue Richtung“ einschlagen, um Übereinstimmung mit den Inhalten der Aarhus-Konvention zu erreichen. Der Ausschuss empfahl außerdem, dass alle wichtigen EU-Institutionen Maßnahmen ergreifen, um den Zugang der Öffentlichkeit zu Gerichten zu gewährleisten. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/aarhus-empfehlungen](http://www.kurzlink.de/aarhus-empfehlungen)
- ▶ ClientEarth, Mike Haines, London, Tel. +44 (0)207 / 7495978, E-Mail: [mhaines@clientearth.org](mailto:mhaines@clientearth.org), [www.clientearth.org](http://www.clientearth.org)

stiege Ölpreis infolge der Aufstände in Nordafrika. Damit die Autofahrer Geld beim Tanken sparen, sollten sie langsamer fahren. Die Bilanz nach fast zwei Monaten gab dem spanischen Industrieministerium recht.

Experten gehen davon aus, dass Tempolimits ein großes Potenzial haben, Treibstoff zu sparen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken. So ergab eine Simulation der Europäischen Umweltagentur (EEA), dass Geschwindigkeitsbeschränkungen wie in Spanien bis zu drei Prozent Spritersparung erreichen können. Das theoretische Potenzial liege sogar zwischen zwölf und 18 Prozent.

Der anhaltend hohe Ölpreis lässt offenbar auch Spediteure und Verbraucherinnen umdenken. So berichtet der europäische Verkehrsverband Transport & Environment (T&E) von einer Initiative des Bundesverbandes Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung. Dieser habe die Bundesregierung aufgefordert, sich in der EU dafür einzusetzen, Lkws mit Geschwindigkeitsbegrenzern auszustatten, die das Tempo bei 90 km/h halten. Für eine solche Technik in Vans sprachen sich laut T&E in Umfragen auch mehrheitlich Deutsche und Italiener aus. [mbu]

- ▶ Bilanz spanisches Tempolimit: [www.kurzlink.de/span-speed-limit-pdf](http://www.kurzlink.de/span-speed-limit-pdf)
- ▶ [www.eea.europa.eu/themes/transport](http://www.eea.europa.eu/themes/transport)
- ▶ [www.transportenvironment.org](http://www.transportenvironment.org)

Elektromobilität**Umstrittene E-Auto-Initiative**

■ Nach Medienberichten will die Bundesregierung die Einführung von Elektroautos mit Steuerentlastungen und Sonderrechten im Straßenverkehr ankurbeln. Wie aus dem „Regierungsprogramm Elektromobilität“ hervorgeht, soll dafür insgesamt eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt werden.

Ein Großteil des Geldes soll in die Grundlagenforschung fließen. Daneben seien Steuererleichterungen für Käufer von Elektroautos vorgesehen. Zudem dürften

die batteriebetriebenen Wagen auf speziellen Spuren fahren und auf Sonderplätzen parken.

Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, könnten bis 2020 eine Million E-Autos auf Deutschlands Straßen rollen, zehn Jahre später sogar sechs Millionen. Die Nationale Plattform Elektromobilität ist hingegen skeptisch, dass die Ziele ohne staatliche Hilfe erreicht werden können. Umwelt- und Verkehrsverbände werfen der Autoindustrie vor, es mit ihren Einwänden vor allem auf Subventionen abgesehen zu haben.

Greenpeace wies darauf hin, dass Elektroautos wenig zum Klimaschutz beitragen. So sieht es auch der VCD: Laut dem NPE-Bericht von Mai solle es Vergünstigungen für Elektroautos geben, ohne dass dies tatsächlich an hohe Umweltstandards gekoppelt werde. Der WWF warf der NPE Intransparenz und Ignoranz vor und empfahl der Bundesregierung, das Gremium weniger industrielastig zu besetzen. [mbu]

- ▶ [www.kurzlink.de/greenpeace-e-autos](http://www.kurzlink.de/greenpeace-e-autos)
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: [mail@vcd.org](mailto:mail@vcd.org), [www.vcd.org](http://www.vcd.org)
- ▶ WWF, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 791440, Fax -617221, E-Mail: [info@wwf.de](mailto:info@wwf.de), [www.wwf.de](http://www.wwf.de)

Olympische Winterspiele**Garmisch bleibt gespalten**

■ Bei zwei gleichzeitig abgehaltenen Bürgerbegehren im oberbayerischen Garmisch-Partenkirchen haben die Befürworter einer gemeinsamen Olympiabewerbung mit der Landeshauptstadt München 58 Prozent Zustimmung erhalten, während 49 Prozent der Stimmberechtigten den Gegenantrag der Initiative Nolympia unterstützten. Damit war die Zustimmung für die Winterspiele 2018 zwar eindeutig, erreichte aber nicht den Umfang, der von den Befürwortern selbst zuvor zum Maßstab erklärt worden war. Beobachter halten es für möglich, dass das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Spiele nicht an eine Bewerbung vergibt, die so viele Gegner vor Ort hat.

## VERKEHR &amp; TOURISMUS

Tempolimit**Spanien spart Sprit**

■ Mit nur zehn Stundenkilometern weniger Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen ist es in Spanien gelungen, rund achteinhalb Prozent Kraftstoff einzusparen. Im März hatte die Regierung in Madrid beschlossen, das bestehende Tempolimit von 120 Stundenkilometern (km/h) auf 110 km/h zu senken. Anlass war der ge-

Der Bund Naturschutz in Bayern (BN) wertete den Ausgang der Abstimmung als Erfolg. Der BN sowie der Deutsche Naturschutzring (DNR) hatten die Umweltaussagen in der Olympiabewerbung angezweifelt und der Bewerbungsgesellschaft Intransparenz und Schönfärberei vorgeworfen, während der Deutsche Alpenverein die Bewerbung kritisch begleiten will (umwelt aktuell 10.2010, S. 20; 02.2011, S. 4). Am 6. Juli will das IOC über die Vergabe entscheiden. Mitkonkurrenten sind das südkoreanische Pyeongchang sowie Anancy in den französischen Alpen. [mb]

- ▶ BN, Dr. Christine Margraf, München, Tel. +49 (0)89 / 548298-89, [www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de)
- ▶ [www.nolympia.de](http://www.nolympia.de)
- ▶ [www.alpenverein.de](http://www.alpenverein.de)

## WASSER & MEERE

### Meeresspiegelanstieg

## IPCC-Prognose korrigiert

■ Eine neue Untersuchung des Arktischen Rates warnt vor einem Meeresspiegelanstieg von bis zu 1,60 Meter im Verlauf dieses Jahrhunderts. Verantwortlich dafür sei vor allem das schnelle Abschmelzen des arktischen Eises, heißt es in dem Bericht des Arctic Monitoring and Assessment Programme (AMAP). In der letzten Prognose des Weltklimarates IPCC aus dem Jahr 2007 war noch von maximal 59 Zentimetern die Rede gewesen.

Besonders beängstigend sei, dass der bis zu 3.000 Meter dicke Eispanzer auf Grönland zu schmelzen begonnen habe, erklärte bereits Ende letzten Jahres der Klimaforscher Stefan Rahmstorf gegenüber dem Magazin Klimaretter.info. Bei einer globalen Erwärmung von durchschnittlich 1,9 Grad sei das komplette Abschmelzen des Grönlandeises nicht zu verhindern. Das würde letztlich einen Anstieg des Meeresspiegels um sieben Meter bedeuten. [sg]

- ▶ [www.kurzlink.de/meeresspiegel-amap](http://www.kurzlink.de/meeresspiegel-amap)

### Arktis

## Anrainer wollen enger zusammenarbeiten

■ Anrainerstaaten und indigene Völker der Arktis haben sich bei einem Gipfel des Arktischen Rates im grönländischen Nuuk im Mai auf gemeinsame verbindliche Regeln für Such- und Rettungsaktivitäten in der Arktis geeinigt. Außerdem soll die Zusammenarbeit der Arktisstaaten verbessert werden, um Herausforderungen wie insbesondere den Folgen von möglichen Ölkatastrophen in der Region gemeinsam besser begegnen zu können. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Maßnahmen zur Vorsorge und zur Reaktion auf Ölkatastrophen erarbeiten soll. Weiterhin betonten die Mitglieder des Arktischen Rates die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit, um die Arktis widerstandsfähiger gegen den Klimawandel zu machen. Zur besseren Koordinierung des Arktischen Rates soll ein Sekretariat im norwegischen Tromsø aufgebaut werden.

Die Umweltstiftung WWF begrüßte die Erklärung des Rates als großen Schritt vorwärts. Es seien aber weitere Schritte notwendig, um die Herausforderungen, vor denen die Arktis stehe, zu meistern. So müssten alle Mitglieder des Arktischen Rates dringend nationale Emissionsminderungsziele verabschieden, um dem Klimawandel zu begegnen. [am]

- ▶ [www.kurzlink.de/arct-counc-dec-0511](http://www.kurzlink.de/arct-counc-dec-0511)
- ▶ [www.kurzlink.de/wwf-arct-decl-0511](http://www.kurzlink.de/wwf-arct-decl-0511)

### Überfischung

## Mittelmeer bald um 40 Fischarten ärmer?

■ Mehr als 40 mediterrane Fischarten sind vom Aussterben bedroht. Das ist das Ergebnis einer Studie der Weltnaturschutzunion (IUCN). Die Hälfte aller Hai- und Rochenarten sowie mindestens zwölf Knochenfischarten könnten demnach aufgrund von Meeresverschmutzung, Überfischung

und der Zerstörung ihrer Lebensräume in den nächsten Jahren aussterben. Der Bericht stellt die erste Bestandsaufnahme eines gesamten Meeres dar.

Der Zustand des Blauflossentunfisches sei besonders besorgniserregend, da die Bestände in den letzten 40 Jahren um 50 Prozent zurückgegangen seien, sagte IUCN-Meerestierexperte Kent Carpenter. Fangquoten würden nicht eingehalten und der Fang werde nicht vollständig bei den Behörden angegeben. Dies habe die Versuche, den Tunfisch zu schützen, ins Leere laufen lassen. Außerdem führe der Einsatz von Grundschleppnetzen dazu, dass unerwünschte Fischarten als Beifang in den Netzen der Fischer endeten. Diese Praxis trägt laut der IUCN-Studie demnach ebenfalls erheblich zu der dramatischen Situation der mediterranen Fischbestände bei, auch weil sie den Meeresboden, der ein wichtiger Lebensraum für viele Fischarten ist, zerstört.

Die überfischten Bestände in Europa führen dazu, dass europäische Fischereiflotten immer mehr in afrikanische Gewässer vordringen. Dort treten sie in Konkurrenz zu lokalen Kleinfischern. Auf diese Situation haben afrikanische Fischer europäische Entscheidungsträger Ende April in Brüssel gemeinsam mit Greenpeace aufmerksam gemacht. Sie fordern eine Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) der EU, die den Druck sowohl auf europäische als auch auf ausländische Fischbestände verringert. [am]

- ▶ IUCN-Studie (PDF, 2,3 MB): [www.kurzlink.de/iucn-report-0411](http://www.kurzlink.de/iucn-report-0411)
- ▶ [www.kurzlink.de/greenp-seagrabbing19](http://www.kurzlink.de/greenp-seagrabbing19)

### Nachhaltiger Fisch

## Verbraucher werden schlecht informiert

■ Der Verbraucherverband Food & Water Europe hat eine kritische Studie zum nachhaltigen Konsum von Fisch und Meeresfrüchten veröffentlicht. Vorhandene Regeln werden danach nicht ausreichend

umgesetzt. Die Entscheidung, welcher Fisch gekauft werden soll, fällt VerbraucherInnen demnach oft nicht leicht. Häufig gibt es nur unzureichende Informationen über die Herkunft des Fisches, die Art der Haltung und des Fangs, kritisieren die Autoren. Zum Teil werde der Fisch aus Ländern importiert, in denen Sicherheits-, Gesundheits- und ökologische Standards schwach oder gar nicht existent seien.

Zwar habe die Welternährungsorganisation FAO bereits im letzten Jahr Richtlinien für Umweltzeichen und Gütesiegel für Fisch veröffentlicht, gegen diese werde jedoch häufig verstoßen. Viele der bestehenden Umweltzeichen repräsentieren laut der Studie nicht das, was Verbraucher erwarten, und informieren nicht ausreichend über Herkunft und Nachhaltigkeit der Produkte.

Food & Water Europe forderte die Europäische Kommission auf, einheitliche Kriterien für ein Umweltzeichen für Fisch und Meeresfrüchte festzulegen, um VerbraucherInnen genauer zu informieren und den FAO-Richtlinien Nachdruck zu verleihen. [sg]

► [www.kurzlink.de/foodwaterwatchstudy](http://www.kurzlink.de/foodwaterwatchstudy)

## Europäische Flüsse

### Save gefährdet

■ Die Naturschutzstiftung Euronatur hat Mitte April Naturschützer und Vertreter der Schifffahrt zusammengebracht, um mit ihnen den Zustand des Balkanflusses Save zu diskutieren. Zentrales Ergebnis der Fachkonferenz ist aus Sicht der Veranstalter der Verzicht der Save-Kommission auf ursprünglich geplante Durchstiche von 18 Mäandern. In den Gesprächen kristallisierten sich auch gemeinsame Interessen von Naturschutz und Schifffahrt heraus, wie das unbedingte Vermeiden eines weiteren Kiesabbaus, damit der Wasserstand des Flusses nicht noch weiter absinkt.

Die Save-Auen sind das größte Auengebiet Europas. Das kroatische Naturschutzamt hat die Save deshalb bereits für die Aufnahme in das EU-Natura-2000-Netz-

werk nominiert. Damit gilt bereits jetzt das Verbot der Verschlechterung aus der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. [am]

► [www.kurzlink.de/euronatur-save-1904](http://www.kurzlink.de/euronatur-save-1904)  
 ► Euronatur, Dr. Martin Schneider-Jacoby, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9272-24, Fax -22, E-Mail: [info@euronatur.org](mailto:info@euronatur.org), [www.euronatur.org](http://www.euronatur.org)

## Donau

### Bulgarien schützt Störe

■ Die bulgarische Fischereibehörde hat Anfang Mai ein generelles, einjähriges Fangverbot für Störe in der Donau und im Schwarzen Meer ausgesprochen. Zudem seien weitere Projekte wie etwa ein Monitoring, das Aussetzen von Jungfischen und eine Informationskampagne für Fischer geplant, um den nahezu ausgerotteten Fisch zu retten. Die Hauptgründe für die desolate Lage sind die Überfischung zur Gewinnung von Kaviar sowie der Verlust von Laichplätzen.

Bulgariens Nachbarland Rumänien hatte bereits 2006 ein zehnjähriges Fangverbot auf der Donau verhängt, aber nur auf einer Hälfte, da der Fluss auf weiten Strecken die Grenze zwischen beiden Ländern bildet. Der WWF begrüßte die Bemühungen und erklärte, ein Fangverbot auf nur einer Seite des Flusses mache keinen Sinn. [hmp]

► [www.kurzlink.de/wwf-stoer-fangverbot](http://www.kurzlink.de/wwf-stoer-fangverbot)

## Offshorewindkraft

### Ohne Rücksicht auf Verluste?

■ Der NABU hat Mitte Mai gefordert, den Ausbau der Windenergie vor den Küsten nicht auf Kosten des Natur- und Artenschutzes voranzutreiben. Seit der Diskussion um die Energiewende nach der Atomkatastrophe in Fukushima verlangten „einige Stimmen quasi einen Freifahrtschein für die Offshorewindkraft, um bestehende Umweltauflagen auszuhebeln und den Naturschutz in die Ecke ewig gest-

riger Blockierer zu stellen“, sagte NABU-Meeresexperte Kim Detloff. Naturschutz und erneuerbare Energien dürften aber nicht gegeneinander ausgespielt werden. Bei der Genehmigung von Offshorewindparks müsse die EU-Naturschutzgesetzgebung respektiert werden. [am]

► NABU, Dr. Kim Detloff, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 294984-1626, E-Mail: [kim.detloff@nabu.de](mailto:kim.detloff@nabu.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de) (Pressemitteilungen – 13.05.2011)

## Wasserstraßenausbau

### Erfolg für Naturschützer

■ Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat Ende April dem Haushaltsausschuss sein nachgebessertes Konzept zur Neubewertung der Bundeswasserstraßen vorgelegt. Danach soll kein Geld mehr in wenig befahrene Wasserstraßen fließen und diese sollen renaturiert werden (umwelt aktuell 03.2011, S. 39). Umweltschützer werten dies als Ende der Ausbaupläne für die noch weitgehend natürlichen Flüsse Elbe und Saale in Ostdeutschland. „Das Aus für ökologisch zerstörerische und ökonomisch sinnlose Kanal- und Ausbauprojekte ist ein großer Erfolg“, sagte Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND. Nun müsse die Wasserstraßenverwaltung damit beauftragt werden, die Flüsse zu renaturieren und ihnen ihre früheren Auenflächen zurückzugeben.

Der Konflikt um den Ausbau von Elbe und Saale ist damit jedoch noch nicht beendet. So will die sächsische Landesregierung einen Elbe-Saale-Kanal bauen und beruft sich dabei sogar auf Forderungen der Umweltverbände. Der BUND wies dies zurück, da ein solcher Kanal wirtschaftlich unsinnig sei. Das Problem des niedrigen Wasserstands der Elbe, der das Befahren durch große Schiffe im Sommer oft unmöglich mache, könne auch ein Kanal nicht lösen. [am]

► BUND-Elbeprojekt, Dr. Ernst Paul Dörfler, Steutz (Anhalt), Tel. +49 (0)39244 / 290, E-Mail: [epd@gmx.de](mailto:epd@gmx.de), [www.elbeinsel.de](http://www.elbeinsel.de)  
 ► [www.kurzlink.de/bund-flussausbau-35](http://www.kurzlink.de/bund-flussausbau-35)

## „Menschen verwalten Gemeingüter erfolgreich, wenn sie ihre eigenen Regeln entwickeln können“

Ob Fischgründe, Wälder oder Wasserressourcen: Eine unregulierte Nutzung gefährdet die Existenz der „Commons“, wie die Gemeingüter im Englischen genannt werden. Der Ruf nach Privatisierung oder staatlichem Verbot ist jedoch voreilig. Wie Ressourcen nachhaltig und zum Wohle aller verwaltet werden können, erklärt die US-amerikanische Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom.

**Frau Ostrom, ein wesentlicher Anstoß für Ihre Forschung zu den Commons war das 1968 erschienene Buch „The Tragedy of the Commons“ – „Die Tragik der Allmende“ des US-amerikanischen Ökologen Garrett Hardin. Er vertrat die These, dass Ressourcen, die einer größeren Gruppe von Menschen zur Verfügung stehen, unweigerlich übernutzt würden, weil jeder versuche, für sich so viel Ertrag wie möglich zu erwirtschaften. Warum hat Sie das Buch so motiviert?**

Elinor Ostrom: Als ich Garrett Hardin las, war ich erstaunt. Er schrieb, es sei nicht möglich, Ressourcen auf Dauer gemeinsam zu nutzen. Ich hatte aber mit eigenen Augen gesehen, dass das geht. Für meine Dissertation hatte ich ein System untersucht, bei dem die mehr als 600 Nutzer eines Grundwasserbeckens ihre eigenen Regeln für die Nutzung des Grundwassers entwickelt hatten. Sie waren damit erfolgreich. An meiner Dissertation arbeitete ich Anfang der 1960er-Jahre. Seither haben wir uns das Grundwassersystem aber immer wieder angeschaut. Erst kürzlich wurde eine neue Studie fertiggestellt, die belegt: Auch nach einem halben Jahrhundert funktioniert es immer noch gut. Als ich Hardin las, dachte ich mir also: du meine Güte! Als ich dann in den Nationalen Forschungsrat berufen wurde, bat man mich, mich dieser Frage der Allmende anzunehmen. So kam ich auf dieses Thema zurück. Ich wusste, dass manche Leute das Problem gelöst hatten. Es sind nicht alle gescheitert.

**Garrett Hardin vertrat die These, dass Menschen eine „starke Hand“ brauchen, um Ressourcen nicht zu übernutzen – sei es jene des Staates oder der Privatwirtschaft. Gemeingüter könnten nicht funktionieren und müssten deshalb privatisiert oder verstaatlicht werden. Sie waren davon überzeugt, dass Gemeingüter funktionieren können und wollten die Voraussetzungen einer erfolgreichen Verwaltung genauer verstehen. Wie sind Sie auf die „Design-Prinzipien“ gekommen?** Im Rahmen des Nationalen Forschungsrates begannen wir, Studien und Theorien über gemeinsam genutzte Ressourcen zu sammeln und miteinander zu vergleichen. Wir stellten Berechnungen an, ent-

wickelten Modelle, studierten unzählige Berichte und versuchten zu verallgemeinern. Warum konnten zum Beispiel die Bauern in der Schweiz ihre Alpweiden seit Hunderten von Jahren gemeinsam nutzen, ohne dass einer die anderen übervorteilte? Warum verwaltete eine Gruppe über Jahrzehnte ein Grundwasservorkommen zum Nutzen aller und die andere versagte? Ich zerbrach mir den Kopf darüber, welche Regeln funktionierten und welche nicht, bis mir klar wurde: Es gibt kein allgemeingültiges Regelwerk. Es geht nicht darum, welche Regeln es gibt, sondern dass es Regeln gibt. Ich nannte das Design-Prinzipien. Gemeinschaften, die ein klares Regelwerk entwickelt hatten, konnten über lange Zeit erfolgreich sein. Auch jene, die Mechanismen zur Lösung von Konflikten entwickelt hatten, waren erfolgreich. Ich kam auch zu dem Schluss: Die Menschen waren bei der Verwaltung von Gemeingütern vor allem dann erfolgreich, wenn sie ihre eigenen Regeln entwickeln konnten.

**Sie legen größten Wert auf das dezentrale Management und glauben nicht daran, dass eine Regierung oder eine zentrale staatliche Stelle den Gemeinden Design-Prinzipien für die Verwaltung ihrer Commons vorschreiben sollte.**

Wir haben viel zu künstlicher Bewässerung und zu Wäldern geforscht. Künstliche Bewässerung erfordert Infrastruktur, deren Errichtung, Verwaltung und Wartung zu Konflikten in der Gemeinde führen kann. In Nepal ist man dann auf die Idee gekommen, Bauern aus Gemeinden, in denen das künstliche Bewässerungssystem gut funktionierte, mit anderen Bauern zusammenzubringen, die große Schwierigkeiten hatten. Die Bauern sollten voneinander lernen. Doch ihnen wurde eingeschärft, dass sie auf keinen Fall ein System, das anderswo funktionierte, blind kopieren sollten. Vielmehr sollten sie versuchen zu verstehen, warum es funktionierte, warum die anderen Bauern Probleme lösen konnten, an denen sie selbst gescheitert waren. Aus diesem Verständnis heraus sollten sie dann ihr System entwickeln. Blaupausen sind nicht die Lösung. Von einem Architekten erwartet man ja auch nicht, dass er bei jedem neuen Auftrag stets das gleiche Gebäudemodell errichtet. Er muss sich mit der Bodenbeschaffenheit, der Wasserverfügbarkeit

und vielen anderen Dingen – insbesondere auch den speziellen Wünschen der Auftraggeber – auseinandersetzen, bevor er dann ein passendes Gebäude entwirft. Das Gleiche gilt für die Verwaltung der Commons. Die Design-Prinzipien sind keine Blaupause. Sie sollen vielmehr dazu dienen, den Menschen die Grundanforderungen für das erfolgreiche Management der Gemeingüter bewusst zu machen. Die konkreten Spielregeln müssen dann die jeweiligen Gemeinden für sich selbst ausarbeiten.

**Das Interesse am erfolgreichen Management der alten Commons ist in jüngster Zeit stark gestiegen. Was können wir aus Ihren und anderen Studien für die aktuelle Ökologiedebatte lernen?**

Wir können auf der lokalen Ebene etwas tun, wenn wir uns vernetzen. Wir müssen in der Familie beginnen und uns dann mit anderen zusammentun, dann auf der Ebene der Gemeinde, dann vernetzen sich die Städte und diese mit Städten in anderen Ländern und so weiter. Eine Person oder Gruppe allein kann nicht viel machen, aber innerhalb eines Netzwerks können wir Maßnahmen zur Einsparung von fossiler Energie und CO<sub>2</sub>-Emissionen vereinbaren. Die meisten Treibhausgase werden durch Verkehr und Stromverbrauch verursacht. Wir müssen also Wege finden, das zu reduzieren – was wir bei einem internationalen Abkommen ohnehin tun müssten, aber die können sich ja nicht einigen. Also fangen wir an!

[Interview: Brigitte Voykowitsch]

Elinor Ostrom ist Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. 2009 erhielt sie als erste Frau den Wirtschaftsnobelpreis für ihre Forschungen über Gemeingüter. Das Interview wurde unter dem Titel „Blaupausen sind nicht die Lösung“ am 21. März im Ö1-Radiokolleg (orf.oe1.at) gesendet.

Kontakt: [www.indiana.edu/~workshop](http://www.indiana.edu/~workshop)  
[www.de.wikipedia.org/wiki/Elinor\\_Ostrom](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Elinor_Ostrom)



## WIRTSCHAFT &amp; RESSOURCEN

## Volkswirtschaftliche Indikatoren

**Umweltausschuss gegen Alleinherrschaft des BIP**

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat eine Resolution verabschiedet, in der er die Einführung von weiteren Indikatoren zur Messung des Fortschritts einer Gesellschaft neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) fordert. Diese Indikatoren sollen die ökologische Nachhaltigkeit, die Ressourceneffizienz und den sozialen Zustand einer Gesellschaft berücksichtigen. Die EU-ParlamentarierInnen begrüßten die Ankündigung der EU-Kommission, Indikatoren zur Ergänzung des BIP vorzuschlagen.

Hintergrund der Debatte ist die Kritik am BIP als alleiniger Indikator für den Erfolg einer Gesellschaft, da dieses weder ökologische noch soziale Aspekte berücksichtigt. Vor allem bei der Bewertung der Folgen von Politikmaßnahmen zeigt sich nach Ansicht des Umweltausschusses, dass das BIP einer systematischen Berücksichtigung sozialer und ökologischer Belange entgegensteht. Der SPD-Abgeordnete und

Ausschussvorsitzende Jo Leinen kritisierte, dass selbst Reparaturmaßnahmen nach Unfällen und Naturkatastrophen als Gewinn in die BIP-Bilanz eingingen, ohne dass die Kosten gegengerechnet würden.

Das Plenum des EU-Parlaments will im Juni über die Resolution abstimmen. Andere Ausschüsse können bis dahin Änderungsanträge einbringen. [am]

► Resolution: [www.kurzlink.de/envi-858615de.pdf](http://www.kurzlink.de/envi-858615de.pdf)

Green Growth**OECD-Staaten wollen jetzt umweltfreundlich wachsen**

■ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat im Mai ihren angekündigten Synthesebericht zum „grünen Wachstum“ veröffentlicht. Da Ressourcen und Umweltdienstleistungen nicht unbegrenzt zur Verfügung stünden, müssten das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der Menschheit angepasst werden, heißt es in dem 130-seitigen Bericht. Ein Weiterwachsen wie bisher sei „unklug“. Wichtig für grünes Wachstum seien Produktivität, Innovation, neue Märkte, Vertrauen und

Stabilität. Die Prinzipien eines grünen Wachstums müssten allerdings lokal angepasst werden, eine globale Strategie könne es nicht geben. Internationale Kooperation sei dennoch wichtig. In dem Bericht wird betont, dass grünes Wachstum nachhaltige Entwicklung nicht ersetzen könne. In einem Anhang werden Instrumente vorgestellt, um beispielsweise grünes Wachstum in die Wirtschaftspolitik zu integrieren. Auch steuerliche Instrumente werden dabei vorgeschlagen und bewertet. Ein weiterer Anhang behandelt Fragen der Investitionsfreiheit für grünes Wachstum.

Für ein Monitoring der Schritte zu einer grünen Wachstumsstrategie hat die OECD Indikatoren erarbeitet. Darunter sind Umwelt- und Ressourcenproduktivität, Naturgüter, Lebensqualität sowie die messbaren politischen Effekte. Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) hatten bei einer Konsultation zu dem OECD-Wachstumspaket im Februar vor allem die Indikatorenauswahl sowie schwache und wenig lösungsorientierte Formulierungen bemängelt (umwelt aktuell 04.2011, S. 29). [jg]

► [www.oecd.org/greengrowth](http://www.oecd.org/greengrowth)

► EEB, Catherine Pearce, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891302, E-Mail: [catherine.pearce@eeb.org](mailto:catherine.pearce@eeb.org), [www.eeb.org](http://www.eeb.org)



## Vom Wert des Wartens

Das Credo unseres Wirtschaftssystems »immer schneller, immer mehr« hat sich als nicht zukunftsfähig erwiesen: Mit Hochgeschwindigkeit ist unser Finanzsystem in seine größte Krise gefahren; die Menschen halten mit dem Tempo nicht mehr Schritt. Der Band »Lob der Pause« liefert Denkanstöße, warum wir das Innehalten wieder schätzen sollten: als Zwischenzeit fürs Nachdenken, Vordenken, Abschalten und Verarbeiten.

K. A. Geißler

**Lob der Pause**

Warum unproduktive Zeiten ein Gewinn sind

quergedacht Band 3, 109 Seiten, 8,95 EUR, ISBN 978-3-86581-200-1  
Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft



## DNR INTERN

## Verbändeforum

## Bundesfreiwilligendienst und klimagerechte Kommunen

■ Beim ersten DNR-Verbändeforum dieses Jahres haben 20 Vertreterinnen und Vertreter von zwölf Verbänden des Deutschen Naturschutzrings im Mai in Berlin mit Fachleuten über Themen wie Verpackungsmüll, Lebensmittelverschwendung und Ressourceneffizienz diskutiert.

So will das Umweltbundesamt in einem Planspiel zur neuen Verpackungsverordnung bis zum Juni die Machbarkeit der in Gutachten ermittelten Modelle untersuchen. Es geht darum, ob das Duale System auf stoffgleiche Nichtverpackungen ausgedehnt wird oder die Organisation der Erfassung in öffentlich-rechtlicher Verantwortung liegen und die Finanzierung zwischen öffentlichen Entsorgern und der Wirtschaft geteilt sein soll.

Auf Anregung des Filmemachers Valentin Thurn organisierte der DNR im März in Bonn ein gut besuchtes Strategietreffen über Lebensmittelverschwendung. Nun soll dazu ein Projekt entwickelt werden.

Nach dem Ende von Wehrpflicht und Zivildienst führt die Bundesregierung zum 1. Juli einen generationenübergreifenden Bundesfreiwilligendienst (BFD) ein. Der DNR hatte zum Gesetzentwurf eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben. Wichtig ist dem Dachverband, dass der Bundesfreiwilligendienst, bei dem Taschengeld und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, sich deutlich von normalen, unentgeltlichen Ehrenamt unterscheidet. Der NABU wurde für den Bereich der Umweltverbände als Zentralstelle zur Durchführung des BFD anerkannt. Es wird damit gerechnet, dass sich dort zunächst etwa 1.000 Freiwillige melden.

Der DNR ist Mitglied der Kampagne „Steuern gegen Armut“, die von Jörg Alt von der Jesuitenmission in Nürnberg koordiniert wird. Die Kampagne will erreichen, dass Finanztransaktionen mit einem Steu-

ersatz von 0,05 Prozent belastet werden. Das Aufkommen soll zu je einem Drittel für Armutsbekämpfung, Umweltschutz und die Bewältigung der Finanzkrise verwendet werden.

Die EU-Koordination des DNR arbeitet derzeit zur langfristigen EU-Umweltpolitik und zur Ressourceneffizienz, wie die Leiterin Bjela Vossen berichtete. Mit dem neuen Finanzrahmen für 2014 bis 2020 werden für einen langen Zeitraum die Weichen neu gestellt. Die neue EU-Strategie „Europa 2020“ legt den Schwerpunkt auf Wirtschaftswachstum. Ob es eine langfristige Umweltplanung in Form eines 7. Umweltaktionsprogramms gibt und ob eine neue EU-Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen wird, ist fraglich. Wichtige Themen sind im Jahr 2011 Ressourceneffizienz und 2012 Wasser. Die EU-Koordination hat Übersichten zu allen Politikfeldern mit Umweltbezug erarbeitet und online gestellt.

Stefan Lütkes vom Bundesumweltministerium sprach über Entwicklungen beim Energie- und Umweltrecht. Unter anderem stellte er Inhalte des Gesetzentwurfs zur Stärkung der klimagerechten Stadtentwicklung in Gemeinden vor. Über Flächennutzungs- und Bebauungspläne soll das Gesetz zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung beitragen. Unter anderem geht es um Biomasse- und Solaranlagen und deren Privilegierung im Außenbereich, um kommunale Festlegungen zu Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, nachträgliche Wärmedämmung sowie das Repowering von Windkraftanlagen. Weiteres Thema war ein Planfeststellungsverfahren für Offshorewindparks.

Der energiepolitische Berater des DNR Klaus Traube sprach über das Energiekonzept der Bundesregierung und die Gesetzesvorhaben für die Energiewende. DNR-Mitgliedsverbände können zu diesen und anderen Themen aus dem Verbändeforum Unterlagen und Papiere beim DNR anfordern. Das nächste Verbändeforum findet am 14. September in Berlin statt. [rö, mb]

- ▶ DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ EU-Übersichten: [www.eu-koordination.de/publikationen/factsheets-eu-gesetze](http://www.eu-koordination.de/publikationen/factsheets-eu-gesetze)

## DNR und LANA

## Haupt- und ehrenamtliche Naturschützer für „grünere“ EU

■ Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA) haben sich im Mai zu einem Fachgespräch zur zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union und zu EU-Finanzinstrumenten für den Naturschutz getroffen. Um den Agrarnaturschutz in den EU-Finanzinstrumenten der neuen Förderperiode wirkungsvoll zu verankern, wurden gemeinsame Forderungen erarbeitet, die zeitnah konkretisiert werden sollen. So wollen sich die NaturschutzvertreterInnen von Bund, Ländern und Verbänden für einen eigenen Finanztopf für das EU-Schutzgebietsprogramm Natura 2000 einsetzen. In einem zukünftigen LIFE+-Förderinstrument für den Naturschutz soll eine Kofinanzierung von 75 bis 90 Prozent angestrebt und die Beantragung durch das Vorabreichen von Projektskizzen vereinfacht werden.

Gemeinsame Forderungen in der Agrarpolitik sind für die sogenannte erste Säule (Produktionsförderung) der Erhalt des Dauergrünlands und eine Grünlanddefinition, die Intensivgrasland ausschließt, sowie ein Anteil von zehn Prozent ökologischer Vorrangfläche. Dabei soll die Vorrangfläche an die heutige Betriebsstruktur angepasst werden, damit auch Gebiete mit höheren Bodenwerten nicht mehr bewirtschaftet werden. Gewässerrandstreifen sollen nicht zu den zehn Prozent gezählt werden dürfen.

In der zweiten Säule der GAP (ländliche Entwicklung) gehören die Erhöhung der Mittel und die Beschränkung auf landwirtschaftliche Naturschutzmaßnahmen zu den Forderungen. Die Integration des Naturschutzes in andere Politikbereiche soll durch das Festschreiben eines bestimmten Finanzanteils gewährleistet werden, sodass etwa nach der ELER-Verordnung zur Förderung des ländlichen Raumes ein Drittel der Mittel für den Naturschutz ausgegeben werden muss. ▶

DNR-LANA-Fachgespräche finden alle zwei Jahre statt. Während sie bisher vor allem der gegenseitigen Information dienten, wurde nun erstmals ein Schwerpunkt auf strategische Fragen gelegt. [bv]

- ▶ DNR, Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ LANA, Schwerin, Tel. +49 (0)385 / 5886227, E-Mail: lana@lu.mv-regierung.de, www.la-na.de

## CO<sub>2</sub>-armes Wirtschaften

### Zivilgesellschaftliche Begleitung zu „Rio+20“

■ Das Forum Umwelt und Entwicklung hat ein neues Projekt: „Auf dem Weg nach Rio+20 – eine zivilgesellschaftliche Begleitung mit besonderem Schwerpunkt auf Green Economy, Low Carbon Economy und biologischer Vielfalt“. Das Projekt zur Vorbereitung der UN-Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung im Juni 2012 in Rio de Janeiro (Brasilien) soll eine Positionsbestimmung zur sogenannten Low Carbon Economy als zentraler Komponente der Green Economy erarbeiten. Außerdem soll es zivilgesellschaftliche Positionen zu Biodiversitätsthemen in den Rio+20-Prozess einbringen.

Green Economy als Leitmotiv der Rio+20-Konferenz ist bisher nur vage definiert. Das Projekt will am Beispiel der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bedingungen in Deutschland für ein Szenario drastisch reduzierter Emissionen diesen Begriff mit mehr Inhalt füllen. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht ist es entscheidend, Green Economy schon im Vorfeld der Konferenz politisch zu definieren und mit den aktuellen Debatten über zukunftsfähige wirtschaftspolitische Konzepte zu verknüpfen.

Schon heute zeigt sich zum Beispiel an den Kontroversen um die Biomassenutzung, dass auch der Weg zu einem CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaften politisch brisante Zielkonflikte mit sich bringt. Das Projekt will hierfür tragfähige Konzepte ausloten und im Widerstreit der entsprechenden

Interessen Positionen zusammenführen. So will es dazu beitragen, dass die Rio-Konferenz nicht nur abstrakte langfristige Ziele beschließt, sondern auch kurzfristige Schritte dorthin diskutiert. Bei interdisziplinären Workshops sollen für verschiedene Aspekte der Green Economy Handlungsempfehlungen entwickelt werden.

Die Projektmitarbeiterinnen freuen sich über Beiträge, Unterstützung und Anregungen. Für Informationen und den Austausch zum Rio+20-Prozess gibt es eine Mailingliste. [Kathrin Blaufuss]

- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung, Kathrin Blaufuss, Claudia Kabel, Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, E-Mail: c.kabel@forumue.de, www.forumue.de/rioprozess.html

## EHRENAMT

### Engagementförderung

#### Streit im Bundestag

■ Die Bundesregierung will stärker auf das bürgerschaftliche Engagement setzen. Das erklärte sie in einer Antwort auf eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion. Herausforderungen wie demografischer Wandel, Verbraucherschutz, Integration, faire Bildungschancen, Umwelt-, Natur- und Klimaschutz seien ohne Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zu bewältigen, so die Regierung. Zur Umsetzung ihrer im Oktober 2010 beschlossenen Nationalen Engagementstrategie wolle sie die Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen verstärken. Konkrete Vorschläge würden derzeit von Bund und Ländern erarbeitet. Zudem arbeitet die Regierung laut ihrer Antwort an einem Freiwilligendienststatusgesetz, um „der Vielfalt der Angebote einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, ohne hierbei bewährte Dienstformate anzugleichen oder zu schwächen“. Wann ein entsprechender Gesetzentwurf vorliegen soll, konnte die Bundesregierung jedoch nicht sagen.

Die SPD zeigte sich von der Antwort enttäuscht. Der Bundesregierung fehlten ein engagementpolitisches Leitbild und eine Strategie, sagte die Abgeordnete Ute Kumpf. Auch die Engagementstrategie zähle nur einzelne Projekte auf. So entstehe der Verdacht, dass Engagement lediglich „Ausfallbürge in Zeiten leerer Kassen“ sein solle. Funktionierende Strukturen wie das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, die Freiwilligenagenturen oder die Seniorenbüros spielten dagegen für die Regierung keine Rolle, wie die Antworten zeigten. Statt erfolgreiche Netzwerkstrukturen zu unterstützen, erwecke das Familienministerium mit seiner Förderpolitik „den Eindruck, diesen bestehenden Strukturen gezielt die finanzielle Grundlage entziehen zu wollen“.

Zurzeit leisten 23 Millionen BundesbürgerInnen und damit ein Drittel der Bevölkerung ehrenamtliche Arbeit, vor allem in sozialen und kulturellen Bereichen. [mb]

- ▶ Dokument: [www.kurzlink.de/engagement-2011](http://www.kurzlink.de/engagement-2011)
- ▶ [www.ute-kumpf.de](http://www.ute-kumpf.de) (Aktuelles – 04.04.11)

### Beirat Umwelt und Sport

#### DNR-Vertreterin berufen

■ Bundesumweltminister Norbert Röttgen hat Gerlinde Hoffmann im April in den Beirat Umwelt und Sport seines Ministeriums berufen. Die Agrarwissenschaftlerin aus Warendorf in Westfalen leitet die Abteilung Umwelt der Deutschen Reiterlichen Vereinigung und ist Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzrings (DNR). Der ehrenamtliche Beirat Umwelt und Sport berät das Umweltministerium seit 1994 zu ökologischen Fragen in allen Bereichen des Sports von den Umweltauswirkungen der Sportarten bis zur Verträglichkeit von Sportstätten. In seinem Berufungsschreiben wies der Minister auch auf neue Themen wie Klimawandel, Tourismus und Gesundheit hin. [mb]

- ▶ Beirat Umwelt und Sport: [www.bmu.de/37665](http://www.bmu.de/37665)
- ▶ Gerlinde Hoffmann, Tel. +49 (0)2581 / 6362131, Fax 62144, E-Mail: [ghoffmann@fn-dokr.de](mailto:ghoffmann@fn-dokr.de)

## REZENSIONEN

## Muss die Erde kaputtgehen?

Nein! Das sagt zumindest der Bauer, Agrarwissenschaftler und Autor Nikolai Fuchs. Er fordert die Abkehr von industrialisierter Landwirtschaft und dem zunehmend technischen Weltverständnis. Nachhaltigkeit und mehr Kultur im Umgang mit der Natur sind Alternativen.



Der Klimawandel ist angekommen. Das Artensterben lässt sich nicht stoppen. Rinderwahn, Salmonellen und Hungersnöte – all das sind Folgen der industrialisierten Landwirtschaft.

Dem gesunden Menschenverstand stellt sich die vielleicht naive Frage, warum die Welt ist, wie sie ist, und ob nicht ein anderer Umgang mit ihr möglich wäre. So auch Nikolai Fuchs in seinem Buch „Es geht auch anders“. Am Beispiel der Landwirtschaft beschreibt er Ideen und Wege zu einem nachhaltigen Lebensstil. Ein Umdenken hält der Agrarwissenschaftler für absolut notwendig. Diese Bestimmtheit zieht sich, beim Titel angefangen, durch das ganze Buch. Fuchs fordert nicht nur, dass etwas geändert werden muss, er hat auch konkrete Lösungsvorschläge.

In dreizehn Kapiteln bietet Fuchs Denkansätze, um der eingefahrenen Lebensart zu entkommen und nachhaltiger zu agieren. Er legt viel Wert auf einen Bezug zur europäischen Identität und beginnt mit der „Seele Europas“ und der Frage, womit sich Europäer eigentlich identifizieren: mit der Weimarer Klassik, der Aufklärung, der Menschenwürde und gleich auch deren Außerachtlassung im Holocaust, der leider auch zur Geschichte Europas gehört? Fuchs stellt für seine Generation die Frage an ältere Generationen, wie dies überhaupt möglich war. Als direkten Vergleich fügt er hinzu, dass seine Generation von künftigen womöglich gefragt werde, wie sie den Klimawandel und Millionen Hungernde zulassen konnte.

Die europäische Kultur hat sich, wie Nikolai Fuchs erklärt, aus der Landwirtschaft heraus gebildet, die eine besondere Lebens-

und Wirtschaftsform darstellt. Es herrscht ein ständiger Kampf zwischen Kultur und Technik, Individualisierung und Standardisierung, Vertrauen und Kontrolle. Doch einige wichtige Faktoren werden außer Acht gelassen: zum Beispiel, dass die „Produktionsmittel“ hier lebendige Wesen sind und dass Landwirtschaft nicht immer gleich Landwirtschaft ist, sondern sich je nach Jahreszeit und Ort unterschiedlich gestaltet. Fuchs setzt sich auch mit der Integration der Agrarwirtschaft in den Welthandel auseinander, mit Begriffen wie Konsum oder Naturschutzförderung. Er beschreibt die Landwirtschaft als „Wissenschaft des Lebendigen“.

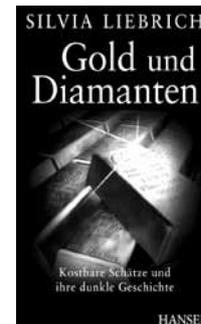
Fuchs' Stil lädt stetig zum Weiterlesen ein. Er schreibt nicht nur analytisch, auf Studien oder Literatur gestützt, sondern berichtet vieles aus eigener Erfahrung, was die Zusammenhänge auch für Laien nachvollziehbar macht. Als „gerade noch von der Natur berührtes Stadtkind“ aufgewachsen, fasste er während eines Landwirtschaftspraktikums den Entschluss, Bauer zu werden. Über 25 Jahre landwirtschaftlicher Erfahrung flossen in sein Buch ein. Es ist dadurch sehr persönlich gehalten, allerdings ist es ebenso ein groß ausgelegter Vorschlag an das Europäische Parlament und wendet sich damit als eine Art offener Brief auch an eine offizielle Institution.

Das Wichtigste ist aber, dass der Autor seinen Wunsch nach „mehr Kultur statt Kontrolle“ nicht mit erhobenem Zeigefinger vorbringt, sondern stets optimistisch und dennoch bestimmt auf die Möglichkeiten für ein nachhaltigeres Leben hinweist, die wir zweifellos haben. Es geht wirklich auch anders. **[Svenja Gräfen]**

► Fuchs, N.: Es geht auch anders. Ein nachhaltiger Lebensstil ist möglich – das Beispiel Landwirtschaft. Medu, Dreieich 2010, 216 S., 16,95 €, ISBN 978-3-941955-20-2

## Blutdiamanten und Raubbau

Eine kleine Kulturgeschichte von Gold und Edelsteinen hat die Wirtschaftsredakteurin Silvia Liebrich zusammengetragen. Der güldene Glanz hat schwarze Schatten.



Midas, Krösus, das Goldene Kalb, Eldorado – die Liste ließe sich beliebig erweitern. Kaum ein zweiter Stoff weckt derart viele, kulturbefrachtete Assoziationen wie Gold. Entsprechend reich ist der

Kosmos der Geschichten, den es rund um das wertvolle Edelmetall zu entdecken gibt. Die Wirtschaftsredakteurin der Süddeutschen Zeitung, Silvia Liebrich, hat sich dieser Geschichten angenommen, hat zusammengetragen, was irgendwo in weit abgelegenen Regionen unseres Gehirns ein kümmerliches Dasein fristet, immerzu kurz davor dem endgültigen Vergessen anheimzufallen. Midas, Krösus, Eldorado? Alles schon mal gehört, fundiertes Halbwissen, so weit die Gedanken reichen.

Bei Diamanten sind die Assoziationen dürftiger, profaner: James Bond, Marilyn Monroe, die Kronjuwelen der Queen. Aus dem fernen Chemieunterricht hat man vielleicht noch die nüchterne Erkenntnis herübergerettet, dass Diamanten letztlich nicht mehr sind als Kohlenstoff. Doch selbstverständlich gibt es auch hier mehr und vor allem Wichtigeres, über das berichtet werden muss! Wie beim Gold sind Skrupellosigkeit und Gier für so manches dunkle Kapitel verantwortlich. Um diese Schattenseiten ans Licht zu befördern, ist es nicht einmal notwendig, in die ferne Vergangenheit zu reisen, denn in vielen Ländern des Südens gehören die dunklen Seiten buchstäblich zum Tagesgeschäft. Sierra Leone hat sich in jüngster Zeit besonders hervorgetan; der Begriff der „Blutdiamanten“ wird wohl auf immer und ewig mit diesem kleinen westafrikanischen Land verbunden bleiben. Zeitweise ►

stammten schätzungsweise „bis zu 15 Prozent der weltweit gehandelten Diamanten aus Konfliktregionen. Heiße Ware, die illegal geschürft und über dunkle Kanäle in den Handel geschleust wurde.“ Das Kapitel „Spur der Blutdiamanten“ erzählt diese leidvolle Geschichte rund um Bürgerkriege und missglückte Versuche, dem illegalen Handel Einhalt zu gebieten. Es ist ein Milliardengeschäft auf dem Rücken der Bevölkerung, erkauft mit rücksichtslosem Raubbau an der Natur.

Das Buch in seiner Gesamtheit präsentiert nicht nur all die vorher skizzierten Aspekte, sondern eine ordentliche Kulturgeschichte des Goldes und der Diamanten, akkurat recherchiert und gefällig niedergeschrieben. Wer verschollenes Wissen auffrischen möchte, ist hier also genau richtig. Wer die Detailfülle von Fachartikeln sucht oder in jedem Satz bislang nahezu Ungehörtes, wird woanders fündig werden (müssen). **[Christoph Hirsch]**

- ▶ Liebrich, S.: Gold und Diamanten. Kostbare Schätze und ihre dunkle Geschichte. Hanser, München 2010, 246 S., 19,90 €, ISBN 978-3-446-42344-2

## Die Macht des Willens



■ Wer hört nicht gern, dass nicht der innere Schweinehund schuld daran ist, wenn allabendlich die Chipstüte leer ist und auf dem Schokoladensilberpapier nur noch ein paar Krümel übrig sind? Wer würde

nicht gern zustimmen, dass stattdessen die Ernährungsindustrie mit Produkten, die zu sehr gesalzen, gezuckert oder zu fett sind, die Verantwortung für das eigene maßlose Essen trägt?

Diese These jedenfalls vertritt David Kessler. Er schreibt über „konditioniertes Hyper-Essen“, das eine Folge der modernen Lebensmittelverarbeitung ist. Dass bei der Ernährung jeder seines Glückes eigener Schmied ist und das ungesunde

Essen einfach nicht zu kaufen braucht, lässt der Mediziner Kessler nicht gelten. Er bezweifelt, dass die reine Willenskraft gegen die Verlockungen ausreicht. Denn die Lebensmittelkonzerne, die in all ihre Produkte zu viel Zucker, Salz und Fett mischen, lösen seiner Ansicht nach diesen Teufelskreis von mehr Appetit durch diese Stoffe und deren Belohnungsmechanismen aus. Kessler vergleicht die Überesser mit Alkoholsüchtigen. Die Selbsthilfe bei den Anonymen Alkoholikern vermittelt den Süchtigen, dass sie nicht schuld an ihrer Erkrankung seien, aber die Verantwortung für ihr Verhalten trügen. Daher gelte es den Reiz-Belohnungs-Kreislauf zu durchbrechen.

Der Mensch scheint zunächst machtlos den widerstreitenden Interessen des homöostatischen Systems, das das Energiegleichgewicht regelt, und des körpereigenen Belohnungssystems ausgeliefert zu sein. „Im Kampf zwischen Energiegleichgewicht und Belohnung erweist sich das Belohnungssystem als siegreich“, schreibt Kessler. Sich glücklich essen – diese Erfahrung hat wahrscheinlich jeder von uns schon gemacht. Aber die Schlussfolgerung des Autors, dass allein die Ernährungsindustrie mit ihrem geschickten Marketing schuld an den Folgen wie Übergewicht ist, greift zu kurz.

Immerhin gibt Kessler auch Tipps, was der Einzelne gegen das „Überessen“ tun kann. So widmen sich die letzten drei Kapitel seines Buches der Möglichkeit, das schädliche Verhalten zu ändern, das Gehirn wieder umzusteuern und eine vollkommen neue Esskultur zu entwickeln. Für eine erfolgreiche Strategie zum selbstbestimmten Essen ist es auch wichtig, dass ganz deutlich auf den Lebensmitteletiketten steht, was im Produkt drinsteckt.

Letztlich bestimmen die Verbraucher, was in ihren Mägen landet. Der eigene Wille hat eine große Macht. Man sollte ihn nicht unterschätzen. **[Marion Busch]**

- ▶ Kessler, D.: Das Ende des großen Fressens. Wie die Nahrungsmittelindustrie Sie zu übermäßigem Essen verleitet. Was Sie dagegen tun können. Goldmann, München 2011, 352 S., 19,99 €, ISBN 978-3-442-39205-6

## Land Grabbing anschaulich gemacht

■ Seit der Finanz- und Klimakrise nehmen internationale Investoren immer häufiger Ackerland ins Visier. „Land Grabbing“ heißt der neue Trend, und die Übersetzung „Landraub“ ist wörtlich zu nehmen, wie eine neue Broschüre verschiedener Entwicklungsorganisationen zeigt. Durch dubiose Verträge mit Entwicklungsländern verlieren dort Kleinbauern, Waldnutzer und Nomaden ihre Lebensgrundlage. Die zehn Artikel zeigen dies aus verschiedenen Blickwinkeln und an konkreten Beispielen. Das verständlich geschriebene, farbig bebilderte Heft wäre äußerst angenehm zu lesen – wenn das Thema nicht so ernst wäre. **[Matthias Bauer]**

- ▶ Callenius, C. u. a.: Land ist Leben. Der Griff von Investoren nach Ackerland. Brot für die Welt, Stuttgart 2011, 24 S., kostenlos. Bezug: Diakonisches Werk, [www.kurzlink.de/land-ist-leben](http://www.kurzlink.de/land-ist-leben) Download: [www.fdcl-berlin.de/?1620](http://www.fdcl-berlin.de/?1620)

## Was Strom wirklich kostet

■ Strom aus Wind und Wasser sind heute schon billiger als Kohle- oder Atomstrom, besonders wenn man die Umwelt- und Klimabelastung miteinkalkuliert und Subventionen abzieht. Einen Vergleich der direkten und indirekten staatlichen Förderungen von erneuerbaren Energien, Atomenergie, Stein- und Braunkohle hat das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) vorgelegt. Im Auftrag von Greenpeace Energy recherchierte FÖS, dass die Atomstromproduktion zwischen 1970 und 2010 von staatlichen Förderungen in Höhe von 186 Milliarden Euro profitierte. Der Steinkohle-Verstromung kamen 165 Milliarden Euro zugute, bei Braunkohle waren es 57 Milliarden Euro. Die staatlichen Förderungen für Erneuerbare lag im selben Zeitraum bei 28 Milliarden Euro. **[Juliane Grüning]**

- ▶ Küchler, S.; Meyer, B.: Was Strom wirklich kostet. FÖS, Berlin 2011, 100 S. Kostenloser Download und Kurzfassung: [www.kurzlink.de/gp-foes-studie](http://www.kurzlink.de/gp-foes-studie)

## INTERNET

**Freiwilligensurvey**

■ Regelmäßig erhebt das Bundesfamilienministerium Daten zur Freiwilligenarbeit in Deutschland.

Die Ergebnisse der Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009 können nun individuell zugeschnitten verglichen werden. Alle Zahlen und Fakten, Kurzberichte und Grafiken liefert eine Onlinebibliothek der Initiative ZivilEngagement. Die Seite informiert auch über andere Themen rund um Engagement, enthält Checklisten und sogar ein Quiz. [jg]

► [www.initiative-zivilengagement.de](http://www.initiative-zivilengagement.de)

**Cool Produkte**

■ Mehrere Umweltverbände, darunter der BUND und das Europäische Umweltbüro, haben sich zusammengeschlossen, um sich für umweltfreundlichere Produkte einzusetzen. Das Portal Coolproducts informiert über die politischen Verhandlungen zur EU-Ökodesignrichtlinie und deren Zeitplan sowie einzelne Produktgruppen. Wer mehr über die Energieeffizienz von Boilern, Klimaanlageanlagen und Computermotoren wissen will, ist hier richtig. Leicht verständliche Informationen sind genauso erhältlich wie detaillierte Fachexpertise. Wer noch mehr wissen will, findet kompetente AnsprechpartnerInnen bei den beteiligten Organisationen. [jg]

► [www.coolproducts.eu](http://www.coolproducts.eu)  
 ► [www.expert.coolproducts.eu](http://www.expert.coolproducts.eu)

**Klimakampagnen nach Baukastenprinzip**

■ Wer eine Klimaschutz- oder Energie-sparkampagne plant und Anregungen sucht, findet jetzt Hilfe. Interaktiv führt eine neue Plattform NutzerInnen mit klugen Fragen und nützlichen Hintergrundinformationen zum eigenen Konzept. Beispiele und Strategien runden den Baukasten ab. Die Registrierung ist kostenlos. [jg]

► [www.klima-kampagnen-baukasten.de](http://www.klima-kampagnen-baukasten.de)

**Strahlendes Müllproblem**

■ In keinem Land der Welt ist das Atom-müllproblem gelöst. Grafisch aufbereitet und in vier Sprachen findet man Fakten zu den EU- und anderen Ländern und deren Umgang mit radioaktiven Abfällen. Grundlage ist eine Studie, die auch die unterschiedlichen Herangehensweisen und deren Stärken und Schwächen bewertet. Fazit: Weder in Europa noch in den USA und Russland wird verantwortungsvoll mit Atommüll umgegangen. Die von der Grünenfraktion im EU-Parlament in Auftrag gegebene Studie kann kostenlos heruntergeladen werden. [jg]

► [www.nuclear-waste.eu](http://www.nuclear-waste.eu)

**Ressourcen- und Materialeffizienz**

■ Über produktionsintegrierten Umweltschutz und Ressourceneffizienz informiert das Pius-Internetportal. Es bietet Fakten und Praxisbeispiele für den effizienteren Einsatz von Material und Energie. [jg]

► [www.pius-info.de](http://www.pius-info.de)

**Richtigstellung****Betrifft: „Elf ökonomische Konzepte für den Weg aus der Krise“ von Felix Eick, umwelt aktuell 04.2011, S. 33**

Über das Buch „Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?“ schrieb unser Rezensent: „Bei den Strategien in der Rubrik Systemwechsel geht es überspitzt formuliert darum, die bisherigen Wertvorstellungen der Gesellschaft abzuschaffen und durch eine ‚Regentschaft der Natur‘ zu ersetzen.“ Die Buchautoren Ulrich Schachtschneider und Frank Adler legen Wert auf die Feststellung, dass die von ihnen vorgestellten Konzepte im Buchkapitel „Fundamentale Systemwechsel“ nicht eine „Regentschaft der Natur“ zum Ziel haben, sondern von einer menschengemachten Krise und einer von Menschen zu gestaltenden Lösung ausgehen. [Die Redaktion]

**Impressum**

umwelt aktuell Juni 2011  
 ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de). **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 % **Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Antje Mensen [am], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Helmut Röscheisen [rö], Hans-Magnus Preuß [hmp], Svenja Gräfen [sg], Julia Glahe [jgl], Eva Mahnke [em], Portia Crowe [IPS]. **Service:** Juliane Grüning. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg  
**Titelfoto:** DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier  
**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: [oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)

**Anzeigen:** oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



## Nachhaltigkeit

## A-Z



## K wie Kultivieren

Gärten und Städte entstanden als Verteidigungsarten des Menschen gegen die wilde Natur. Mit deren Aneignung wandelten sich auch die menschliche Natur und das gesellschaftliche Leben.

Expert(inn)en verschiedener Fachrichtungen zeichnen in diesem Buch ein facettenreiches Bild vom Garten – von der Renaissance bis zur Gegenwart, vom humanistischen Garten bis heute: Bunt wie das Leben selbst und reich an Erkenntnissen über das, was uns bewegt.

**B. Reimers (Hrsg.)**  
**Gärten und Politik**  
Vom Kultivieren der Erde

320 Seiten, mit vielen farbigen  
Abbildungen, 29,90 EUR,  
ISBN 978-3-86581-158-5

Erhältlich bei  
www.oekom.de  
kontakt@oekom.de

  
Die guten Seiten der Zukunft

## TERMINE

## JUNI

17.–19.06.,  
Frankfurt/M. (D)  
**Vom Scheitern und  
Gelingen sozialer  
Bewegungen.** Tagung  
► Bewegungsstiftung,

Verden/Aller, Tel. +49 (0)4231 / 957-540, Fax -541,  
E-Mail: info@bewegungsstiftung.de,  
www.bewegungstagung.de

17.–19.06., Verden/Aller (D)  
**Politisches Aktionstheater.** MultiplikatorInnen-  
Fortbildung

► Bewegungsakademie, Rasmus Grobe,  
Tel. +49 (0)4231 / 957-595,  
E-Mail: grobe@bewegungsakademie.de,  
www.bewegungsakademie.de

20.06., Berlin (D)  
**11. Jahreskonferenz des Nachhaltigkeitsrates**  
► Rat für Nachhaltige Entwicklung,  
Tel. +49 (0) 228 / 24981-10, Fax -11,  
E-Mail: rne-jahreskonferenz-2011@lab-concepts.de,  
www.nachhaltigkeitsrat.de

21.06., Wetzlar (D)  
**Windkraft im Visier. Akzeptanz der Windenergie.**  
Tagung  
► Naturschutz-Akademie Hessen, Tel. +49 (0)6441 /  
92480-0, Fax -48, E-Mail: anmeldung@na-hessen.de,  
www.na-hessen.de

21.06., Berlin (D)  
**Heimat, Vielfalt, Leben: Gemeinsam schützen.**  
Konferenz  
► NABU, Tel. + 49 (0)30 / 284984-0, Fax -2000,  
www.nabu.de/vielfalt-konferenz

21.–22.06., Darmstadt (D)  
**Stadtwerte mit Erneuerbaren Energien.**  
5. Eurosolar-Konferenz  
► Eurosolar, HEAG Südheissische Energie AG,  
Tel. +49 (0)228 / 362375, Fax 361213, E-Mail:  
stadtwerte@eurosolar.de, www.eurosolar.de

22.–23.06., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)  
**Wiedervernässung von Hochmooren: Warum  
funktioniert sie nicht überall?** Seminar  
► Akademie für Naturschutz (NNA),  
E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de,  
www.nna.niedersachsen.de

27.–28.06., Potsdam  
**Freiwillige für den Naturschutz: Generationen-  
übergreifend und interkulturell unverzichtbar.**  
Impulskonferenz  
► DNR, Sina Lengelsen/Ines Jentsch, Tel. +49 (0)30 /  
678177587, E-Mail: sina.lengelsen@dnr.de, ines.  
jentsch@dnr.de, www.dnr.de

27.–28.06., Radebeul bei Dresden (D)  
**Für das Leben, für die Zukunft.** Konferenz  
► Unesco-Programm „Der Mensch und die  
Biosphäre“, Bundesumweltministerium u. a.,  
www.mab40-conference.org

27.06.–01.07., Würzburg (D)  
**Regenerative Energien.** Seminar  
► Akademie Frankenwarte, Tel. +49 (0) 931 /  
80464-340, Fax -44, E-Mail: carmen.schmitt@  
frankenwarte.de, www.frankenwarte.de

30.06., Bad Windsheim/Mittelfranken (D)  
**Kulturgut Ackerwildkräuter.** Workshop  
► DVL, Bernd Blümlein, Tel. +49 (0)981 / 4653-3544,  
E-Mail: bluemlein@lpv.de, www.schutztaecker.de

## JULI

01.–03.07., Hannover (D)  
**Go. Stop. Act. Kreative öffentliche Aktionen –  
Formen, Ideen, Entwicklung.** Seminar  
► Bewegungsakademie, Marc Amann, E-Mail:  
go.stop.act@web.de, www.bewegungsakademie.de

17.–21.07., Vilm bei Rügen (D)  
**Lebensstile und Naturschutz.** Sommerakademie  
► Bundesamt für Naturschutz, Universitäten  
Greifswald und Tübingen, Tel. +49 (0)38301 / 86112,  
E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de

18.–22.07., Würzburg (D)  
**Ökonomie und Ökologie – Lebensquelle und  
Menschenrecht Wasser.** Seminar  
► Akademie Frankenwarte, siehe 27.06.

19.–20.07., Wiesenfelden/Niederbayern (D)  
**Kraftvoll in die Zukunft. Bournout-Symptomen  
vorbeugen.** Seminar  
► Beate und Hubert Weinzierl Stiftung, Tel. +49  
(0)9966 / 555, E-Mail: umweltzentrum@schloss-  
wiesenfelden.de, www.schloss-wiesenfelden.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40  
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Bildung für nachhaltige Entwicklung in Großbritannien

## Ein Blick über den Kanal

Die britische Unesco-Kommission hat eine landesweite Evaluation zur BNE in den letzten beiden Jahren veröffentlicht. Sowohl die politischen Entscheidungen als auch die schulische und außerschulische Bildung wurden untersucht und bewertet. Die Studie begreift ihren Gegenstand als Wertesystem, bei dem eine Kultur des Respekts im Mittelpunkt steht.

□ Im September 2010 veröffentlichte die britische Unesco-Kommission eine Evaluation der Entwicklungen im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Großbritannien in den letzten beiden Jahren. Die Untersuchung bezieht sowohl politische Entscheidungen als auch schulische und außerschulische Bildung ein.

### Wie weit wird BNE umgesetzt?

Das britische Bildungsministerium DCSF versucht im schulischen Bereich BNE voranzubringen, zum Beispiel durch das Programm „Sustainable Schools“, Weiterbildungs- und Beratungsangebote für Schulen und ein Netzwerk für Lehrkräfte. Insgesamt werden die Programme und Projekte in den Bereichen Nachhaltigkeit/BNE und Globales Lernen in der formalen Bildung gut angenommen.

An Hochschulen gibt es regionale und überregionale Arbeitskreise, die sich mit der Integration des Nachhaltigkeitsgedankens in Forschung und Studium befassen. Auch von studentischer Seite wurden schon mehrere Projekte gestartet, darunter „Snap it Off – a campaign to get unnecessary lights switched off“ oder „Carbon Ambassadors – a scheme to train students to carry out community carbon audits“.

In der beruflichen Aus- und Weiterbildung gibt es in einigen Branchen wie dem Baubereich durchaus gewisse BNE-Aktivitäten. Insgesamt ist zwar das Interesse an Nachhaltigkeit gestiegen, jedoch sind nur wenige Fortschritte in der Bildungspraxis erkennbar. In der Erwachsenenbildung gibt es einige Ansätze zur Umsetzung von BNE, insbesondere ein Positionspapier „From Here to Sustainability“, zu dem auch Fortbildungen angeboten werden.

Der aktuelle Bericht gibt auch Hinweise auf den außerschulischen Bereich. So werden nationale Vereinigungen und Nicht-

regierungsorganisationen (NGO) aufgeführt, die BNE auf unterschiedliche Art und Weise betreiben, darunter Friends of the Earth, Oxfam und der WWF. Der Bericht nennt auch wichtige außerschulische BNE-Akteure, allen voran die Organisation Sustainable and Environmental Education

### THEMENHEFT: BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

(SEEd), die aus einem nationalen Umweltbildungsrat hervorgegangen ist und ihren thematischen Schwerpunkt 2009 in Richtung BNE erweitert hat.

Darüber hinaus gab es 2009 in Großbritannien insgesamt sechs sogenannte Regional Centres of Expertise, die von der United Nations University (UNU) anerkannt sind und als regionale Netzwerke für verschiedenste Akteure fungieren. Die Studie geht davon aus, dass Entwicklungen in diesem Bereich eher von der Politik ausgehen und einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel anstoßen, nicht umgekehrt.

Auch die Auswirkungen internationaler Konferenzen im Jahr 2009 wie der Unesco-Weltkonferenz „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und der UN-Klimakonferenzen in Bonn und Kopenhagen werden in dem Report speziell in Großbritannien positiv bewertet.

### Definitionsschwierigkeiten bei BNE

Wie in Deutschland wird auch in Großbritannien der Begriff BNE von den verschiedenen Akteuren wie Regierung und Verwaltung, formalen Bildungsanbietern, NGOs, Hochschulen, in der Freiwilligen- und Jugendarbeit bis hin zu Medien, Wirtschaft und Glaubensgemeinschaften verwendet und sehr unterschiedlich interpretiert. Die Verfasser der Studie haben

sich darauf geeinigt, BNE als Wertesystem zu begreifen, in dessen Mittelpunkt Respekt vor den – auch zukünftigen – Menschen, vor der Natur und den natürlichen Ressourcen steht. Weiterhin sei BNE lebenslanges Lernen von der Kindheit bis zum Erwachsenenalter, und zwar in jeder denkbaren Lebens- und Arbeitssituation, sei es formelle oder informelle Bildung.

Die unklare Definition macht es schwierig, tatsächliche Erfolge von BNE zu messen. Zählbar sind zwar die Gelder, die in BNE-Programme fließen, die Zahl neuer Lehrerfortbildungen oder die Anzahl der Schulen, die sich an einem BNE-Projekt beteiligen – aber schwerlich der ursächliche Zusammenhang zwischen BNE und dem Bewusstseinswandel oder der Veränderung im täglichen Leben der Menschen.

### Auswirkungen von BNE

Aus einem anderen Blickwinkel bemühen sich in der Unesco-Evaluation erwähnte Studien, den Erfolg von BNE anschaulich zu machen. 2009 untersuchten der WWF Großbritannien und der Ofsted Report mit einer Langzeitstudie die Auswirkungen nachhaltigen Lernens aus Schülersicht. Über einen Zeitraum von mehreren Jahren wurden Schüler immer wieder nach BNE-spezifischen Veränderung ihres Verhaltens befragt. Feststellen ließ sich dabei, dass nachhaltige Entwicklung aus den Schulen weit in den Lebensraum der Schüler, deren Familien und ihr ganzes Umfeld hineinstrahlt. Eine weitere Ofsted-Studie aus dem Jahr 2010 zeigt an einer Vielzahl von Beispielen, dass BNE sich langsam in den Köpfen der britischen Schüler verankert und immer mehr an Bedeutung gewinnt. [Lisa Hübner, Jürgen Forkel-Schubert]

▷ Studie: [www.eauc.org.uk/from\\_the\\_chair\\_of\\_uk\\_national\\_commission\\_for\\_un](http://www.eauc.org.uk/from_the_chair_of_uk_national_commission_for_un)

BLICKPUNKT

# Perspektiven der UN-Dekade im Alpenraum

Der erste gemeinsame Kongress der Unesco-Kommissionen von Deutschland, Österreich und der Schweiz hat gezeigt, welche Erfolge in der Bildung für nachhaltige Entwicklung die drei Länder bereits verbuchen und wo sie voneinander lernen können. Die Kommissionen waren sich einig, dass es über die UN-Dekade hinaus Strukturen zur Verankerung von BNE in allen Bildungsbereichen geben muss. □ VON KLAUS HÜBNER, DEUTSCHES NATIONALKOMITEE DER UN-DEKADE BNE

□ Unter dem Titel „BNE gestalten und verankern“ hatten die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege und das Umweltministerium des Freistaats Anfang Mai zu einem Ländervergleich zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz an den Sitz der Akademie im oberbayerischen Laufen eingeladen. Alle drei anwesenden nationalen Unesco-Kommissionen waren sich darin einig, dass über das Ende der jetzigen UN-Dekade hinaus Strukturen geschaffen werden müssen, die eine systemische Verankerung von BNE in allen Stufen des Bildungssystems ermöglichen. Deshalb ist es für alle Akteure besonders wichtig, die verbleibenden vier Jahre der Dekade zu nutzen, um die Bedeutung von BNE als Instrument nachhaltiger Entwicklung und als Beitrag zur Verbesserung von Bildung allgemein besser als bisher bei den verschiedenen Zielgruppen zu vermitteln.

## Deutschland

Für Walter Hirche, Präsident der Deutschen Unesco-Kommission und früherer niedersächsischer Wirtschaftsminister, entwickelte sich die Situation in der Bundesrepublik sehr dynamisch. Besonders bemerkenswert ist der einstimmige Beschluss des Deutschen Bundestages, die Deutsche Unesco-Kommission (DUK) mit der Umsetzung der UN-Dekade zu beauftragen. Die DUK berief hierfür ein Nationalkomitee und konnte mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine Dekade-Koordinierungsstelle einrichten.

Das übergreifende Ziel der UN-Dekade in Deutschland ist die umfassende Verankerung der BNE in allen Bereichen der Bildung. Die Zahl der Aktivitäten ist schnell und stark angewachsen, nicht zuletzt durch die Aktivitäten des Runden Tisches, der vom Nationalkomitee für die UN-Dekade

einberufen wurde und aus Vertreterinnen und Vertretern der Länder und Kommunen sowie von Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen besteht.

Bisher konnten in der UN-Dekade über 1.200 qualitativ hochwertige Praxisbeispiele als „Offizielle Dekadeprojekte“ ausgezeichnet werden. Dazu kommt als wichtiges Instrument die Auszeichnung von zwölf Städten und Gemeinden, die für jeweils zwei Jahre den Titel „Kommune der Weltdekade“ tragen dürfen.

Auf Ebene der Bildungspolitik ist BNE ebenfalls zunehmend sichtbar. Hier sind insbesondere die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz und der DUK zu BNE in der Schule zu nennen, aber auch die Erklärung „Hochschulen für nachhaltige Entwicklung“ der Hochschulrektorenkonferenz und der DUK sowie die gute Resonanz, die die DUK-Erklärung zur BNE aus dem Elementarbereich erfährt.



## Über Zäune und Schranken

Elinor Ostrom, die erste Frau, die den Wirtschaftsnobelpreis verliehen bekam, forscht zu Gemeingütern. Was macht sie aus? Unter welchen Bedingungen können sie so genutzt werden, dass wir langfristig von ihnen profitieren? Am Beispiel der Bewahrung von Wäldern und Meeren beschreibt sie Aufbau und Funktion von Institutionen, die Menschen helfen, so zu kooperieren, dass nachhaltige Nutzung gelingen kann. »Ich bin dagegen, bei jedem Problem die Lösung ausschließlich beim Markt oder dem Staat zu suchen. Es gibt auch noch andere Wege.« E. Ostrom

E. Ostrom

### Was mehr wird, wenn wir teilen

Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter

ca. 128 Seiten, Hardcover, 14,95 EUR, ISBN 978-3-86581-251-3  
Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

**Österreich**

Nach Eva Nowotny von der österreichischen Unesco-Kommission stellt sich auch im Nachbarland die bisherige Umsetzung der UN-Dekade positiv dar. „In enger Zusammenarbeit mit der österreichischen Unesco-Kommission hat die österreichische Bundesregierung die Neudefinition von Bildung, welche Bildung für nachhaltige Entwicklung erfordert, einer strategischen Verankerung zugeführt und damit einen breiten, sich permanent weiterentwickelnden Prozess eingeleitet“, so die österreichische Diplomatin. „Dieser Prozess geht weit über die traditionellen Bildungseinrichtungen hinaus und bezieht eine breite Öffentlichkeit sowie zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft mit ein und muss über das Dekade-Ende hinaus weitergeführt werden.“ Seit 2005 hat die Unesco-Kommission des Landes einen eigenen Fachbeirat für die UN-Dekade eingerichtet, der den innerösterreichischen Diskurs über die Dekade koordiniert und die Umsetzung der festgelegten Ziele verfolgt und begleitet. Zweimal pro Jahr werden offizielle UN-Dekadeprojekte durch die österreichische Unesco-Kommission in Kooperation mit der Bundesregierung ausgezeichnet und öffentlich vorgestellt.

**Schweiz**

Priska Sieber, Professorin am Institut für internationale Zusammenarbeit in Bildungsfragen in Zug, berichtete über die Entwicklung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz. Ihrer Meinung nach stellt dies eine große Herausforderung dar, da es kein zuständiges Bildungsamt gibt. Für Bildung sind sowohl das Innen- als auch das Wirtschaftsministerium zuständig. Darüber hinaus sind die 26 Schweizer Kantone eigenständig für ihre Bildungspolitik verantwortlich. Auf nationaler Ebene lassen sich in der Schweiz vier zentrale Akteure unterscheiden:

- ▷ Die Schweizer Koordinationskonferenz BNE koordiniert die Strategie von Bund und Kantonen und deren Umsetzung in Hinblick auf die Integration von BNE in allen Stufen und allen Bereichen des formellen Bildungssystems.
- ▷ Die Stiftung Bildung und Entwicklung und die Stiftung Umweltbildung Schweiz haben den Auftrag, Bildungsakteure auf allen Schulstufen unter anderem in der Umsetzung einer BNE mit Dienstleistungen zu unterstützen. Die beiden Stiftungen werden von Bund, Kantonen, Gemeinden sowie von weiteren Organisationen getragen.

- ▷ Das Forum Bildung für nachhaltige Entwicklung organisiert regelmäßige Treffen von Organisationsmitgliedern und Einzelpersonen aus dem BNE-Bereich der gesamten Schweiz, um durch Informationsaustausch, Diskussion, Koordination und Vernetzung zur Entwicklung von BNE beizutragen. Das Forum wurde auf Initiative der beiden oben genannten Stiftungen 2003 gegründet.
- ▷ Die Projektgruppe BNE der Schweizer Unesco-Kommission will zur Umsetzung und Koordination der Dekade BNE beitragen, indem sie die Grundsätze und Werte einer Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie pädagogische Praktiken mit Modellcharakter in allen Bildungsformen bekannt macht und fördert, insbesondere im nonformellen und informellen Bereich.

**Klaus Hübner ist Mitglied im deutschen Nationalkomitee der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung. Beim Landesbund für Vogelschutz im bayerischen Hilpoltstein leitet er das Referat BNE und Freizeit.**

**Kontakt: E-Mail: [k-huebner@lbv.de](mailto:k-huebner@lbv.de), [www.lbv.de](http://www.lbv.de)**

**Alles bleibt anders**

Liebe Leserin, lieber Leser, seit genau 20 Jahren existiert der Informationsdienst ökopädNEWS. Geboren wurde er als einfaches Rundschreiben im Raum Düsseldorf. Die einzelnen Artikel wurden noch mit der Schreibmaschine erstellt, gegebenenfalls ausgeschnitten und per Hand zusammengeklebt. Per Post ging's dann an Leser und Freunde. Heute kann man natürlich alle Ausgaben komplett in unserem Archiv im Internet nachlesen. In Zukunft wird die aktuelle Ausgabe zeitgleich mit der gedruckten Ausgabe auch online unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de) zu finden sein.

Ebenfalls genau 20 Jahre war ich als ehrenamtlicher Redakteur für ökopädNEWS tätig. Recherchieren, Trends aufspüren und Beiträge verfassen

haben mir viel Spaß gemacht. Nun möchte ich die Redaktionsarbeit in jüngere Hände legen. Ich freue mich sehr, dass ab jetzt Lisa Hübner die Redaktion übernimmt. Lisa Hübner hat Medienwissenschaften und Politische Wissenschaften studiert. Sie hat Erfahrung sowohl im journalistischen Bereich als auch in der praktischen Umweltbildung und BNE. Sie wird ökopädNEWS in Absprache mit dem ANU-Bundesverband in nächster Zeit konzeptionell weiterentwickeln. Ich selbst werde als freier Mitarbeiter weiterhin mit im Boot sein, mich aber auch anderen Projekten zuwenden. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr bisheriges Interesse und wünsche meiner Nachfolgerin alles Gute und viel Erfolg.

Mit herzlichen Grüßen, Ihr Jürgen Forkel-Schubert

**SCHWERPUNKT: BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**IdeenKonferenz**Sustainovation 2011**

□ Nachhaltigkeit ist Motor für Innovation und in einer immer dichter werdenden Gesellschaft braucht es neue Räume für interdisziplinäre Vernetzung und informelles Lernen. Dabei sind die Teilnehmenden aufgefordert, ihre eigenen Erfolge, Ideen und Erkenntnisse in drei parallelen Vortragsräumen zu präsentieren. In insgesamt 30 Sessions wird die Sustainovation vom 3. bis 5. Juni 2011 in Wien zum temporären Campus der Zukunftsfähigkeit.

- ▷ [www.mehrblick.at/sustainovation](http://www.mehrblick.at/sustainovation)

## UN-Dekade BNE

### Bundesweite Aktionstage

□ Die bundesweiten Aktionstage Bildung für nachhaltige Entwicklung finden in diesem Jahr vom 16. bis 25. September statt. Alle Akteure sind aufgerufen, sich mit eigenen Veranstaltungen zu beteiligen. Die Bildungsveranstaltungen müssen dabei mindestens zwei der drei Teilbereiche der Nachhaltigkeit – also Ökologie, Ökonomie und Soziales – berücksichtigen. Wird der Beitrag in das Programm aufgenommen, darf mit dem Logo der Aktionstage geworben werden. Anmeldungen sind bis zum 31. Juli möglich. Das Programm der Aktionstage findet sich im Internet.

▷ [www.bne-aktionstage.de](http://www.bne-aktionstage.de)

## Unesco-Magazin

### Schwerpunkt Nachhaltigkeit

□ Die deutsche Unesco-Kommission veröffentlichte eine neue Ausgabe des Magazins „Unesco heute“ mit dem Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung. In den Rubriken „Nachhaltigkeit verstehen“, „Nachhaltigkeit vermitteln“ und „Nachhaltigkeit gestalten“ werden die grundsätzlichen Fragen und aktuellen Herausforderungen fundiert behandelt.

▷ [www.unesco.de/unesco\\_heute.html](http://www.unesco.de/unesco_heute.html)

## Unternehmer

### Erste Arbeitsgruppe zur BNE

□ Der United Nations Global Compact (UNGC) ist ein weltumspannendes Netzwerk mit mehr als 6.000 Unternehmen. Sie wollen die Globalisierung sozialer und ökologischer gestalten und unternehmerische Verantwortung im Sinne von Corporate Social Responsibility (CSR) zeigen. In Österreich hat sich erstmals eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung gebildet, die im April einen Workshop in Wien durchführte. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie Bildung zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien im Unternehmen beitragen kann.

▷ E-Mail: [b.steinbrugger@respect.at](mailto:b.steinbrugger@respect.at),  
[www.unglobalcompact.at](http://www.unglobalcompact.at)

## Entwicklungspolitik

### Ministerium vergisst Dekade

□ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat im März eine neue Strategie vorgelegt: „Nachhaltige Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Bildung – Der Beitrag der deutschen Entwicklungspolitik“. Bildung sei eine Grundvoraussetzung, da nur eine gut ausgebildete Bevölkerung eigenverantwortlich handeln, Entscheidungen treffen und Veränderungen schaffen könne. Das BMZ formuliert zehn Ziele für 2013. Priorität hat die Überwindung der Bildungsarmut, daneben sind ganzheitliche Förderung der Bildung und stärkerer Ausbau der beruflichen Bildung wichtig. Die UN-Dekade BNE wird allerdings nur als Fußnote erwähnt, obwohl sie doch eine gute Basis für die Zielerreichung ist. Insgesamt hat das BMZ im Jahr 2009 im Bereich Bildung 1,23 Milliarden Euro ausgegeben.

▷ [www.bundesregierung.de/Webs/Breg/nachhaltigkeit/DE/Berichte/Berichte.html](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/nachhaltigkeit/DE/Berichte/Berichte.html)  
▷ [www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2011/februar](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2011/februar)

## UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Hier finden Sie jetzt weniger Termine als gewohnt – dafür stellen wir besonders Wichtiges kurz vor. Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

27.–28.06., Potsdam (D)

### Freiwillige für den Naturschutz

Diese Impulskonferenz ist ein Leuchtturmprojekt zur Umsetzung des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit (EJF) in Deutschland und zentrale Veranstaltung für den Bereich Natur- und Umweltschutz. In parallelen Arbeitsgruppen wird darüber diskutiert, wie Strukturen für ehrenamtliches Engagement aussehen müssen und wie sich Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere, Jugendliche und Frauen stärker für ein ehrenamtliches Engagement gewinnen lassen. Das EJF will die Rahmenbedingungen für Freiwilligenarbeit besser anerkannt wird und die Öffentlichkeit mehr über ihre Bedeutung weiß. Gleichzeitig sollen staatliche Stellen und Verbände stärker voneinander lernen.

▷ [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

25.–27.07., Freising (D)

### Waldpädagogik – Global denken, lokal handeln.

#### 6. Internationaler Waldpädagogik-Kongress

Im Internationalen Jahr der Wälder werden neue pädagogische Ansätze vorgestellt, unter anderem aus Norwegen, Frankreich, Schottland und Polen. Daneben finden Foren statt, die dem Erfahrungsaustausch mit hohem Praxisbezug dienen. Veranstalter sind die Bayerische Forstverwaltung und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW).

▷ [www.forst.bayern.de](http://www.forst.bayern.de)

▷ [www.sdw.de](http://www.sdw.de)

14.–16.09., Lüneburg (D)

### 4th International Conference on Higher Education for Sustainable Development

Der deutsche Unesco-Lehrstuhl „Hochschulbildung für nachhaltige Entwicklung“ lädt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt an die Universität Lüneburg ein, um über aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der BNE an Hochschulen zu diskutieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Ausbildung von Managern, der nachhaltige Konsum sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Osteuropa.

▷ [www.leuphana.de/institute/infu/unesco-chair/conferences-2011.html](http://www.leuphana.de/institute/infu/unesco-chair/conferences-2011.html)

**Impressum ökopädNEWS**

Herausgeber 

**ANU**  
Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion  
Lisa Hübner (verantwortl.), [oekopaednews@anu.de](mailto:oekopaednews@anu.de);  
Jürgen Forkel-Schubert, [jfs@oekopaednews.de](mailto:jfs@oekopaednews.de);  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Klaus Hübner  
ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,  
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,  
[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de), [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)